



BMF

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN

# Strategischer Leitfaden des BMF für die Internationalen Finanzinstitutionen





# Inhalt

<b>1. Einleitung und Executive Summary</b>	<b>6</b>
1.1. Einleitung	6
1.2. Executive Summary	6
<b>Teil I: Ziele der Zusammenarbeit und Rolle der IFIs</b>	<b>9</b>
<b>2. Strategische Ziele der Zusammenarbeit</b>	<b>9</b>
2.1. Überblick	9
2.2. Leitende Prinzipien der Kooperation	10
2.3. Erreichung der MDGs und Post-2015 Agenda	11
2.4. Antworten auf globale Herausforderungen	12
2.5. Unterstützung globaler Strukturpolitik	14
2.6. Potenziale für die österreichische Außenwirtschaft	15
<b>3. Rolle und Funktion von IFIs</b>	<b>17</b>
3.1. Rolle und Bedeutung von multilateralen Entwicklungsbanken	17
3.2. Arbeitsteilung und komparative Vorteile zwischen MDBs	18
3.3. Die Rolle der IFIs nach der Krise und in der Krisenprävention	19
3.4. Rolle der IFIs in einem sich ändernden Umfeld internationaler Kapitalflüsse	20
<b>TEIL II: Zusammenarbeit mit den einzelnen IFIs</b>	<b>22</b>
<b>4. Bretton Woods Institutionen</b>	<b>22</b>
4.1. Weltbankgruppe (WBG)	22
4.2. Internationaler Währungsfonds (IMF)	25
<b>5. Regionale Entwicklungsbanken</b>	<b>29</b>
5.1. Afrikanische Entwicklungsbankgruppe (AfDB)	29
5.2. Asiatische Entwicklungsbank (AsDB)	31
5.3. Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB)	33
<b>6. Andere Banken und Beteiligungen</b>	<b>36</b>
6.1. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)	36
6.2. Europäische Investitionsbank (EIB)	37
6.3. Investitionsfazilität (IF)	38
6.4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	38
6.5. Globale Umweltfazilität (GEF)	39
<b>Teil III: Schwerpunkte der Zusammenarbeit</b>	<b>41</b>
<b>7. Thematische Zusammenarbeit</b>	<b>41</b>
7.1. Inklusives Wirtschaftswachstum	41
7.2. Nachhaltiges Wachstum	42
7.3. Good Governance, fragile Staaten und institutionelle Entwicklung	43
7.4. Gender Mainstreaming	44
7.5. Nachhaltige Entschuldung und tragfähige Neuverschuldung	45
7.6. Resultatsmessung und Wirkungsanalyse	45
<b>8. Programmatische Zusammenarbeit</b>	<b>47</b>
8.1. Nachhaltige Energie und Klimaschutz	47
8.2. Wasser und Siedlungshygiene	48
8.3. Privat- und Finanzsektorentwicklung	49
8.4. Urbane Entwicklung	51
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>52</b>





## Liebe Leserin, lieber Leser!

Die vergangenen Jahre haben die internationale Gemeinschaft zweifellos vor große, neue Herausforderungen gestellt. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/9, deren Folgen nach wie vor spürbar sind, hat die Relevanz der Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) erneut unter Beweis gestellt. Bereits erzielte Entwicklungserfolge wurden dadurch teilweise gefährdet. Nun gilt es, neben den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auch weitere globale Problemen gemeinsam zu begegnen, wie etwa Lebensmittel- und Klimakrise, sowie Problemen der Gesundheitsversorgung, die sich, wie uns das aktuelle Beispiel der Ebola-Epidemie in Westafrika zeigt, schnell zu globalen Krisen entwickeln können. Globale Herausforderungen können nur mithilfe globaler Antworten, unter breiter Einbindung aller Entwicklungspartner, und mithilfe eines Poolings von finanziellen Ressourcen auf multilateraler Ebene effektiv gelöst werden.

Internationale Finanzinstitutionen nehmen in der globalen Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle ein. Sie ermöglichen eine Kombination aus Lösungskompetenz und Finanzierungskraft, auf die wir nicht verzichten können. Sie sind überdies als wichtige internationale Dialogforen notwendig, denn die Lösung globaler Herausforderungen kann nur im Dialog miteinander erarbeitet werden. Darüber hinaus nehmen sie eine essenzielle Brückenfunktion zwischen nationaler und internationaler Ebene ein. Für Österreich bieten diese Foren, auch aufgrund der thematischen Breite, großen Gestaltungsraum.

Institutionen wie die Weltbankgruppe oder die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung stellen, mit den von ihnen unterstützten Projekten, vor allem auch eine große Chance für unsere heimische Wirtschaft dar. Über international erfolgreiche österreichische Firmen wird unser Know-How auch in Entwicklungs- und Transitionsländern eingesetzt. Das Prinzip des Austausches und des gegenseitigen Nutzens wird damit in den Internationalen Finanzinstitutionen erfolgreich in die Praxis umgesetzt.

Der vorliegende strategische Leitfaden soll eine transparente Basis und Anleitung für Österreichs Positionierung in den IFIs sein und definiert die entsprechenden mittelfristigen Aktionsbereiche. Diese Broschüre gibt einen Überblick, wie und in welchen Bereichen Österreich die Internationalen Finanzinstitutionen in den kommenden Jahren aktiv mitgestalten möchte.

Ihr

Hans Jörg Schelling

# 1. Einleitung und Executive Summary

## 1.1. Einleitung

Der vorliegende strategische Leitfaden besitzt eine zeitliche Gültigkeit von 2015 bis 2018. Er ist als Handlungsrahmen des BMF gegenüber den Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) zu sehen, der auf Zielen, Motivationen, Politikausrichtung, Prioritäten und Selektivität aufbaut. Auf seiner Grundlage werden die österreichischen Interventionen in den IFIs durchgeführt und spezielle Aktivitäten der IFIs, insbesondere innerhalb der Programmierung und der Ansiedlungspolitik, gefördert. Der Leitfaden ist ein Instrument der Herstellung innerösterreichischer Kohärenz, des einheitlichen Vorgehens gegenüber all unseren IFIs und nicht zuletzt von internationaler Transparenz.

Internationale Finanzinstitutionen sind ein Überbegriff für multilaterale Entwicklungsbanken (MDBs), wie Weltbankgruppe und regionale Entwicklungsbanken sowie dem Internationalen Währungsfonds (IMF). Während das Grundkonzept des IMF die Überwachung des globalen Finanzsystems und die kurzfristige Krisenhilfe ist, stellen Entwicklungsbanken Instrumente der Versorgung ihrer Mitgliedsländer mit langfristigem Kapital zur Verfügung. Die Finanzierung ist idealerweise komplementär zum Kapitalmarkt, in Bereichen, wo dieser nicht ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen kann. Entwicklungsbanken tragen zur Bereitstellung von regionalen und globalen öffentlichen Gütern bei. Sie spielen dabei eine wichtige Rolle in der internationalen Entwicklungsdebatte als Träger von Know-How und Förderer von Wissen (Knowledge Institution). Darüber hinaus stellen diverse, spezialisierte Fonds zusätzlich Kapital zur Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung. Sie sind meist auf spezifische Themen und Problemfelder fokussiert.

Der strategische Leitfaden beginnt mit einem Überblick über die strategischen Ziele der Zusammenarbeit sowie der allgemeinen Bedeutung von IFIs. Im zweiten Teil werden die einzelnen IFIs an denen Österreich beteiligt ist vorgestellt und unsere zentralen Anliegen erörtert. Im dritten Teil werden die für uns zentralen thematischen Felder der Zusammenarbeit behandelt, die für unsere gesamte Tätigkeit von Bedeutung sind. Besonders wichtig sind sie auch für ein kohärentes Vorgehen in den Board-Positionen. Abschließend werden die vier **Schwerpunkte der programmatischen Zusammenarbeit** definiert und erläutert. Spezielle Programme des BMF mit den IFIs im Rahmen der Programmierung oder der Ansiedlung konzentrieren sich auf diese vier Bereiche. Diese sind i) nachhaltige **Energie und Klimaschutz**, ii) **Wasser- und Siedlungshygiene**, iii) **Privat- und Finanzsektor-Entwicklung** sowie iv) **urbane Entwicklung**.

Der vorliegende Leitfaden baut auf dem zweiten strategischen Leitfaden des BMF auf und stellt eine weitgehend überarbeitete Version dar. Alle verwendeten personenbezogenen Begriffe werden geschlechtsneutral verstanden.

## 1.2. Executive Summary

### **Zusammenfassung des strategischen Leitfadens des BMF für die Internationalen Finanzinstitutionen**

Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen, arbeitet mit Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) auf vielschichtige Weise zusammen. Der Beitrag Österreichs setzt sich aus Beteiligungen am Grundkapital von IFIs, an speziellen Fonds (sog. weichen Fenstern) und an thematischen Fonds (Trust Funds) zusammen. Übergeordnetes Ziel der Kooperation mit IFIs ist positive Entwicklungseffekte in Entwicklungs- und Transitionsländern zu erreichen. Ziele der Zusammenarbeit und die Rolle der IFIs im Allgemeinen werden im ersten Teil des Leitfadens genauer beschrieben.

Neben Zielsetzungen auf nationaler Ebene zu unterstützen, stellen IFIs auch Instrumente zur Verfügung, um Wirkungen auf globaler Ebene zu fördern. Auf institutioneller Ebene sollen effiziente, aufeinander abgestimmte und finanziell gut ausgestattete IFIs dazu beitragen, ihrer Rolle in der internationalen Geberlandschaft nachzukommen. Nicht zuletzt ist es auch ein Ziel der Zusammenarbeit mit IFIs österreichische Anliegen in den Institutionen zu unterstützen. Dieser Leitfaden dient dazu, die Aktivitäten und die thematischen Schwerpunkte der IFI Kooperation transparent darzustellen und zu begründen, sowie ein kohärentes Auftreten Österreichs gegenüber den IFIs sicherzustellen.

Der strategische Leitfaden richtet sich nach dem österreichischen EZA-Gesetz und ist kohärent mit dem Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik. Armutsbekämpfung, Friedenssicherung, Wahrung der Menschenrechte sowie Umweltschutz stellen wichtige Vorgaben für den vorliegenden strategischen Leitfaden dar. Auf internationaler Ebene hat sich Österreich der Aid Effectiveness Agenda verpflichtet, die die Effektivität von Entwicklungszusammenarbeit durch bessere Abstimmung der Geber verbessern soll.

Ziel von Entwicklungszusammenarbeit ist neben allgemeiner wirtschaftlicher Entwicklung, die Reduzierung der weltweiten Armut zu fördern. Die Vereinten Nationen, die Entwicklungsbanken sowie bilaterale Geber unterstützen die Erreichung der Millennium Entwicklungsziele (MDG).

Innerhalb der Post-2015-Agenda ist künftig eine breitere Schwerpunktsetzung angedacht, die neben Bekämpfung der Armut auch Bereiche wie Klima, nachhaltige Entwicklung, Friedenssicherung und Good Governance stärker berücksichtigen soll. Darüber hinaus soll versucht werden, den Privatsektor besser einzubinden sowie die Eigenverantwortung der Institutionen in den Empfängerländern zu stärken.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 hat zahlreiche Entwicklungserfolge wieder zu Nichte gemacht. Die IFIs spielen eine wichtige Rolle in der Krisenbewältigung und konnten 2009/10 ihrer antizyklischen Rolle nachkommen. Alle Institutionen haben ihre Kreditvergaben kurzfristig erhöht und ihre Programme erweitert. Infrastrukturmaßnahmen sollen Wachstum fördern, soziale Sicherheitsnetze sollen soziale Auswirkungen abfedern und der Privatsektor soll verstärkt als Hebel zur Wachstumsstabilisierung und -steigerung genutzt werden. Neben der Wirtschaftskrise stellten auch die Lebensmittelkrise(n) während der letzten beiden Jahrzehnte besonders Entwicklungsländer vor neue Herausforderungen. Eine Steigerung der Produktivität im Landwirtschaftsbereich ist künftig unerlässlich, um eine ausreichende Lebensmittelproduktion zu gewährleisten. Darüber hinaus ist ein Einbremsen des Klimawandels mit Innovationen im Energiebereich ein essenzielles gemeinsames entwicklungspolitisches Ziel geworden.

Wirtschaftliches Wachstum unterschiedlicher Länder ist stark von gegenseitigen Beziehungen bestimmt. Durch wechselseitige Abhängigkeiten nimmt Entwicklungspolitik auch eine globale, strukturpolitische Dimension ein. Mit dem Entstehen neuer Wachstumspole in aufstrebenden Schwellenländern und der damit einhergehenden steigenden Nachfrage nach Kapital und Innovationen ist auf einen Prozess der wechselseitigen Verstärkung, von dem auch Entwicklungsländer profitieren, zu hoffen. IFIs unterstützen diese Prozesse durch Investitionen in Infrastruktur und Beratung von Regierungen.

Für Länder wie Österreich bietet die Kooperation mit IFIs zahlreiche Möglichkeiten für die Wirtschaft. IFIs können als Marktöffner für neue Sektoren und Zielregionen agieren, sie helfen bei der Identifikation von Geschäftschancen, übernehmen wirtschaftliche und/oder politische Risiken und stellen wichtige Marktinformationen für Unternehmen zur Verfügung.

Eine zentrale Aufgabe von multilateralen Entwicklungsbanken (MDBs) stellt die Mittelaufbringung zu günstigen Konditionen dar. Das Grundkapital bestehend aus Stamm- und Haftkapital stellt eine hohe Kreditwürdigkeit sicher und ermöglicht so Kapital zu vorteilhaften Konditionen auf den internationalen Finanzmärkten aufzunehmen und diese günstigen Konditionen an ihre Klienten weiterzugeben. Kredite werden zu einem großen Teil an Projekte in Mitteleinkommensländer vergeben und die dabei erzielten Erträge zu

großen Teilen an die MDBs angeschlossenen Entwicklungsfonds zur Vergabe von konzessionellen Krediten und nicht rückzahlbaren Zuschüssen verwendet.

Ein wichtiges Instrument stellt neben der finanziellen Unterstützung auch technische Assistenz dar, die insbesondere in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Die Kreditvergabe durch MDBs folgt idealerweise dem Prinzip der Additionalität, d.h. Kredite der IFIs stellen eine Ergänzung zu anderen Quellen dar, etwa aus dem Privatsektor oder von Geschäftsbanken. MDB-Projekte verfügen oft über eine katalytische Funktion, weil sie die Vertrauenswürdigkeit in das Land erhöhen und somit private Investitionen in Entwicklungsländern nach sich ziehen.

IFIs spielen somit eine wichtige Rolle bei der Generierung von positiven externen Effekten für öffentliche Güter. IFIs können eine besondere Rolle bei der Eindämmung von Krankheiten und Pandemien, der Erhaltung der Umwelt mit Fokus auf Klimawandel, der Finanzstabilität und Stärkung des internationalen Handelssystems sowie dem Wissensaustausch für Entwicklung spielen. Als erste Reaktion auf die 2008 ausgebrochene Wirtschafts- und Finanzkrise wurden zahlreiche Kapitalerhöhungen umgesetzt, um dem Anstieg der Kreditnachfrage geeignet begegnen zu können. Zentral dabei war ein koordiniertes und gemeinsames Vorgehen in der Krisenbewältigung. Österreichs Interesse galt dabei im Besonderen auch der wirtschaftlichen Stabilisierung Ost- und Südosteuropas, die, als Region in unmittelbarer Nachbarschaft, verhältnismäßig schwer von der Krise getroffen wurde.

Die Zusammensetzung der internationalen Kapitalflüsse sowie die Geberlandschaft haben sich während der letzten Jahre stark verändert. Einerseits sind verstärkt neue Geberstaaten, wie China oder Indien aufgetreten, andererseits sind auch globale thematische und sektorielle Fonds, wie etwa die Gates Foundation oder auch neugegründete Institutionen (z.B. AIIB, BRICS Bank) als Akteure hinzugekommen.

Der zweite Hauptteil des strategischen Leitfadens beschäftigt sich mit den IFIs im Einzelnen an denen Österreich beteiligt ist. Die Weltbankgruppe bestehend aus der Internationalen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Internationalen Finanz-Corporation (IFC), der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) sowie dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) stellt die größte MDB dar. Die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB), die Asiatische Entwicklungsbank (AsDB) und die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB) sind regionale Entwicklungsbanken mit österreichischer Beteiligung. Österreich ist überdies an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), der Investitionsfazilität (IF), dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) sowie der Globalen Umweltfazilität

(GEF) beteiligt. Aufgrund seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist Österreich auch Mitglied in der Europäischen Investitionsbank (EIB). Aufgabe der EIB ist es, die ausgewogene Wirtschaftsentwicklung der EU-Mitgliedstaaten zu fördern. Sie kann aber auch in Drittstaaten tätig werden. Dieser strategische Leitfaden bezieht sich nur auf die entwicklungspolitische und außenwirtschaftliche Ausrichtung des nicht-EU Teils der EIB-Autorität.

Der dritte Teil des Leitfadens stellt die Schwerpunkte der Zusammenarbeit dar, wobei diese in die allgemeinen thematischen Bereiche und die vier speziellen Schwerpunkte der Programmierung unterteilt werden. Während der letzten Jahrzehnte konnte die Armut in vielen Entwicklungsländern gemindert werden, jedoch wurde der gewonnene Wohlstand nicht immer gleichmäßig verteilt. Inklusives Wirtschaftswachstum, an dem weite Teile der Bevölkerung und damit auch die unteren Einkommensschichten beteiligt sind, wird nun als wesentliches Kriterium gesehen. Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Netze sind für einen inklusiven Wachstumsprozess wichtig. Inklusives und nachhaltiges Wachstum kann zudem nur unter Berücksichtigung von Umweltschutzkriterien erzielt werden. Der öffentliche Sektor kann hier Anreize für deren Einhaltung durch die Wirtschaft schaffen. Der Aufbau von funktionierenden Institutionen ist eine grundlegende Bedingung für positive wirtschaftliche Entwicklung, besonders in fragilen Staaten mit schwachen institutionellen Strukturen. Auch die Förderung strukturell benachteiligter Gruppen, wie Frauen, ethnische Minderheiten oder Menschen mit Behinderungen, ist zentral. Seit diversen multilateralen Entschuldungsinitiativen steht die Erhaltung eines nachhaltigen Ausmaßes der Verschuldung im Fokus der IFIs. Das „Debt Sustainability Framework“ von IMF und Weltbank stellt dabei ein anerkanntes Rahmenwerk dar, um eine tragfähige Neuverschuldung zu gewährleisten.

Entwicklung kann anhand von qualitativen und quantitativen Maßstäben erfasst werden. Im Rahmen der Wirkungsanalyse wird von einer Kausalkette ausgegangen, die aus Beitrag, Aktivität und Resultat besteht. Resultate können dabei kurz- oder langfristig sein, und haben entsprechende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Dieser Kausalzusammenhang ist für das Design von Interventionen notwendig, um Rückschlüsse auf Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit von Projekten, Programmen und ganzen Institutionen zu ziehen.

Die BMF-IFI Kooperationen haben vier programmatische Schwerpunktbereiche, in denen zusätzliche Programme (thematische Fonds) abgeschlossen werden können. Der erste Schwerpunktbereich betrifft nachhaltige Energie und Klimaschutz. Österreich setzt sich dabei für eine Minderung

der Treibhausgasemissionen und damit einer Verringerung der Effekte des Klimawandels ein. Dies soll durch eine Steigerung der Energieeffizienz, Energieeinsparungen und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger unterstützt werden. Auch gilt es mithilfe von Anpassungsmaßnahmen im Katastrophenschutz die Verwundbarkeit gegenüber den Begleiterscheinungen des Klimawandels speziell in Entwicklungsländern zu reduzieren.

Ein weiterer traditionell wichtiger österreichischer Schwerpunkt besteht im Bereich Wasser und Siedlungshygiene. Trotz Fortschritte haben nach wie vor Millionen von Menschen keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser. Gleichzeitig besteht nach wie vor vielerorts ein großes Problem in der Bereitstellung von Abwasserentsorgung. Die Förderung des Wassersektors soll dabei in den Bereichen Bewässerung, Wasserkraft, industrielle Wassernutzung, Abwassermanagement und Auswirkungen des Klimawandels auf das Wasservorkommen erfolgen. Österreich kann dabei vor allem durch sein großes Know-How im Bereich der dezentralen Wasserversorgung als Wissensträger agieren.

Einen dritten Schwerpunkt der Kooperation stellt der Finanz- und Privatsektor dar. Ein dynamischer Privatsektor ist elementar für eine funktionierende Volkswirtschaft. Zu den Voraussetzungen hierfür zählen politische Stabilität, angemessene Wirtschaftspolitik und eine leistungsfähige Verwaltung, die Rechtsdurchsetzbarkeit und fairen Wettbewerb garantiert und damit ein geeignetes Investitionsklima schafft. Das Einbeziehen der lokalen Bevölkerung im Sinne eines inklusiven Wachstums ist bei der Erzielung von Beschäftigungseffekten, der verbesserten Versorgung sowie des Aufbaus eines lokalen Gewerbesens speziell in ländlichen Regionen unerlässlich. Überdies ist die Formalisierung des informellen Sektors aufgrund von niedriger Produktivität und nachteiligen Arbeitsbedingungen ein zentrales Anliegen Österreichs und der IFIs.

Die zunehmende Bedeutung von Städten als Wirtschaftsmotoren macht sie auch für entwicklungspolitische Maßnahmen entsprechend interessant. Die Zusammenarbeit im Bereich der urbanen Entwicklung stellt daher den vierten Schwerpunkt der österreichischen Kooperation mit den IFIs dar. Obwohl Städte wesentliches Einkommen und Wohlstand ermöglichen, sind es auch Zentren der Armut und der Umweltverschmutzung. Österreich kann als Wissensträger im Bereich nachhaltiger Stadtplanung und im Bereich Smart Cities Expertise zur Verfügung stellen. Handlungsfelder in diesem Schwerpunktbereich sind kommunale Städteplanung, Ressourceneffizienz und ökologische Verträglichkeit sowie Armutsminderung und nachhaltiges Finanzmanagement.



# Teil I: Ziele der Zusammenarbeit und Rolle der IFIs

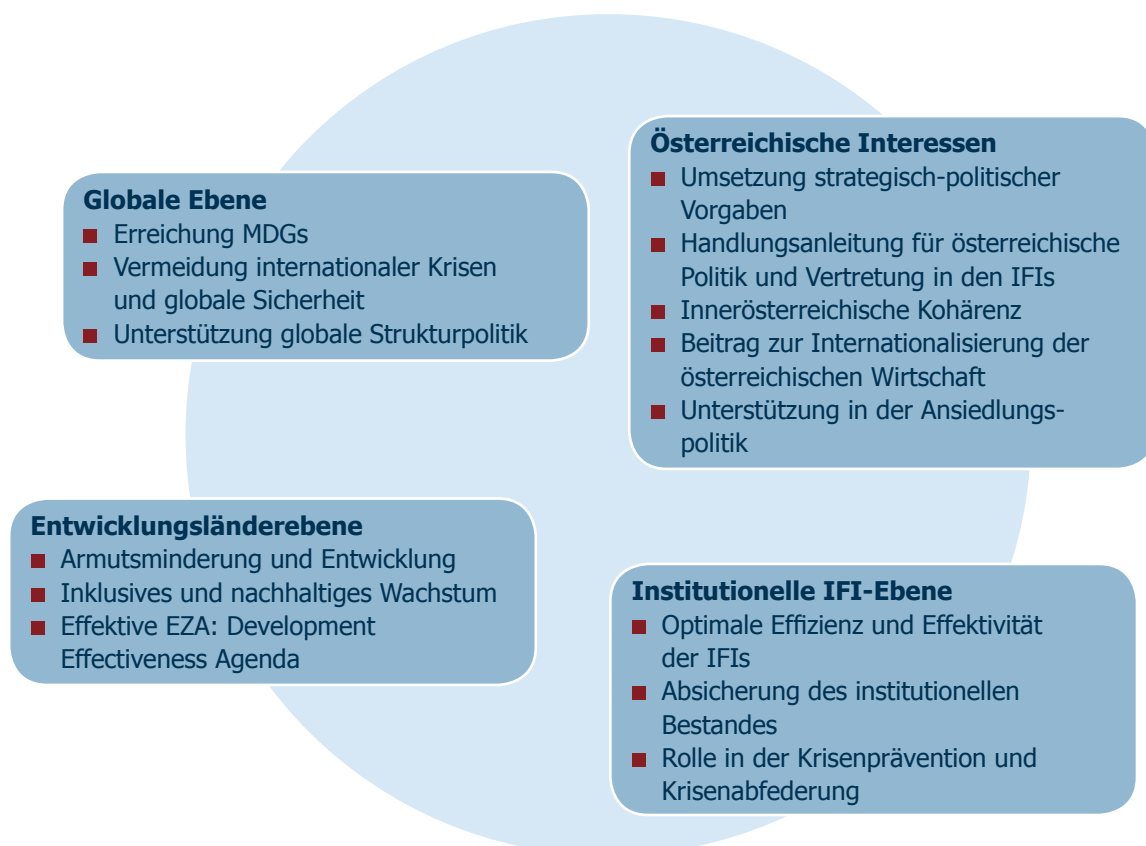
## 2. Strategische Ziele der Zusammenarbeit

### 2.1. Überblick

Die Ziele der österreichischen Beteiligung an den IFIs sind vielfältig und können in verschiedenen Ebenen dargestellt werden. Diese sind a) positive Entwicklungs-Effekte in Entwicklungsländern zu erreichen, b) auf globaler Ebene zur Förderung von Public Goods oder der Reduzierung von Public Bads beizutragen, c) auf institutioneller Ebene effiziente, aufeinander abgestimmte und finanziell adäquat ausgestattete IFIs zu fördern und d) österreichische Anliegen innerhalb der IFIs zu unterstützen. Die Verfolgung all dieser Ziele soll nicht zuletzt auch positive Rückwirkungen für Österreich ermöglichen.

Zur Erreichung dieser Ziele tragen sowohl die Kapitalbeteiligungen des BMF an den verschiedenen IFIs, Fondsbeteiligungen (an den weichen Fenster der IFIs), sowie Kooperationen des BMF über spezialisierte, bei den IFIs angesiedelten Trust Funds, bei.

Überblicksmäßig können die strategischen Ziele der Zusammenarbeit des BMF in untenstehender Grafik mittels folgender vier Zielebenen dargestellt werden:



Der vorliegende Leitfaden behandelt die genannten Ziele und den Beitrag der IFIs im Einzelnen. Der strategische Leitfaden ist aber nicht zuletzt ein Instrument, der die vielfältige, österreichische Zusammenarbeit mit den IFIs auf transparente Weise darstellen soll. Folgende Ziele sollen daher durch den Leitfaden erreicht werden:

- Transparenz, Nachvollziehbarkeit und fachliche Begründung bei der Formulierung österreichischer Haltungen bei IFI-Politiken,
- Begründung der österreichischen Schwerpunkte und der Kooperationsprogramme,
- Kohärenz des österreichischen Auftretens in allen IFIs.

Die thematische Zusammenarbeit (Kap. 7) ist besonders relevant für eine kohärente Vertretung von Themen in den jeweiligen Boards der IFIs und stellen für uns besonders wichtige Themen dar, die in den regelmäßig wiederkehrenden Auffüllungsverhandlungen der Fonds (weichen Fenster der IFIs) vertreten werden.

Die programmatische Zusammenarbeit (Kap. 8) stellt die vier großen Schwerpunktsektoren der BMF-IFI Kooperationen dar. In diesen vier Bereichen können zusätzliche Programme mit den IFIs ausverhandelt und abgeschlossen werden. Es handelt sich dabei um thematische Trust Funds oder Projekte des Außenwirtschaftsprogrammes. Geographisch sind diese Programme vor allem auf die Region Ost- und Südosteuropa, gefolgt von der MENA Region ausgerichtet. Darüber hinaus können aber dennoch auch globale Programme oder Programme in anderen Regionen unterstützt werden, sofern sie in die vier Schwerpunktsektoren fallen und ein großes Interesse der Kooperation mit der jeweiligen IFI in dem Bereich besteht. In der Gestaltung der diversen IFI-Kooperationen wird nach Möglichkeit auch versucht, die österreichischen Schwerpunktländer der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bestmöglich zu berücksichtigen.

Sowohl mittels thematischer als auch mittels programmatischer Zusammenarbeit besteht die Möglichkeit Themen in IFIs einzubringen und durch eine Schwerpunktsetzung gestaltend Einfluss zu nehmen und damit zur österreichischen Sichtbarkeit in den IFIs und im In- und Ausland beizutragen.

## 2.2. Leitende Prinzipien der Kooperation

Die gesamte Kooperation des BMF mit IFIs wird gemäß übergeordneten und leitenden Prinzipien gestaltet. Auf nationaler Ebene unterliegt die IFI Kooperation dem österreichischen EZA-Gesetz und orientiert sich an den Zielen des Dreijahresprogrammes der österreichischen Entwicklungspolitik. Auf BMF-Ebene ist der vorliegende Leitfaden kohärent und komplementär zur Internationalen Strategie

des BMF, die Teil der Ressortstrategie ist. Auf internationaler Ebene ist man bemüht die Aid Effectiveness Agenda eines harmonisierten und kohärenten Vorgehens zur Verbesserung der Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit bestmöglich umzusetzen.

### **Vorgaben gemäß österreichischem Entwicklungszusammenarbeitsgesetz und Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik**

Das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZA-Gesetz) und das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik geben drei Oberziele für die österreichische Entwicklungspolitik vor:

- Die Bekämpfung der Armut,
- die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie Förderung von guter Regierungsführung und Menschenrechten und
- die Erhaltung der Umwelt.

Diese entwicklungspolitischen Oberziele gelten auch für die Politik des BMF gegenüber den IFIs.

### **Strategie des Bundesministeriums für Finanzen**

In der Strategie des BMF werden innerhalb der internationalen Strategie folgende strategische Zielsetzungen der internationalen Tätigkeiten des BMF genannt:

- Sicherstellung wachstums- und beschäftigungsfördernder Rahmenbedingungen
- Bekanntmachung Österreichs als Know-How Träger und interessanter Wirtschaftspartner
- Stärkung der multilateralen und bilateralen Kooperationen
- Durchsetzung österreichischer Interessen in internationalen Verhandlungsgremien und Institutionen

Der vorliegende strategische Leitfadens des BMF für die IFI steht im Einklang mit der allgemeinen Strategie des BMF und stellt eine vertiefende Auseinandersetzung mit den Zielen der internationalen Strategie sowie den Beitrag der IFIs zur Verfolgung dieser Ziele dar. Die Aktivitäten der IFIs tragen zur weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bei und sichern somit wachstums- und beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen. Die österreichische Wirtschaft hat Kooperationspotenziale mit den IFIs, die gezielt zu einem gegenseitigen Nutzen ausgebaut werden sollten. Es ist daher für das BMF ein besonderes Anliegen, die Bekanntmachung Österreichs als Know-How Träger und interessanter Wirtschaftspartner auch gegenüber IFIs gezielt zu unterstützen. Kooperationsprogramme mit IFIs innerhalb der gesetzten Schwerpunkte tragen zur Bekanntmachung Österreichs als Know-How Träger bei. Die österreichischen VertreterInnen bei den jeweiligen IFIs sind innerhalb ihres vielfältigen Aufgabengebietes auch darum bemüht, öster-

reichische Interessen und Positionen innerhalb der IFIs zu unterstützen.

### **Development Effectiveness Agenda**

Auf internationaler Ebene stellen die Vorgaben der Pariser Erklärung, der Accra Agenda und der Globalen Partnerschaft von Busan einen Handlungsrahmen des BMF für die Kooperation mit IFIs dar.

Mit der Verabschiedung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) im Jahr 2000, zu denen sich auch Österreich bekannt hat, hat auch eine grundlegende internationale Diskussion über eine Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit und einer effizienteren Koordination aller Akteure begonnen. In den Folgejahren haben hochrangige internationale Konferenzen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (Aid Effectiveness Agenda) stattgefunden. Mit der Pariser Erklärung von 2005 konnte ein Rahmen für die Geberkoordinierung, die Angleichung der Programme und Strategien der Entwicklungspartner sowie eine schrittweise Harmonisierung der Vergaberichtlinien der Geber geschaffen werden.

In der Pariser Erklärung einigten sich Geber- und Partnerländer sowie IFI und VertreterInnen der Zivilgesellschaft auf Grundprinzipien der Zusammenarbeit, die sowohl für bilaterale als auch für multilaterale Akteure gelten sollen. Die Kooperation mit Partnerländern sollte verbessert und durch fünf Prinzipien (Ownership, Alignment, Harmonisation, Managing for Results and Mutual Accountability) bestimmt werden.

Der Aktionsplan von Accra (2008) ergänzt die Pariser Erklärung in den Bereichen in denen Schwierigkeiten in der Umsetzung auftraten. Mit der Globalen Partnerschaft von Busan (2011) wurde die Development Effectiveness Agenda nochmals verstärkt und eine neue Partnerschaft für Entwicklung ins Leben gerufen. Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer sollen sich künftig gemeinsam mit internationalen Entwicklungsorganisationen und IFIs, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft um messbare Ergebnisse in der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung einsetzen.

Innerhalb der umfassenden Development Effectiveness Agenda und den Schwierigkeiten in der Umsetzung stellt die Anwendung „nationaler Systeme“ bei Vergaben von Aufträgen eine der großen Herausforderungen für lokale Regierungen und Partner gleichermaßen dar. Gerade IFIs können in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle durch technische Assistenz und durch Anwendung von nationalen Systemen bei ihren Vergaben beitragen.

Für den Erfolg von Entwicklungsprogrammen ist es aber auch wichtig, dass die Partnerländer selbst die entsprechenden Reformen mittragen und umsetzen. Ownership wird als

entscheidende Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Partnern gesehen. Durch konsultative Prozesse bei der Entwicklung von Strategien werden die verschiedenen Ebenen der Partnerregierungen, die Zivilgesellschaft, der Privatsektor sowie die Gebergemeinschaft einbezogen.

Die Umsetzung der Development Effectiveness Agenda sollte verstärkt bei allen Instrumenten der IFIs sowie bei den speziellen entwicklungspolitischen Instrumenten des IMF zum Ausdruck kommen. In der Verfolgung von Geberharmonisierung und Partnerausrichtung (Alignment) sollen IFIs eine wichtige Koordinationsfunktion einnehmen und diese aktiv unterstützen. Österreich ist bestrebt in seinen eigenen Trust Fund Programmen und speziell bei Projektgenehmigungen in den jeweiligen Boards der IFIs auf die Umsetzung der Prinzipien zu achten.

## **2.3. Erreichung der MDGs und Post-2015 Agenda**

Im Zentrum der Bemühungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stehen die Verringerung von Armut und die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungsländern. Sowohl die Vereinten Nationen und ihre Teilorganisationen als auch die Entwicklungsbanken und bilateralen Geber bekennen sich zu Armutsreduktion als übergeordnetes Ziel. Durch die Definition der Millennium Development Goals und ihrer 8 Ober-, 18 Teilziele und 48 Indikatoren wurde versucht Entwicklung messbar zu machen. Im Jahr 2015 wird die Erreichung der MDGs am Status der acht MDGs und der diversen Unterziele gemessen.

Die MDGs werden zwar bis 2015 nicht vollständig erreicht werden, aber es herrscht Übereinstimmung, dass sie ein sinnvolles und realistisches Paket von Zielsetzungen waren und die nicht erreichten Ziele auch nach 2015 weiter verfolgt werden sollten. Darüber hinaus ist der neue Zielkatalog für die Zeit nach 2015 bereits in Diskussion. Die Zielsetzung ist weitreichender und berücksichtigt auch jene für Entwicklung und Armutsreduktion relevanten Elemente, die bei den bisherigen MDGs weniger im Vordergrund standen: Umwelt und Klima, Frieden und Sicherheit, Good Governance, Institutionen und Menschenrechte, inklusives Wachstum, Beschäftigung und Ungleichheit. Die Ziele müssen universelle Gültigkeit besitzen, aber nationalen Besonderheiten Rechnung tragen.

Als übergeordnete Zielsetzung ist bereits anerkannt, bis 2030 die extreme Armut mit einem Einkommen von unter USD 1,25 pro Tag global auszulöschen und die zunehmenden Ungleichheiten einzuschränken. Das UN High Level Panel of Eminent Persons stellt seinen Bericht zur Post-2015 Agenda unter das Motto „leave no one behind“, um hervorzuheben, dass alle sozial schwachen und verletzlichen

Gruppen und Personen, insbesondere auch Menschen mit Behinderung, am Entwicklungsprozess aktiv teilnehmen können. Ähnlich formulieren es die EU-Kommission in ihrem Bericht „A Decent Life for All“ und der EU-Rat, die soziale Inklusion, Verteilung, Nachhaltigkeit und Lebensqualität in sozialer und ökologischer Hinsicht ansprechen. Der Fokus richtet sich neben Armutsreduzierung auch auf weitere Zugangshemmnisse wie mangelnde Bildung und Gesundheitsversorgung. Dieser weitreichende Zielkatalog der SDGs soll gewährleisten, dass nachhaltige Entwicklung erzielt wird. Klimawandel, Biodiversität sowie Erhalt der Ökosysteme sind unverzichtbare Bestandteile einer Entwicklungsagenda.

Für das BMF ergeben sich folgende Zielsetzungen:

- Das internationale Ziel, 0,7% des BNE der Geberländer an jährlichen ODA-Flüssen zu erreichen, konnte bisher nur von einer kleinen Anzahl von Ländern erfüllt werden. Im Zuge der Zusammenführung der Entwicklungsziele mit den SDGs der Post-2015 Agenda, sowie in der Monterrey-Folgekonferenz zu Entwicklungsfinanzierung im Juli 2015, wird auch dieses 0,7% Ziel einer Diskussion unterzogen. Die SDGs werden nicht allein mit öffentlicher Finanzierung erreichbar sein. Es wird auch darauf ankommen, private Finanzierung verstärkt zu erschließen und den Privatsektor für die Erreichung von Entwicklungszielen effektiver zu nutzen.
- Eine der wichtigsten Quellen von Entwicklungsfinanzierung sind die eigenen Ressourcen der Entwicklungsländer. Die Good Governance- und Accountability-Ziele des neuen Zielkataloges für „Post-2015“ sollen u.a. auch zu besserem und gerechterem Aufkommen eigener Mittel, besserem Management der öffentlichen Finanzen und Verantwortlichkeit dafür beitragen. Die internationale Gemeinschaft sollte auch dafür Sorge tragen, dass Steuerflucht und illegale Finanzströme zunehmend beschränkt werden, um den Entwicklungsländern die Nutzung ihrer eigenen Ressourcen auch tatsächlich zu ermöglichen.

## 2.4. Antworten auf globale Herausforderungen

Neben einem Beitrag zur Erreichung der MDGs und der SDGs stellt die IFI-Kooperation auch eine Möglichkeit für das BMF dar, anderen globalen Herausforderungen, abgesehen von Armut, zu begegnen. Im Folgenden wird auf einige für die BMF-IFI Kooperation besonders wichtige, zentrale Herausforderungen eingegangen, die insbesondere in weiterer Folge für die programmatische Schwerpunktsetzung (Kap. 8) von Relevanz sind. Diese sind die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise, die Lebensmittelkrise, Krankheiten und Epidemien sowie Fragen im Bereich Umwelt, Klima und der damit verbundenen steigenden Energienachfrage.

### Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9, welche zunächst durch eine Immobilienblase in den USA ausgelöst wurde, hatte weitreichende und langanhaltende Auswirkungen auf die Finanzwelt. Auf die Immobilienblase folgte eine Bankenkrise, die sich zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise ausweitete und mit einiger Verzögerung dann auch Europa und große Teile der Weltwirtschaft erfasste. Die Auswirkungen sind langfristig spürbar. Banken kämpfen mit den Folgen der Finanzkrise, oftmals mit einem hohen Anteil an Non Performing Loans und vergeben daher weniger Mittel an Unternehmen. Dies führt zu einem Rückgang an Aufträgen und Investitionen sowie zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Unter den Folgen der Finanzkrise litten auch die Entwicklungsländer, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Viele Entwicklungsländer wurden von der Krise durch ein Sinken der Exportnachfrage bzw. den Rückgang der globalen Kapitalströme, einschließlich ausländischer Direktinvestitionen (FDI), Portfolioinvestitionen und zum Teil auch der Remittances, hart getroffen. Dadurch wurden teilweise auch erreichte Fortschritte in der Armutsminderung zunichte gemacht.

Es kam zu Kreditknappheit vieler Entwicklungsländer. Der private Bankensektor war nicht in der Lage den Finanzierungsbedarf zu bedienen. Der Zugang zu internationalen Finanzmärkten war ebenso sehr erschwert.

Die IFIs haben versucht durch vorübergehend höhere und vorgezogene Kreditvergaben (Frontloading) die unmittelbaren Folgen der Krise abzuschwächen. Die Krisenmaßnahmen der IFIs zielten insbesondere darauf ab:

- die Infrastrukturinvestitionen aufrecht zu erhalten, um die Grundlagen zukünftigen Wachstums nicht zu gefährden,
- die Ausgaben für grundlegende soziale Dienstleistungen und Sicherheitsnetze zu schützen, um die sozialen Auswirkungen der Krise abzufedern,
- den Privatsektor verstärkt als Hebel zu nutzen und damit den Motor des Wachstums so weit wie möglich in Gang zu halten.

Die Mitglieder der G-20 forderten im Frühjahr 2009 die IFIs auf, ihrer antizyklischen Rolle nachzukommen. Die Anteilseigner der Weltbankgruppe sowie der regionalen Entwicklungsbanken sind dieser Aufforderung mit Kapitalerhöhungen wichtiger IFIs nachgekommen. Finanzierungsengpässe, die durch den erschwerten Zugang der Entwicklungsländer zu den Finanzmärkten und den Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen auftraten, konnten so durch IFIs abgedeckt werden.

Österreich setzt sich im Rahmen der IFI Kooperation, insbesondere innerhalb des Schwerpunktes Privat- und Finanzsektorentwicklung, für Programme ein, die zur Prävention und der Reduktion der Krisenanfälligkeit dienen.

## **Lebensmittelkrise**

Die Preise der wichtigsten Grundnahrungsmittel (Reis, Mais, Weizen) sind seit 2003 stark angestiegen und sehr volatil. Zwischen 2006-2008 sowie zwischen 2010-2011 kam es aufgrund der starken Preisanstiege zu massiven Lebensmittelkrisen. Auf dem G8 Gipfel im Juli 2009 wurde Lebensmittelvesorgung zu einem zentralen entwicklungspolitischen Thema erklärt. Seit diesen beiden Krisen widmen sich die IFIs im Allgemeinen wieder intensiver der Frage ausreichender Lebensmittelproduktion.

Zu den Ursachen der Lebensmittelkrise zählen sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Faktoren. Zunächst kam es aufgrund des Wachstums der Weltbevölkerung, der steigenden Kaufkraft in wichtigen Schwellenländern sowie veränderter Ernährungsgewohnheiten zu einem starken Anstieg der Nachfrage nach Lebensmitteln. Gleichzeitig kam es angebotsseitig zu einer Begrenzung der Lebensmittelproduktion aufgrund von Dürren, des Verlusts landwirtschaftlicher Flächen (Industrialisierung, Urbanisierung, Klimawandel, Wüstenbildung, etc.), der Flächenkonkurrenz durch die steigende Produktion von Biokraftstoffen, sowie einer Stagnation der Produktivitätszuwächse. Darüber hinaus führte auch der Anstieg der Energiepreise zu einer Verteuerung von Inputs (Maschinen, Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Bewässerung etc.), aber auch der Verarbeitung von Lebensmitteln. Verstärkt wurde die entstandene Preisvolatilität durch Spekulationen mit Agrarrohstoffen und durch Exportverbote, die von einigen Regierungen verhängt wurden.

Angesichts eines erwarteten Anstiegs der Weltbevölkerung auf bis zu 10 Mrd. Menschen bis zum Jahre 2050 wird die Bedeutung ausreichender Lebensmittel und die Produktivität im Landwirtschaftsbereich durch Mechanisierung, Bewässerungsanlagen und die Unterstützung einer verarbeitenden Lebensmittelindustrie immer wichtiger. Dies kann auch den Einsatz neuer Technologien erfordern, wobei der Verzicht auf den Einsatz von Gentechnologie ein österreichisches Anliegen darstellt. Überdies stellt auch die Reduktion der Ernte- und Nachernteverluste, etwa durch verbesserte Lagerung und Haltbarmachung der Nahrung, eine wichtige Initiative dar. Zusätzlich sollen höchstmögliche technologische und ökologische Standards sowie Tierhaltungskriterien, die den europäischen Normen entsprechen, eingehalten werden. Die Erhaltung von Naturreserven und der Schutz der Biodiversität sind dabei Faktoren, die ebenso besondere Beachtung finden müssen.

## **Bekämpfung von Epidemien**

Krankheiten und Epidemien stellen eine große Belastung für öffentliche Gesundheitssysteme dar, besonders wenn diese nur mangelhaft ausgestattet sind. Dies wirkt sich allgemein nachteilig auf die Volkswirtschaft aus und trifft Entwicklungsländer besonders hart. In manchen Staaten des

südlichen Afrikas, wie Botswana oder Swasiland, in denen bis zu 25% der arbeitsfähigen Bevölkerung mit HIV oder AIDS lebt, stellt es zudem eine existenzielle Bedrohung für das Funktionieren des Arbeitsmarktes, staatlicher Institutionen und des gesamten Staatswesens dar. Mit über 70% fällt nicht nur die Mehrheit der jährlichen HIV-Neuinfektionen auf Sub-Sahara-Afrika, sondern daraus folgt auch ein überproportional großer Anteil von AIDS-Todesfällen in dieser Region. Der Kampf gegen HIV, AIDS, Malaria und andere Seuchen fand als MDG#6 einen Platz an prominenter Stelle innerhalb der multilateralen Entwicklungsagenda.

Gerade angesichts der im Frühling 2014 in den westafrikanischen Staaten Guinea, Liberia und Sierra Leone ausgebrochenen Ebola-Epidemie wird klar ersichtlich wie verheerend sich Epidemien auf die wirtschaftliche Situation von Ländern und ganze Regionen auswirken können. Die davon betroffenen Staaten büßen bis zu 5% ihres BIPs aufgrund des Krankheitsausbruchs bis zum Ende des Jahres 2014 ein. Da es sich hier um stark unterentwickelte und, im Fall von Sierra Leone und Liberia, zudem um fragile Staaten handelt, gefährdet die Epidemie die wirtschaftlichen und institutionellen Grundlagen von Staaten. Schätzungen der Weltbank gehen außerdem davon aus, dass Malaria bestimmte Länder der Sub-Sahara-Afrikas jährlich über 1% des Wirtschaftswachstums kostet.

Der Fokus der Kooperation muss auf den Aufbau von entsprechender Gesundheitsinfrastruktur gelegt werden, um die rasche Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern. Dazu ist auch die Ausbildung und Schulung der lokalen Bevölkerung für Gesundheitsberufe vor Ort unerlässlich. Im Falle von akuten Epidemien setzt sich das BMF für Sofortmaßnahmen ein und unterstützt entsprechende Initiativen der MDBs, besonders im Zusammenhang mit dem Aufbau von entsprechenden Institutionen in fragilen Staaten. Große multilaterale Organisationen können hier besser eingreifen als die Institutionen von Einzelstaaten, da sie über das notwendige breitgefächerte Know-How und das erforderliche Personal verfügen. Zudem erschwert es auch die Koordination, wenn (zu) viele bilaterale Initiativen in akute Situationen eingreifen.

## **Umwelt, Klima und steigender Energiebedarf**

Das wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahrzehnte brachte auch Folgen wie Umweltzerstörung und Klimawandel mit sich. Das rasch voranschreitende Bevölkerungswachstum verstärkt diese Probleme durch eine erhöhte Nachfrage nach natürlichen Ressourcen. Die Verknappung von Naturgütern wie Wasser birgt auch zunehmend Potenzial für Krisen, Konflikte und Migration.

Die Folgen des Klimawandels sind ebenso weitreichend. Die globalen Treibhausmissionen haben zwischen 1970 und 2004 um 70% zugenommen und sie könnten sich bis

zum Jahr 2050 nochmals verdoppeln. Es ist zu befürchten, dass der weltweite Temperaturanstieg die Schwelle von 2°C deutlich übersteigen wird (siehe *Turn down the heat: why a 4°C warmer world must be avoided*" (11/2012), Weltbank Working Paper).

Zugleich stehen viele Entwicklungsländer im Energiesektor vor riesigen Problemen, da ihr Energiebedarf im Entwicklungsprozess stetig steigt. Große Teile der Bevölkerung haben keinen Zugang zu effizienten Energie-Dienstleistungen; dazu kommen steigende Ausgaben für den Import fossiler Brennstoffe, Missmanagement lokaler Ressourcen und limitierter Zugang zu Kapital und Wissen. Die Energieproduktion in vielen Entwicklungsländern kann mit dem Bedarf nicht schritthalten und hemmt dadurch Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion. Oftmals ist aber auch der Energiesektor wesentlicher Mitverursacher lokaler Umweltverschmutzungen und des globalen Klimawandels. Innovative und umweltschonende Lösungen sind daher notwendig.

Die negativen Auswirkungen des Klimawandels treffen zusätzlich die ärmsten Länder in einem überproportionalen Ausmaß. Die Anpassungskosten an die Folgen des Klimawandels sind für Entwicklungsländer enorm und können von ihnen nicht alleine getragen werden. Zudem steigern Klimawandel und voranschreitende Urbanisierung Katastrophenrisiken in Agglomerationsräumen, v.a. durch wasserbezogene Ereignisse wie Flut, Dürre oder Stürme. Effiziente Maßnahmen zur Anpassung an und Minderung der Auswirkungen des Klimawandels sind notwendig. IFIs können hierbei eine wichtige Rolle spielen, denn sie können aufgrund ihrer Expertise und Betätigungsfelder für globale Probleme Lösungsansätze erarbeiten und dabei auch Schnittmengen und Widersprüche etwa zwischen Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und Energiepolitik in die Ausarbeitung von Lösungsansätzen einbeziehen. Ihre Stellung als internationale Institutionen ermöglicht es ihnen, auch wichtige regionale und globale Plattformen zu bieten, um die wesentlichen Stakeholder zu versammeln und die Umsetzung von zentralen Maßnahmen zu unterstützen.

Das BMF erachtet IFIs hier als einen zentralen Akteur, um Herausforderungen der Entwicklung und globaler Klimafragen durch internationale koordinierte Mechanismen zu begegnen. Innerhalb der IFI Kooperation wird dem Bereich nachhaltige Energie und Klimaschutz ein Schwerpunkt gewidmet, der somit die gezielte Unterstützung von Projekten mit IFIs in diesem Bereich ermöglicht.

## 2.5. Unterstützung globaler Strukturpolitik

Ein weiteres wichtiges Anliegen stellt die Unterstützung globaler Strukturpolitik dar. Gegenwärtig leben wir in einer

Welt wechselseitiger Abhängigkeiten. Dies wird insbesondere in den Politikfeldern Umwelt, Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum verdeutlicht. Der Fortschritt oder Misserfolg anderer Länder hat auch Rückwirkungen auf unsere Sicherheit, unsere Lebensräume und unseren heutigen und künftigen Wohlstand. Dies haben nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftskrise, der globale Klimawandel oder die von fragilen Staaten ausgehenden Instabilitäten und Migrationsströme gezeigt. In einer globalisierten Weltwirtschaft nimmt daher effektive Entwicklungspolitik auch eine globale strukturelle Dimension ein.

In der ersten Dekade dieses Jahrhunderts zeigte sich ein deutlicher Trend zu wirtschaftlicher Konvergenz und Armutsreduktion, als die Entwicklungsländer (trotz signifikanter Unterschiede) als Gruppe wesentlich rascher wuchsen als die entwickelten Industrienationen. Gegenwärtig verändert sich die Weltwirtschaft rasch in Richtung multipler Wachstumspole. Schon 2010 waren Entwicklungs- und Schwellenländer für rund 60% des globalen Wachstums verantwortlich. Laut Weltbank werden 2025 vermutlich sechs aufstrebende Schwellenländer über 50% des weltweiten Wachstums erwirtschaften. Seit 2015 ist China die größte Volkswirtschaft der Welt.

Das Entstehen neuer Wachstumspole in aufstrebenden Schwellenländern wird erhebliche strukturelle Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, die künftige globale Wachstumsdynamik und internationale Arbeitsteilung haben. Der Aufstieg neuer Wachstumspole führt einerseits zu steigender Nachfrage nach Kapital- und Intermediärgütern bzw. Innovativtechnologien (z.B. im Umweltbereich), andererseits bringt der steigende Bedarf aufstrebender Schwellenländer an Primärgütern und Rohstoffen höhere Preise und steigendes Einkommen für arme Produzentenländer mit sich. Dadurch folgt auch ein Anreiz für verstärkte Süd-Süd Investitionstätigkeit und Handelsbeziehungen. China, Indien und Brasilien haben ihre Handels- und Investitionsvolumina v.a. in Subsahara-Afrika und/oder Südasien bereits beträchtlich ausgebaut und investieren massiv in die Entwicklung von Infrastruktur, natürlichen Ressourcen und Landwirtschaftssektoren dieser Länder.

Das dynamische Wachstum der Schwellenländer bietet Entwicklungsländern Chancen zur Diversifizierung und Industrialisierung ihrer eigenen Wirtschaftsstrukturen. Ein Prozess sich wechselseitig verstärkender Wachstumspole ist dabei essenziell. In den Entwicklungsländern müssen die begonnenen Strukturreformen fortgesetzt werden, insbesondere in den Bereichen makroökonomisches Management, transparente und demokratische Governance, Entwicklung heimischer Finanzmärkte, Verbesserung des Investitionsklimas, v.a. in Sektoren, in denen das jeweilige Land komparative Vorteile hat. Ein dynamischer Prozess strukturellen Wandels erfordert aber auch eine an die jeweilige Entwicklungsstufe angepasste Infrastruktur und zwar sowohl „harte“ (Trans-

port, Energie, Telekom) als auch „weiche“ (Institutionen, Regulierungen, Ausbildung etc.).

Den IFIs kommt eine zentrale Rolle bei der Unterstützung einer multipolaren Wachstumsdynamik zu. Sie finanzieren Investitionen in wachstumsfördernde „harte“ Infrastruktur, beraten Regierungen bei der Bereitstellung geeigneter „weicher“ Infrastruktur, z.B. durch technische Hilfe bei der Verbesserung des Investitionsklimas durch Anpassung einheimischer Finanzsysteme, Schuldenmanagement, etc. IFIs unterstützen den Aufbau von „Humankapital“ durch Finanzierungen und Politikberatung in den Sektoren Bildung, Gesundheit und Ernährung. Sie fördern regionale Integrationsprozesse, investieren in globale bzw. regionale öffentliche Güter und stellen Fonds zur Bewältigung von Krisen und Naturkatastrophen zur Verfügung. In vielen Fällen können IFIs auch öffentlich-private Dialogprozesse zur Identifikation möglicher komparativer Vorteile und Potenziale für Industrial Upgrading unterstützen und eine entsprechende Agenda für komplementäre Politiken entwickeln helfen. Österreich unterstützt innerhalb der Schwerpunktsetzung Finanz- und Privatsektorentwicklung gezielt Programme in diesem Bereich.

## 2.6. Potenziale für die österreichische Außenwirtschaft

Die internationale Gebergemeinschaft erkennt zunehmend die positive und wichtige Rolle der Privatwirtschaft für den Entwicklungsprozess. Die Privatwirtschaft ist nicht nur zentral für eine gesunde und diversifizierte Wirtschaftsstruktur, sondern schafft vor allem auch Arbeitsplätze. IFIs unterstützen durch ihre Projekte, Programme und technische Assistenz auf vielfältige Weise die Rahmenbedingungen für einen dynamischen Privatsektor. IFIs vermögen auch die internationalen Rahmenbedingungen der Partnerländer für Exporte und ausländische Direktinvestitionen positiv zu beeinflussen. Durch die Entwicklung von neuen Märkten und der Förderung eines positiven Investitionsklimas, sind IFIs von hoher Bedeutung für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer gleichermaßen, insbesondere auch für kleine, offene Volkswirtschaften wie Österreich.

Über diesen traditionellen Beitrag hinaus erkennen IFIs aber auch zunehmend das Potenzial innerhalb moderner Geber- und Nehmerbeziehungen. Moderne Geber- und Nehmerbeziehungen werden zunehmend auch als Partnerschaften für einen wichtigen Know-How und Technologie-Transfer und für Beratungsleistungen zum beidseitigem Nutzen für Geber- und Empfängerland gesehen. Dies ist gerade heute, wo es gilt Lösungen für globale Herausforderungen zu schaffen, von besonderem Interesse. Um globalen Problemen begegnen zu können, müssen auch bestmögliche Technologien gefördert werden etwa um energieeffiziente Lösungen anbieten zu können, um den Umgang mit Wasserknappheit

zu begegnen oder um Produktivitätszuwächse zu erzielen. Österreich ist Know-How Träger in vielen innovativen und hochtechnologischen Bereichen und ein interessanter Wirtschaftspartner. Hier ergeben sich Chancen für die Außenwirtschaft, die genutzt werden sollten.

Durch die österreichische Kooperation mit IFIs sollen mögliche Synergien zwischen entwicklungspolitischem Beitrag und außenwirtschaftlichem Nutzen erzeugt werden. Die Teilnahme an internationalen Handels- und Investitionsbeziehungen ist für ökonomisch schwächere Länder zentral für ihren Entwicklungsprozess. Umgekehrt kann die österreichische Außenwirtschaft durch eine internationale Präsenz in Transitions- und Entwicklungsländern neue Märkte erreichen und gleichzeitig einen entwicklungspolitischen Beitrag leisten. Die Kooperation mit IFIs und die Teilnahme an IFI Projekten und ihren Ausschreibungen kann hier eine Möglichkeit für die österreichische Außenwirtschaft bieten, diese Synergien auch zu nutzen.

Zusätzlich dazu können IFIs eine wichtige Rolle für die Außenwirtschaft in folgenden Bereichen spielen:

- IFIs können Marktöffner für neue Sektoren und neue Zielregionen für die österreichische Wirtschaft sein.
- Eine Kooperation mit IFIs kann helfen, Geschäftschancen zu identifizieren und zu entwickeln.
- IFIs können vielfältige, wirtschaftliche und politische Risiken, wie im Fall der MIGA, übernehmen.
- IFIs stellen Quellen der Information für Unternehmer, die Marktchancen suchen und neue Märkte bearbeiten wollen, dar.
- Analysen der IFIs über wichtige Märkte oder Sektoren können für die Internationalisierung der Wirtschaft genutzt werden.

Das BMF kann durch Kooperationsprogramme mit IFIs in Schwerpunktsektoren, die auch von Interesse für die österreichische Wirtschaft sind und wo verstärkt international gefragtes Know-How besteht, die Außenwirtschaft unterstützen. Zentrales Element für die österreichische Wirtschaft ist dabei der Zugang und die Sicherstellung von Information. Die WKÖ und ihr weltweites Netz von Außenwirtschafts-Centers spielen dabei eine zentrale Rolle, da sie die erste Anlaufstelle für Unternehmen, die neue Märkte bearbeiten möchten, darstellen. Die gute Vernetzung der österreichischen Auslandsvertretungen kann ebenso eine wichtige Rolle für lokale Kontakte spielen. Um Information zu IFI Projekten und Ausschreibungen transparent und allgemein zugänglich zu machen, verfügen mittlerweile alle IFIs über umfassende Informationen auf ihren jeweiligen Internetseiten.

Die österreichischen VertreterInnen in den IFIs können zusätzlich Information bei spezifischen Fragen zur Verfügung stellen und in Kooperation mit den Außenwirtschafts-Cen-

ters sowie in Kooperation mit den lokalen Büros für Entwicklungszusammenarbeit Hilfe bei der Kontaktherstellung mit IFI MitarbeiterInnen, FachexpertInnen oder Projektverantwortlichen stellen.

### **Österreichische Entwicklungsbank (OeEB)**

Österreich verfügt mit der OeEB auch über eine nationale Entwicklungsbank, deren Mandat es ist, entwicklungs- politisch relevante und wirtschaftlich tragfähige Privatsektor-Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern umzusetzen. Dazu steht der OeEB mit Investitionsfinanzierungen, Eigenkapitalbeteiligungen sowie Advisory Services ein umfassendes Instrumentarium zur Verfügung, wobei

eine der Zielsetzung die spezielle Unterstützung von Unternehmen ist.

Die OeEB kooperiert bereits eng mit einzelnen IFIs wie zum Beispiel dem IFC und EBRD die einen Privatsektor Schwerpunkt aufweisen. Die OeEB ist bemüht, diese Kooperationen in den nächsten Jahren weiter zu vertiefen und auf weitere multilaterale Akteure auszudehnen. Da die inhaltliche Ausrichtung der Strategie der OeEB in weiten Teilen mit jener der IFI-Strategie abgestimmt ist, stellt die OeEB einen zusätzlichen Hebel zur Verfolgung der österreichischen Ziele in der Zusammenarbeit mit den IFIs, insbesondere im Bereich der Privatsektorentwicklung, dar.



# 3. Rolle und Funktion von IFIs

Aus Sicht des BMF stellen IFIs wichtige multilaterale Akteure in der internationalen Zusammenarbeit innerhalb der globalen „Aid Architektur“ dar. IFIs sind bedeutende Akteure um Entwicklungsziele zu erreichen und gegenwärtigen, globalen Herausforderungen effizient und koordiniert zu begegnen. Im Folgenden soll auf allgemeine Vorteile, Rolle und Funktion von IFIs eingegangen werden.

## 3.1. Rolle und Bedeutung von multilateralen Entwicklungsbanken

### **Kapitalaufnahme und –vergabe zu günstigen Konditionen**

MDBs ermöglichen eine effiziente Mittelaufbringung zu besonders vorteilhaften Konditionen, denn sie bündeln die bereitgestellten finanziellen Ressourcen einer großen Anzahl von Ländern. Das Gesamtkapital der MDBs besteht aus eingezahltem und aus Haftkapital, das von Mitgliedsländern zur Verfügung gestellt wird. Durch die erworbenen Kapitalanteile erhalten Anteilseigner Stimmrechte an den jeweiligen Institutionen. Zusätzlich zu den erworbenen Kapitalanteilen übernehmen Mitgliedsstaaten auch einen hohen Haftungsanteil. Das Grundkapital bestehend aus Stamm- und Haftkapital ermöglicht den MDBs meist einen AAA Status zu erhalten und somit zu besonders günstigen Konditionen an den internationalen Finanzmärkten Kapital aufzunehmen.

Die Finanzmittel werden von den MBDs für Projekte in Entwicklungs- und Transitionsländern verwendet. Die Finanzierung wird in Form von Krediten zu günstigsten Bedingungen an kreditwürdige Entwicklungs- und Transitionsländer, vor allem Mitteleinkommensländer, vergeben. Die dabei erzielten Erträge der Banken werden zu einem großen Teil für Transfers in die angeschlossenen Fonds der Banken verwendet (IDA, AfDF, AsDF) und damit für konzessionelle Kredite und nicht rückzahlbare Zuschüsse verwendet. Aus den Erträgen wird üblicherweise auch die Verwaltung der Banken, inklusive jene der angeschlossenen Fonds, finanziert.

Entwicklungs- und Transitionsländern sind sehr häufig durch einen schwach entwickelten Finanzmarkt und ein wenig ausgebautes Bankwesen geprägt, sodass langfristige Finanzierungen nicht garantiert sind und allgemein Kapital nicht ausreichend für Finanzierungen zur Verfügung steht. Multilaterale Entwicklungsbanken können hier einspringen und für die Entwicklung dringend notwendiges, langfristiges Kapital zu günstigen Bedingungen an Entwicklungs- und Transitionsländern weitergeben.

### **Additionalität der Kreditvergabe**

Die von MDBs angebotenen Finanzierungen dienen Programmen zur Armutsminderung, Wirtschafts- und Sozialentwicklung, Anpassung und Transformation, zur Abwendung von Wirtschafts- und Finanzkrisen und zur Abfederung der Folgen exogener Schocks. Durch die Kombination von Know-How und Finanzierung können die Grundlagen für Wirtschafts- und Sozialentwicklung wirksam unterstützt werden. MDB-Finanzierungen sind idealerweise additional zu anderen Finanzierungsformen und sollten vor allem auf Sektoren und Regionen, Länder und Landesteile ausgerichtet sein, die von privater Finanzierung (noch) kaum oder nicht ausreichend erreicht werden, auch in weiter entwickelten Schwellen- und Transitionsländern.

Jedoch ist auch die Verfügbarkeit von langfristiger privater Finanzierung in Entwicklungs- und Transitionsländern mit mittlerem Einkommen oft nicht ausreichend vorhanden, insbesondere für Entwicklungsvorhaben, wo es sich um Projekte mit hohem Risiko und/oder mit einem höheren sozialen als privaten „Return on Investment“ handelt. Auch in Ländern mit mittlerem Einkommen sind stabile und langfristige Finanzierungen sehr wichtig, da sich gerade in diesen Ländern ein großer Teil der weltweiten Armut befindet. Additionalität, d.h. die Komplementarität der IFIs zum Geschäftsbankbereich ist ein Grundsatz, der bei allen IFI Projekten Anwendung finden sollte.

Darüber hinaus fließt besonders in kleine Ökonomien mit hohen Transaktionskosten und in die allerärmsten Entwicklungsländer wenig privates Kapital. Multilaterale Entwicklungsfonds wie IDA spielen hier eine bedeutende Rolle, vor allem wenn Entwicklungsländer nicht kreditwürdig sind oder eine Verschuldung zu Marktbedingungen die Gefahr der Überschuldung erhöhen würde. Zusätzlich spielen IFIs eine Rolle wenn besonders förderungswürdige Sektoren in diesem Länderkreis gezielt finanziert werden sollen.

### **Katalytische Funktion**

Kreditvergaben der IFIs spielen außerdem eine wichtige katalytische Funktion, da durch das Vertrauen in die Volkswirtschaft, das sie generieren, ihren Finanzierungen vielfach privates Kapital nachfließt. IFIs tragen somit zu einem Umfeld bei, in dem sich privates Kapital besser entfalten kann. IFI-Finanzierungen können somit zusätzlich private Kapitalflüsse nach sich ziehen, die dringend benötigtes privates Kapital in Entwicklungsländern darstellen.

## Graduierungspolitik

Bereitgestellte IFI Finanzierung sollte keinesfalls eine permanente Finanzierungsquelle darstellen. IFIs müssen daher auch darauf achten, dass die Partnerländer sukzessive dem Klientenstatus entwachsen („graduieren“) und sich daher die Finanzierungsbedingungen der IFIs an jene des Marktes annähern. Die volle Integration der graduierten Länder in die Finanzmärkte und ihre umfassende Nutzung für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist der Anreiz, die Graduierung zu vollziehen. Formalkriterien, wie Überschreiten eines festgelegten GDP/Kopf Kriteriums sind wichtig, jedoch sollte dieses Kriterium auch unter Anbetracht anderer länderspezifischer Kriterien von Fall zu Fall betrachtet werden. Wichtig dabei ist auf die Inklusivität des Wachstums zu achten. Eine graduelle Transition, wie etwa bei IDA üblich, stellt eine Möglichkeit der Abfederung der Transition dar.

## 3.2. Arbeitsteilung und komparative Vorteile zwischen MDBs

### Zwischen MDBs

Alle regionale Entwicklungsbanken (REBs) haben sich, der ursprünglichen Arbeitsteilung zwischen Weltbank und IMF entsprechend, vorrangig auf die Mikroebene konzentriert und ihre Politiken und Wirkungsweisen glichen sich einander stark an.

Die Beratung und die Unterstützung für den Aufbau effektiver Wirtschafts- und Sozialstrukturen in den Partnerländern haben jedoch in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung gewonnen. Die REBs und die Weltbank ergänzen sich dabei zunehmend in ihren Aufgabenfeldern. In diesem Rahmen haben die REBs Vorteile durch ihre regionale Expertise und ihre länderspezifischen Erfahrungen, die arbeitsteilig weiter auszubauen sind. REBs werden aufgrund ihrer Eigentümerstruktur sehr stark als Banken der Region und ihrer kreditnehmenden Länder gesehen. Aufgrund der intensiven Zusammenarbeit mit nationalen Regierungen in ihrer Arbeit können REBs zum Teil Vorteile in der Krisenprävention und bei der Bereitstellung von regionalen, öffentlichen Gütern (RÖG) aufweisen. Demgegenüber hat die Weltbank ihrerseits komparative Vorteile insbesondere bei der Bereitstellung von globalen öffentlichen Gütern (GÖG) inklusive der Schaffung und Bereitstellung von Wissen über globale Entwicklungsfragen. Sie wird daher auch als Knowledge Bank und seit Präsident Kim auch als globale Solutions Bank bezeichnet.

Neben der Aufteilung von Agenden gemäß komparativen Vorteilen ist gleichzeitig eine Parallelität von Weltbank und REBs festzustellen, die grundsätzlich, ebenso wie die Spezialisierung als positiv zu sehen ist, da die Parallelität auch

positiven Wettbewerb unter den Banken fördert. Wettbewerb und eine leistungsfähige gegenseitige Ergänzung auf der Basis von Spezialisierung und komparativen Vorteilen kann eine Voraussetzung für eine verbesserte Ressourcenallokation, ein Motor der Innovation und eine Grundlage der für Entwicklungsländer notwendigen Wahlmöglichkeit sein.

Durch den verstärkten Wettbewerb besteht jedoch auch die Gefahr einer kompetitiven Zinspolitik der IFIs untereinander, die möglicherweise auf Kosten der Qualität der Projekte gehen kann. Solch einen Wettbewerb „nach unten“, der oft mit einer Verwässerung der Qualitätsstandards verbunden ist, sollte vermieden werden. Österreich setzt sich für die Beibehaltung von möglichst hohen Qualitätsstandards und Safeguards ein.

Um ihre komparativen Vorteile zu stärken, konzentrierten sich die REBs in den letzten Jahren auch auf eine zunehmende Dezentralisierung, den Ausbau ihrer Außenstrukturen in den Partnerländern und damit einer größeren Partnernähe. Wir unterstützen eine Konzentration der IFIs auf ihre jeweiligen komparativen Vorteile und ebenso einen Dezentralisierungsprozess, wenn dieser zu Effizienzsteigerung der Bankaktivitäten und besserer Kundennähe führt.

### Globale und regionale öffentliche Güter

In der Verfolgung globaler Ziele können IFIs auf Grund ihrer multilateralen Strukturen und ihrer Bedeutung eine wichtige Funktion einnehmen. Mit zunehmendem Wachstum und fortschreitender Globalisierung ergeben sich zunehmend positive und negative externe Effekte. IFIs als wichtige staatenübergreifende Institutionen spielen eine Rolle diese Güter zu generieren (Public Goods), die nötigen Rahmenbedingungen für sie zu schaffen, sie zu finanzieren oder auch die Vermeidung negativer externer Effekte (Public Bads) zu regeln und gegenzusteuern.

Globale öffentliche Güter haben eine globale und eine regionale Dimension, wobei diese nicht klar getrennt werden kann. Global wirkende IFIs wie die Weltbank haben komparative Vorteile in der globalen Dimension, während REBs Stärken in der regionalen Dimension aufweisen.

Aus der Fülle denkbarer globaler öffentlicher Güter identifizierte die International Task Force on Global Public Goods fünf globale öffentliche Güter. Während eines der Ziele, Friede und Sicherheit, vorrangig in der Kompetenz der Vereinten Nationen liegt, zudem IFIs indirekt unterstützend beitragen, können IFIs vor allem zu folgenden fünf globalen öffentlichen Gütern wesentliche Beiträge leisten. Diese sind:

- Kontrolle übertragbarer Krankheiten und Pandemien: Spezialisierte internationale Organisationen, vertikale Fonds und private Stiftungen spielen in diesem Bereich bereits eine große Rolle. IFIs können unterstützend si-

herstellen, dass ein enger vertikaler Ansatz nicht Ressourcen von anderen Prioritäten der Länder und insbesondere anderen Bereichen des Gesundheitssystems abzieht und ein Gleichgewicht zwischen Behandlung und Prävention hergestellt wird.

- **Erhaltung der Umwelt mit Fokus auf Klimawandel:** IFIs befassen sich vielfach mit Treibhausgasreduktion, Technologieentwicklung, nachhaltigem Waldmanagement, Anpassung an Folgen des Klimawandels, insbesondere zur Armutsminderung, nachhaltigem Umgang mit nicht-erneuerbaren Ressourcen und dem Eingehen von Partnerschaften für klimarelevante Forschung sowie mit der Verbreitung ihrer Resultate. Insbesondere die Weltbankgruppe mit ihrem Klima-Schwerpunkt als eine übergeordnete Zielsetzung in ihrer Tätigkeit (Cross Cutting Solution Area) übernimmt hier eine zunehmend wichtigere Rolle.
- **Stärkung der internationalen Finanzstabilität und des internationalen Handelssystems:** Trotz des Fortschritts in den letzten Jahren zeigen die Entwicklungen in den internationalen Finanzmärkten, dass Strukturreformen in den Finanzsektoren vieler Länder vertieft werden müssen. Gemeinsam mit dem IMF können IFIs das dafür nötige diagnostische, Beratungs- und technische Assistenzinstrumentarium anbieten. Im Bereich Handel bieten IFIs Know-how und Aid for Trade an, um nationale Volkswirtschaften zu öffnen, ihre regionale und globale Integration zu fördern, aber auch komplementäre Politiken zu formulieren, die dem internationalen Handel, dem wirtschaftlichen Wachstum und der Armutsminderung dienen. Aufgrund der Spezialisierung der diversen internationalen Institutionen erscheint es sinnvoll, dass im Bereich des internationalen Handels IFIs nur eine unterstützende Rolle spielen und die WTO eine führende Rolle in der Koordination dieses globalen öffentlichen Gutes einnimmt.
- **Wissen für Entwicklung:** IFIs sind führend auf dem Gebiet der Erweiterung und weltweiten Verbreitung des Wissens für Entwicklung. IFIs stellen Think Tanks dar und ermöglichen ein globales und lebendiges Netzwerk mit den Partnerländern zu schaffen und einen permanenten globalen Wissensaustausch zu organisieren.

Dieses in verschiedener Form zugängliche, spezifische Know-how stellt auch ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen IFIs und anderen Finanzinstitutionen dar.

Der weitere Ausbau der IFIs als Wissensbanken (Knowledge Banks) sowie ihre weitere Spezialisierung auf unterschiedliche Wissensgebiete, die ihre komparativen Vorteile unterstützen, sollten auch in Zukunft weiter vorangetrieben werden. Diese Ressourcen sollten auch für Partnerinstitutionen und -länder besser zugänglich gemacht werden. Ein systematischer Austausch auf lokaler Ebene wäre zu verstärken.

### 3.3. Die Rolle der IFIs nach der Krise und in der Krisenprävention

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre stärkte die antizyklische Rolle der IFIs, stellte sie aber auch vor neue Herausforderungen. Die 2008 ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise führte sehr schnell zu einer Liquiditätsknappheit vieler Entwicklungsländer. IFIs waren in Folge gefragt schnell und antizyklisch gegenzusteuern. Die IFIs reagierten, soweit es ihr finanzieller Spielraum zuließ, mit kurzfristigen Liquiditätsinstrumenten und vorgezogenen Kreditvergaben.

Um die infolge der Krise auf längere Sicht gestiegene Kreditnachfrage bedienen zu können, wurden 2010/11 bei den meisten Multilateralen Entwicklungsbanken (IBRD, EBRD, AsDB, AfDB und IDB) Kapitalerhöhungen umgesetzt, an denen sich auch Österreich unter Beibehaltung seiner bisherigen Kapitalanteile beteiligte.

Besonders wichtig war ein koordiniertes Vorgehen der IFIs in der Krisenbewältigung durch „Gemeinsame IFI Aktionspläne“ auf regionaler Ebene (z.B. in Mittel- und Osteuropa im Rahmen der „Vienna Initiative“ oder in Afrika im Rahmen des „Joint IFI/DFI Action Plan“). Darüber hinaus wurden für die ärmsten Entwicklungsländer auch spezifische Fazilitäten zur Krisenbekämpfung und Prävention künftiger Krisen eingerichtet, wie z.B. das „Crisis Response Window“ der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA). Ähnliche Fazilitäten bzw. Fonds zur Unterstützung kontrazyklischer Politiken wurden auch von Regionalbanken eingeführt. Wichtig dabei war, dass auf die Arbeitsteilung zwischen den internationalen Institutionen geachtet wird und es zu keinen Mandatsüberschneidungen und Duplizierungen mit anderen multilateralen Akteuren kommt (etwa gegenüber dem IMF und UN-Organisationen).

In Folge der Krise von 2008/9 haben sich aber auch große Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistung bzw. der Geschwindigkeit der Erholung in verschiedenen Entwicklungs- und Transitionsländern gezeigt. Diese waren im Wesentlichen zurückzuführen auf:

- das Ausmaß der Anfälligkeit im Finanzbereich (Abhängigkeit von kurzfristigen Kapitalzuflüssen, Zahlungsbilanzdefizite, Blasenbildungen, fiskalischer Spielraum, internationale Reserven etc.),
- die Anfälligkeit bei sonstigen Transmissionsmechanismen (FDI, Handel, Tourismus, Remittances)
- die wirtschaftliche Ausgangslage etwa der fiskalische Spielraum vor der Krise und die daraus resultierende Fähigkeit, kontrazyklische Politiken zu implementieren.

Eine Wiederaufnahme raschen Wachstums ist wesentlich von den richtigen Politikentscheidungen der Regierungen im Kri-

senmanagement und von der Umsetzung von langfristigen Reformen abhängig. Daher sollten die IFIs in den kommenden Jahren nicht nur in der Entwicklungsfinanzierung, sondern auch als „Knowledge“ Banken eine zentrale Rolle spielen.

Dies gilt insbesondere auch für die Region Ost- und Südosteuropa, die von der Krise 2008-9 besonders schwer getroffen wurde und die auch weiterhin besonders anfällig ist. Das schwache Wachstum in Osteuropa, hohe Arbeitslosigkeit vor allem auch von Jugendlichen und hartnäckige Armut erfordern auch in Zukunft eine starke Rolle der in der Region tätigen IFIs, wie der Weltbank, der EBRD und der EIB. Sie sollen helfen, den Rückgang privater Kapitalzuflüsse in die Region zu kompensieren, die generell schwierigen Finanzierungsbedingungen zu verbessern, prioritäre Infrastrukturprojekte zu finanzieren und damit dringend notwendige Wachstumsimpulse zu setzen.

Die IFI Kooperation Österreichs hat einen Schwerpunkt auf die Probleme in unserer Nachbarregion gesetzt und soll mitwirken, den negativen Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken und strukturelle Reformprozesse der Ökonomien zu unterstützen. Die gezielte IFI Kooperation soll dabei helfen, die negativen Auswirkungen des Deleveraging Prozesses bei Unternehmen, Haushalten und Banken möglichst gering zu halten. Die verstärkte Nutzung von IFI Instrumenten und die Unterstützung bei der Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente können neue Mitgliedsländer und Nachbarstaaten dabei unterstützen EU Strukturfonds, Pre-Accession und Nachbarschaftsprogramme in Anspruch zu nehmen. Durch Politikberatung und „Capacity Building“ für Schuldenmanagement sollen nachhaltige, öffentliche Finanzen und geeignete geld- und aufsichtspolitische Ansätze gefördert werden.

### 3.4. Rolle der IFIs in einem sich ändernden Umfeld internationaler Kapitalflüsse

Die Zusammensetzung der internationalen Kapitalflüsse hat sich im letzten Jahrzehnt stark verändert und sie wurde zuletzt durch die internationale Finanzkrise stark beeinflusst. IFIs ebenso wie Geberländer stehen hier vor neuen Herausforderungen.

In den Jahren vor der Finanzkrise stiegen die globalen Kapitalzuflüsse in Entwicklungs- und Schwellenländer stark an. Ausländische Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen nahmen zu, Remittances stiegen an und auch offizielle Entwicklungshilfe erfuhr einen kontinuierlichen, leichten Zuwachs. 2008 brachen in Folge der Krise private Kapitalflüsse stark ein. Diese haben sich seit 2011 wieder langsam erholt.

Ein Trend, der bereits vor der Krise begonnen hat und durch die Krise nun noch verstärkt wurde, ist das Auftre-

ten von neuen Gebern und von vertikalen Instrumenten (globale thematische Fonds, wie die Bill Gates Foundation) als neue Quellen für Entwicklungsfinanzierung. Die neuen Geber sind teilweise frühere sozialistische und heutige EU-Mitgliedsländer, die ihre Geberrolle langsam aufnehmen. Andere neue Geber sind aufstrebende Staaten mit erheblichen Budgetüberschüssen und Devisenreserven, wie China und Indien, deren Leistungen erheblich sind und oftmals als attraktive Investoren von Entwicklungsländern gesehen werden. Schließlich treten nun auch vermehrt globale vertikale (sektorielle) Fonds auf, die sowohl öffentlich wie auch privat finanziert sein können, die oft eigenen prozeduralen Vorschriften gehorchen und sich nicht immer in die Entwicklungsstrategien der Partnerländer einordnen lassen.

Trotz des Erfolgs der Pariser Deklaration („Harmonisation and Alignment“) ist festzustellen, dass tendenziell die Fragmentierung der Geberlandschaft durch neue Instrumente, neue Geber sowie vertikale Fonds zunimmt. Im Durchschnitt agieren heute 33 Geber in einem Entwicklungsland. Die Notwendigkeit der Koordination der Geber entlang der Prioritäten nationaler Entwicklungsstrategien stellt daher nach wie vor eine beträchtliche Herausforderung dar.

In diesem neuen Kontext wird zunehmend auch das internationale Zusammenspiel der verschiedenen Akteure, die Rolle der IFIs und von aufkommenden neuen Fonds hinterfragt. Zusätzlich stellt die Post-2015 Agenda und die SDGs Debatte die Notwendigkeit stärkerer Anstrengungen in der Aufbringung internationaler Finanzierung der gesetzten Ziele außer Frage. Eine Neudefinition der ODA Berechnung und Anrechnung erweist sich als eine Notwendigkeit. Das BMF unterstützt in dieser Debatte folgende Positionen:

- Heute ist die Nachfrage nach spezifischer öffentlicher Finanzierung für Entwicklungsvorhaben auf mittlere bis längere Sicht hoch. Dies führt mitunter zur Gründung neuer Institutionen. Das BMF befürwortet neue Institutionen dort, wo bestehende Institutionen nicht als Anbieter von Finanzierung in Frage kommen, wie dies teilweise bei Global Public Goods der Fall sein kann, unterstützt jedoch sonst die Deckung der Nachfrage durch bestehende Institutionen sowie deren Maßnahmen, hierzu Kapital aus eigenen Ressourcen zu bilden sowie mit ihren eigenen Mitteln private Finanzierungen zu hebeln.
- Neue Geber und Süd-Süd-Kooperation gewinnen zunehmend an Bedeutung und fügen sich positiv als ergänzender Beitrag in die internationale Aid-Architektur ein. Ihre Beiträge sind jedoch nicht immer transparent und werden nur teilweise erfasst. Ähnliches gilt für die steigende Anzahl von vertikalen und privaten Fonds. Ein neues ODA-System sollte die zunehmende Transparentmachung und Erfassung neuer Geber, Aktivitäten der Süd-Süd-Kooperation und vertikaler sowie privater Fonds gewährleisten. Der zu einer neuen ODA-Struktur führende Prozess sollte partizipativ sein und idealerweise neue Geber mit einbeziehen.

- Im Zuge der ODA-Reform werden grundlegend neue Rahmenbedingungen für die statistische Erfassung von Entwicklungsfinanzierung erstellt. Das BMF befürwortet eine Neudefinition von „Concessionality“, die bessere Anrechnungsbedingungen für die Finanzierungen der IFIs gewährleistet sowie ein Abgehen vom Cashflow basierenden System, um die Erfassung von Entwicklungskrediten und neuen Instrumenten zu verbessern.
- Das BMF fordert darüber hinaus, die von öffentlicher Finanzierung gehebelte private Finanzierung für Entwicklung in einer eigenen Kategorie zu erfassen.

# Teil II: Zusammenarbeit mit den einzelnen IFIs

Österreich ist Anteilseigner, meist auch Gründungsmitglied, bei den wichtigsten Internationalen Finanzinstitutionen. Dadurch ergeben sich Aufsichtspflichten, die im Rahmen unserer Vertretung in den jeweiligen Direktorien wahrgenommen werden, aber auch Potenzial für inhaltliche und

programmatische Kooperation eröffnen. Im Folgenden werden Governance sowie aktuelle Themen und Schwerpunkte der einzelnen IFIs und speziellen Fonds, an welchen Österreich beteiligt ist, dargestellt.

## 4. Bretton Woods Institutionen

### 4.1. Weltbankgruppe

Die Weltbank (IBRD) wurde gemeinsam mit dem IMF 1944 auf der Bretton Woods Konferenz in den USA gegründet und besteht heute aus fünf Einzelorganisationen, die alle, gemäß Mandat, sich dem übergeordneten Ziel der Armutsreduktion und dem wirtschaftlichen Wachstum widmen. Die International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) ist hauptsächlich auf Länder mittleren Einkommens orientiert, während die International Development Association (IDA) Unterstützung für die armen Entwicklungsländer anbietet.

Die IBRD refinanziert sich am internationalen Kapitalmarkt. Die IDA ist ein Fonds, der sich größtenteils durch jeweils drei-jährige direkte Beiträge der Mitgliedsländer finanziert.

Die International Finance Corporation (IFC) stellt den Privatsektor-Arm der Weltbankgruppe dar. Es werden nur wirtschaftlich tragfähige Projekte realisiert. Hauptaugenmerk liegt auf der Unterstützung von Projekten im Privatsektor, die positive Entwicklungswirkungen mit sich bringen. In Einzelfällen beteiligt sich der IFC auch direkt mit Kapitaleinlagen an in Entwicklungs- und Transitionsländern tätigen Unternehmen. Die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) deckt politische (nicht kommerzielle) Risiken v.a. von Direktinvestitionen in Entwicklungs- und Transitionsländern ab und fördert dadurch gemeinsam mit IBRD und IFC den Aufbau tragfähiger Privatsektor-Strukturen.

Das International Center for the Settlement of Investment Disputes (ICSID) beschäftigt sich mit Streitschlichtungsverfahren für Investitionen zwischen Entwicklungs- und Transitionsländern, mit Streitfällen von entwickelten Ländern einerseits und investierenden Firmen andererseits.

#### Zielsetzung der Weltbank-Gruppe

Zum Unterschied zum IMF, welcher prioritär kurzfristige Maßnahmen zur Zahlungsbilanzstabilisierung umsetzt, bietet die WBG langfristige Finanzierung ihren Kreditnehmern an und verfolgt dabei das Ziel Institutionen aufzubauen und strukturelle Anpassung zu unterstützen. Gemäß Mandat stellt Armutsreduzierung die übergeordnete Zielsetzung der WBG dar.

Zu den allgemeinen, strategischen Prioritäten der Weltbank-Gruppe zählen:

- Entwicklung in den weltweit ärmsten Ländern, vorwiegend in Afrika. Das wichtigste Instrument der Weltbank hierfür ist IDA;
- Stabilisierung und Entwicklung fragiler Staaten;
- Reduktion der Armut und Absicherung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern mit mittlerem Einkommen;
- Aufbau von Strukturen für die Leistung globaler und regionaler öffentlicher Güter (Umwelt/Klima, Gesundheit, Finanzstabilität, Wissen);
- Erarbeitung und Verbreitung von Wissen für Entwicklung (Knowledge Bank);
- Fokus auf Entwicklungseffektivität und der Erreichung von Resultaten in Entwicklungsländern (Solutions Bank).

Die WBG, wie auch die anderen MDBs, versteht sich als „globale Kooperative“ und arbeitet daher mit all ihren Mitgliedsstaaten zusammen, um die Ziele der Armutsreduktion und des gemeinsamen Wohlstands zu erreichen. Priorität liegt auf den ärmsten Ländern der Welt, für welche IDA vorrangig als Finanzierungsquelle zur Verfügung steht. Die WBG unterstützt jedoch ebenso die Länder mittleren Einkommens (MIC) wie auch höheren mittleren Einkommens (Upper MIC), um die Entwicklung zu unterstützen und der „MIC Falle“ – einer Stagnation durch steigendes Wachstum



ohne strukturelle Anpassungen und soziale Integration (Social Inclusion) – zu entgehen. Die WBG wird auch MICs in ihrem Bestreben sich als „neue Geber“ (Emerging Donors) zu positionieren, unterstützen. Länder höheren Einkommens (HIC) können von der WBG in Krisenzeiten unterstützt werden und gegen Gebühr fallweise technische Assistenz in Anspruch nehmen.

### **Die neue Strategie für die Weltbankgruppe**

Die Weltbank-Gruppe (WBG) setzt sich in ihrer neuen Strategie, welche im Herbst 2013 beschlossen wurde, zwei ambitionierte Ziele:

- Die Beseitigung extremer Armut und
- Die Förderung des gemeinsamen Wohlstands (Shared Prosperity).

Das erste Ziel soll bewirken den Prozentsatz der Armen, die mit weniger als USD1.25 pro Tag auskommen müssen auf 3% bis 2030 zu senken. Innerhalb des zweiten Zieles soll erreicht werden, dass das Einkommen der unteren 40% EinkommensbezieherInnen in jedem Land wächst. Beide Ziele sollen auf ökologisch, sozial und finanzwirtschaftlich nachhaltige Weise erreicht werden.

Neben diesen beiden übergeordneten Zielen stellen weitere Schwerpunkte der neuen Strategie folgende Bereiche dar:

- Ausrichtung aller WBG Aktivitäten auf beide übergeordneten Ziele, dabei soll die größtmögliche Entwicklungswirkung und komparative Vorteile der WBG erzielt werden.
- Operationalisierung der Ziele mittels eines neuen Partnerschaftsmodelles, das gemeinsam mit den Ländern erstellt wird (Country Engagement Model).
- Etablierung einer ergebnisorientierten WBG („Solutions Bank“) mit Fokus auf die Erarbeitung und die Verbreitung von Wissen und maßgeschneiderten, analytisch fundierten Entwicklungsansätzen.
- Stärkerer Fokus auf „transformative“ Interventionen und einer wohl kalkulierten, aber stärkeren Risikobereitschaft.
- Verstärkung von strategischen Partnerschaften, die auf die Verfolgung beider Ziele ausgerichtet sind und Einbeziehung (Crowd-In) von privaten und öffentlichen Finanzmitteln, Expertise und Ideen.
- Zusammenarbeit in Form einer einheitlichen WBG („One WBG“).

### **Länderspezifischer Ansatz**

Ein auf die Partnerländer zugeschnittener Ansatz ist für die Tätigkeit der WBG und die Partnerländer wichtig und wurde auch in der neuen Strategie als eine wichtige Determinante definiert.

Es gibt dabei drei grundlegende Faktoren, die Qualität und Erfolg des Länderansatzes bestimmen: i) eine eigene Ent-

wicklungsstrategie des Landes mit klaren Prioritäten, Programmen und erwarteten Resultaten; ii) eine solide makroökonomische Situation und iii) eine funktionierende, institutionelle und administrative Struktur.

Der Länderansatz wurde in der gegenwärtigen Strategie um eine systematische Anwendung von Länderanalysen (Systematic Country Diagnostics) erweitert. Eine Länderanalyse stellt die Basis für ein Country Partnership Framework dar, das die entwicklungspolitischen Schwerpunktbereiche für die Aktivitäten der WBG in jedem Land definiert. Zusätzlich werden regelmäßige Leistungs- und Wissensüberprüfungen durchgeführt und Kurskorrekturen wenn nötig, vorgenommen.

Um eine kohärente Vorgangsweise zu erzielen und Synergien zwischen unterschiedlichen Partnern zu verstärken, sollte die WBG systematisch in ihre Länderstrategien andere Entwicklungspartner (Regionale Entwicklungsbanken, UN, EU, etc.) als auch andere Bereiche wie den Privatsektor stärker miteinbeziehen. Außerdem müssen die Kapazitäten des öffentlichen Sektors, das System des öffentlichen Finanzmanagements, die Analysen von Entwicklungsergebnissen und das statistische System auf Länderebene stark ausgebaut werden. Österreich setzt sich für diese Anliegen in WBG-Strategiepapieren und Boarddiskussionen ein.

### **Die Weltbank Gruppe in Ländern mittleren Einkommens (MICs)**

Die Gruppe der Partnerländer der WBG umfasst 77 Länder, davon 69 mit mittlerem Einkommen (Middle Income Countries, MICs), in denen zwei Drittel der weltweiten Armen mit einem täglichen Einkommen unter 2 USD leben. Ein länderspezifischer Ansatz und Finanzprodukte, die sich nach den Bedürfnissen der jeweiligen Länder richten, wird bei MICs verfolgt. Zu den Finanzprodukten, die in den kommenden Jahren als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise an Bedeutung vor allem in MICs gewinnen werden, zählen Produkte wie z.B. zur Abdeckung unerwarteter Liquiditätsengpässe auf Grund exogener Schocks, zur Schließung bestehender Lücken in den Finanzmärkten, zur Handhabung von Katastrophenrisiken oder zur Finanzierung des öffentlichen Sektors auf subnationaler Ebene ohne staatliche Garantien.

Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch verdeutlicht wie wichtig soziale Sicherheitssysteme für die ärmsten und am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen gerade auch in MICs geworden sind. Die WBG setzt daher als vorbeugende Maßnahme künftiger Krisen auf den Aufbau von Sicherheitssystemen. In MICs sind Sicherheitssysteme zwar oftmals besser institutionalisiert als in LICs, aber sie sind dennoch oft unzureichend finanziert und zu wenig untereinander koordiniert. Ziel der WBG ist es, in den kommenden Jahren Entwicklungsländer (LICs und MICs gleichermaßen) beim Aufbau von Safety-Nets zu unterstützen. Die WBG ist daher bestrebt, ihre Programme im Bereich soziale Sicher-

heit und Arbeitsmarktzugang zu verbessern und hat dies auch in ihrer neuen Strategie zu „New Social Protection and Labor (SPL)“ zum Ausdruck gebracht.

Besonders wichtig in der Kooperation mit MICs sind auch Wissensdienstleistungen in Form von Technischer Assistenz. Dabei ist darauf zu achten, dass Politikberatung, Expertenleistungen und Finanzberatung in Ländern mittleren Einkommens gegen Entgelt weiter ausgebaut werden. Weiters sollte an der Verbesserung des Wissensmanagements sowie an der Verbindung zwischen der Forschungstätigkeit der WBG und den operationellen Leistungen in den MICs gearbeitet werden.

## Reform-Agenda

Die Reformagenda stellt ein mehrjähriges, umfassendes Modernisierungsprogramm der Weltbankgruppe dar, welche im Frühjahr 2010 begonnen wurde und schrittweise zu Verbesserungen in Bezug auf Offenheit, Rechenschaftspflicht und Effizienz führen soll. Reformmaßnahmen wurden auch durch die IFC 2013 Initiative und MIGAs strategischem Review umgesetzt, die die Zusammenarbeit mit dem Kunden in den Vordergrund stellen. All diese Maßnahmen sollen zu einer verstärkt ergebnisorientierten und rechenschaftspflichtigen Institution beitragen.

Innerhalb der Reformagenda, hat die WBG Maßnahmen in den folgenden Bereichen vorgesehen, deren Umsetzung auch in die nächsten Jahre reichen wird:

- Stärkere Einbeziehung von Auswirkungen auf den Endnutzer (Client Impact) und Ergebnisorientierung (Results) anhand der Einbindung von Betroffenen während des gesamten Projektzyklus.
- Risiko und Rechenschaftspflicht: Förderung einer erhöhten und angemessenen Risikobereitschaft durch weniger Bürokratie und einer Verlegung des Risikomanagements zum Kunden.
- Verflechtung von Wissen (Knowledge) und Lösungsansätzen (Solutions) durch die Einführung von 14 Global Practices und fünf Cross Cutting Solutions Areas.
- Optimierung der WBG Dezentralisierung, was Eröffnungen, Erweiterungen oder ev. auch Schließungen bestehender Länderbüros beinhaltet.
- Personal- und Talentmanagement: Annahme einer zweigliedrigen Laufbahn, die MitarbeiterInnen eine technische oder leitende (Managerial) Karriere ermöglicht.

Die Agenda beinhaltet darüber hinaus eine umfassende Neuorientierung der folgenden Punkte, die auch von Österreich mitgetragen werden:

- Modernisierung der Governance Strukturen insb. durch die Voice and Participation Reform mit verstärkter Repräsentation von Entwicklungsländern

- Maßnahmen zur Stärkung der finanziellen Kapazität der Bank

Um den Entwicklungsländern, insbesondere den wachstumsstarken Ländern mit mittlerem Einkommen, auch in der WBG einen ihnen entsprechenden Status zu geben, ist die Verbesserung ihrer Stimmanteile und ihrer Repräsentation in der WBG nötig. Bisher wurden in einer ersten Stufe der Reform eine Verdopplung der Basisstimmen, eine selektive Kapitalerhöhung für unterrepräsentierte Länder sowie die Schaffung eines dritten Sitzes im Direktorium für Afrika südlich der Sahara vorgenommen. 2015 ist eine Überprüfung der bisherigen Stimmrechtsreform vorgesehen.

Die umfassende Reformagenda beinhaltet auch Maßnahmen der Abänderung oder Neueinführung von Instrumenten und Dienstleistungen, welche die Verbesserung in folgenden Bereichen verfolgen: i) Ergebnisorientierung (Results), ii) Offenheit und Transparenz, iii) Rechenschaftspflicht (Accountability), die wir sehr unterstützen.

Innerhalb der Verbesserung der Ergebnisorientierung wurden die Messbarkeit und das Reporting von Resultaten verbessert. Im Jänner 2012 wurde in dem Zusammenhang die Einführung eines neuen Instrumentes, P4R (Program for Results) beschlossen: dieses ermöglicht verstärkt Kredite an vorher definierte Ergebnisvereinbarungen zu knüpfen. Österreich unterstützt dieses Instrument, setzt sich aber gleichzeitig auch für eine Überprüfung nach einer ersten Phase ein. Insbesondere soll auch bei P4Rs auf die Anwendung von üblichen Weltbank-Standards geachtet werden. Weiters wurde im Frühjahr 2014 eine unternehmensweite Resultatmessung (Corporate Scorecard) lanciert, die fortlaufend verbessert und angepasst werden soll.

Um die ambitionierten Ziele der neuen Strategie umsetzen zu können, ist die finanzielle Kapazität der WBG zu berücksichtigen. IBRD und IDA müssen ein Mindestmaß an Projekten implementieren, um Politiken beeinflussen zu können und Kunden bei der Erzielung von Resultaten zu unterstützen. IFC und MIGA müssen hingegen auch eine gewisse Anzahl an risikoarmen und besonders profitablen Transaktionen umsetzen, um deren Portfolio auszugleichen. Weiters werden angestrebte Budgetkürzungen zu verstärkter Selektivität führen. Aufgrund dieser Einschränkungen wird die WBG neue Maßnahmen zur Einkommensgewinnung in Erwägung ziehen, wie eine zunehmende Verwendung von rückzahlbarer Technischer Assistenz (Reimbursable Advisory Services). Sie wird auch verstärkte Anstrengungen unternehmen, um Treuhandfonds zur Finanzierung von Knowledge und Non-Lending Services weiter auszubauen.

Im Zuge des 2012 begonnenen Konsultationsprozesses im Rahmen der umfassenden Überarbeitung der WBG Safeguards Policy, die Sozial- und Umweltverträglichkeit von WBG Projekten sicherstellen sollen, setzt sich Österreich für eine



Beibehaltung strikter Standards und gegen die Verwässerung der bestehenden Mindestanforderungen ein. Dieser Prozess wird voraussichtlich noch 2015 abgeschlossen werden.

### **Die Rolle der International Development Association (IDA)**

Die IDA ist insgesamt der weltweit wichtigste multilaterale Fonds, der Finanzmittel zu stark vergünstigten Konditionen für die ärmsten Länder der Welt bereitstellt und ihnen hilft, Programme zur Förderung des Wachstums und zur Armutsreduktion zu formulieren und zu finanzieren. Zurzeit bekommen 79 der ärmsten Länder weltweit, 40 davon in Afrika, Kredite und Grants aus dem IDA-Fond. Ausschlaggebend dabei ist das BNE (Bruttonationaleinkommen) pro Kopf. Dieses lag 2013 bei einer Schwelle von 1.215 USD/Jahr, um vergünstigte Finanzierungen zu erhalten.

Die Wiederauffüllung von IDA-17 (2013) erzielte einen Gesamtbeitrag von 52,1 Mrd. USD für eine dreijährige Umsetzungsperiode. Neben der WBG selbst, die fast die Hälfte der Mittel bereitstellte, beteiligten sich 46 Mitgliedsstaaten an der Fondsauffüllung. Zentraler Fokus von IDA-17 liegt auf einer schwerpunktmäßigen Fortführung von IDA-16, wobei zu den wichtigsten Themen (Klimawandel, Gender, Fragile Staaten) nun inklusives Wachstum dazu kam.

Die Höhe der zugeführten Mittel ist auch als Ausdruck für das hohe Ansehen und das Vertrauen, das Geber gegenüber der Institution aufbringen, zu sehen. Die hohe Qualität der Arbeit spiegelt sich auch in unterschiedlichen, unabhängigen Rankings der multilateralen und bilateralen Entwicklungsorganisationen wider, wo IDA regelmäßig unter den allerbesten aufscheint.

### **WBG und Privatspektorentwicklung**

Die Weltbankgruppe versucht durch zahlreiche innovative und moderne Ansätze die Entwicklung des Privatsektors zu unterstützen und Innovationen zu fördern. Die WBG hat bisher den Privatsektor über eine Vielzahl von Maßnahmen direkt und indirekt unterstützt. Stark zugenommen haben technische Assistenz und die Förderung eines positiven Investitionsklimas (Enabling Environment). Die IBRD und die IDA haben ihre auf den Privatsektor direkt und indirekt anrechenbaren Aktivitäten auf ca. ein Drittel der Gesamtaktivität ausgebaut. Der IFC hat in den letzten Jahren seine technische Assistenz stark ausgebaut (von 100 Mio. auf 232 Mio. USD /Jahr in 2013) und sein Gesamtprojektvolumen ist von 12 Mrd. USD auf 22 Mrd. USD zwischen 2011 und 2014 angestiegen. Auch MIGA hat im Fiskaljahr 2014 ein Rekordvolumen von 3.1 Mrd. USD an Garantien vergeben.

### **Österreichische Kooperationen und Ansiedlung**

Die österreichische programmatische Zusammenarbeit mit

der WBG liegt im Bereich der Schwerpunktsektoren des vorliegenden IFI Leitfadens und versucht zusätzlich Ziele der österreichischen Ansiedlungspolitik umzusetzen. Vorrangig werden dabei Programme mit einem Fokus auf die ECA Region (Europe und Central Asia), sowie in einem geringem Ausmaß auch in Nordafrika (MENA) unterstützt. Zu den wichtigsten und langjährigen Programmen Österreichs, die von Wien aus umgesetzt werden, zählen das Vienna Center for Financial Reporting Reform (CFRR), die Facility for Investment Climate Advisory (FIAS), das Vienna Center for Financial Sector Advisory Services (FinSAC), das Danube Water Program (DWP) und das Urban Program.

Mit September 2013 wurde eine Erweiterung und wichtige Aufwertung des Weltbank-Standortes Wien umgesetzt. Zu den bereits existierenden Programmen übersiedelte das Weltbank Länderbüro für Südosteuropa nach Wien. Ziel ist es nun Synergien zwischen all den bestehenden Einheiten verstärkt zu nutzen und Wien als Weltbank-Kompetenzzentrum für Südosteuropa auszubauen. Gemeinsam mit den bereits bestehenden Programmen umfasst das Wiener Weltbankbüro Ende 2014 ca. 70 MitarbeiterInnen. Österreich unterstützt auch weiterhin eine Dezentralisierung der WBG und bemüht sich um den Ausbau und die Sicherung des Wiener Weltbank-Standortes.

Seit 2007 fördert Österreich das Junior Professional Officer Programm (JPO) der Weltbank, das hochqualifizierten JungakademikerInnen eine zweijährige Tätigkeit mit einer dreijährigen Verlängerungsoption in der WBG ermöglicht. Das Programm hat bereits zu einigen Übernahmen von ÖsterreicherInnen in die Weltbank-Belegschaft geführt.

## **4.2. Internationaler Währungsfonds (IMF)**

Entsprechend seinem Mandat hat der Internationale Währungsfonds (IMF) die Aufgabe, das Funktionieren der globalen Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen, indem er einerseits durch stabile monetäre Rahmenbedingungen die Basis für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung schafft und andererseits vorübergehend in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geratene Länder bei der Stabilisierung ihrer Wirtschaft unterstützt. Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung der letzten Jahrzehnte hat sich der Tätigkeitsbereich des IMF sukzessive ausgeweitet und der IMF hat eine ganze Reihe zusätzlicher Aufgaben u.a. auch im Bereich der Entwicklungsfinanzierung übernommen. Zugleich sieht sich der IMF Schwierigkeiten bei der Ausübung seiner Kernkompetenzen gegenüber. So gelingt es ihm etwa nur langsam, seine Überwachungstätigkeit von der bilateralen Überwachung auf die multilaterale Überwachung auszudehnen. Unter dem Druck der 2008 ausgebrochenen Wirtschaftskrise hat sich der Reformprozess des IMF beschleunigt und die seit der Asienkrise scheinbar im Abnehmen begriffene Bedeu-

tung des IMF als globale Finanzinstitution ist wieder deutlich geworden. Die neue Dynamik des IMF ist aber weniger auf interne Reformanstöße zurückzuführen, als auf den Druck der G-20, denen im neuen internationalen Institutionengefüge, eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung des IMF zukommt.

### **Mittelfristige Strategie**

Die globale Wirtschaftskrise 2008/09 und die damit einhergehende Aufwertung der G-20 zum wichtigsten Forum der internationalen Wirtschaftskoordination, das auch die strategischen Entscheidungen im IMF trifft, haben das Reformtempo des IMF beschleunigt. Die Richtung der Reformen wird einerseits durch die globalen wirtschaftlichen Verflechtungen - wie etwa die Zunahme der internationalen Kapitalflüsse oder die stark angestiegenen realwirtschaftlichen Verknüpfungen der Weltwirtschaft sowie deren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer - und andererseits durch die Forderungen der großen aufstrebenden Volkswirtschaften (EME) nach verstärkter Vertretung im IMF vorgegeben.

Im Bereich der Überwachung und Regulierung des Finanzsektors soll die Entwicklung sowohl bei der mikroökonomischen als auch der makroökonomischen, globalen und national systemischen Regulierung vorangetrieben werden. Der IMF arbeitet mit dem Financial Stability Board und weiteren Organisationen zusammen, um neue Prinzipien und Leitlinien zu Kapitalausstattung, Liquidität, Verschuldungsgrad, Vernetzung, systemisch bedeutsamen Organisationen, Regulierungsumfang und zur Beschaffenheit von Regeln zu entwickeln.

Im Rahmen der Krise 2008/09 wurde eine weitere umfangreiche Anpassung der dem IMF zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel notwendig. Das erforderliche Kreditvergabevolumen wurde in ein besseres Verhältnis zum Volumen der globalen Wirtschaftsaktivitäten gesetzt und die Kreditlinien weiter flexibilisiert und den Erfordernissen der Kreditnehmer angepasst.

Die Arbeit des IMF in einkommensschwachen Ländern soll flexibler und effizienter gestaltet und der Schwerpunkt auf solche Bereiche gelegt werden, die wesentlich sind und bei denen der IMF Expertise und einen komparativen Vorteil besitzt. Die Kreditvergabe wurde durch die neuen Kreditmechanismen und die Verdoppelung des quantitativen Zuganges verbessert.

### **Überwachung**

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Abgabe von Empfehlungen durch den IMF erfolgt einerseits auf der Basis der eher auf die einzelnen Volkswirtschaften ausgerichteten Art. IV-Konsultationen und ande-

rerseits durch Veröffentlichungen, die sich mit der globalen Wirtschaftsentwicklung auseinandersetzen wie etwa dem World Economic Outlook (WEO). Seit der Wirtschaftskrise 2008/09 werden auch verstärkt Risikoüberlegungen (Early Warning Exercise) und Spill-Over-Effekte in die ökonomische Beurteilung einbezogen. 2012 wurde der erste Spill-Over-Report veröffentlicht, der den Einfluss der Wirtschaftspolitik der fünf größten Volkswirtschaften auf ihre Partner beschreibt. Die grundsätzlich zu begrüßende stärkere Betonung der globalen Überwachung darf aber aus österreichischer Sicht nicht zu Einschränkungen bei der Art. IV Konsultation führen. Immer stärkere Bedeutung gewinnt die finanzwirtschaftliche Analyse. Auf individueller Länderebene ist hier das Financial Sector Assessment Program das Pendant zur Art. IV-Konsultation. Auf globaler Ebene beschäftigt sich der Global Financial Stability Report mit der Entwicklung des Finanzsektors. Widerstände gibt es gegen die Umsetzung der Beurteilung der außenwirtschaftlichen Stabilität eines Landes durch den IMF, die u.a. die Wechselkurspolitik und die Reservehaltung betrifft. Der IMF möchte dazu einen eigenen halbjährlichen Bericht herausgeben.

### **Finanzierung**

Der IMF hat seine Kreditvergabe satzungsgemäß vor allem aus den Subskriptionen (Quoten) seiner Mitgliedsländer zu finanzieren. Er hatte aber immer auch Zugang zu anderen finanziellen Mitteln wie etwa den Sonderziehungsrechten (SDR) oder zu von den Mitgliedsländern bereitgestellten bilateralen Mitteln. Seit der Finanzkrise 2008/09 hat sich die Finanzierung der IMF-Kredite aber stark zugunsten bilateraler Beiträge wie etwa den NAB (New Arrangements to Borrow) verschoben.

Die NAB haben ein Volumen von ca. 555 Mrd. USD, während die derzeitige Quotensumme bei etwa 368,5 Mrd. USD liegt. Vor allem die Schwellen- und Entwicklungsländer stehen der Ausweitung der bilateralen Kredite skeptisch gegenüber, da sich dadurch ihr Einfluss auf den IMF, der an die mit den Quoten verbundenen Stimmrechte gebunden ist, verringert. Aber auch die Europäische Union einschließlich Österreich fordern, dass der IMF eine quotenbasierte Institution bleiben muss. Diese Länder unterstützen daher die rasche Umsetzung der in der Quoten- und Governancereform 2010 festgelegten Verdoppelung des Quotenvolumens und eine damit verbundene Verringerung der NAB. Diese Rückkehr zu einem wieder verstärkt quotenbasierten IMF wird allerdings durch den Abschluss über eine neuerliche durch bilaterale Kredite erfolgte Aufstockung der IMF-Mittel konterkariert.

Um eine Situation wie vor der Krise 2008/09 in Zukunft zu vermeiden, als der IMF wegen der geringen Kreditvergabe in großen finanziellen Schwierigkeiten war, wurden Schritte unternommen, um die laufende Finanzierung der IMF-Arbeit von seiner Kreditvergabe zu entkoppeln. So wurde die

Ausweitung der Anlageleitlinien und -tätigkeiten, die Schaffung einer Stiftung durch die Veräußerung eines begrenzten Teils der Goldbestände des IMF sowie die Einhebung von Gebühren für die Dienstleistungen an die Mitgliedsländer beschlossen.

Im Rahmen der durch die Krise 2008/2009 notwendig gewordenen Überarbeitung der Kreditfazilitäten des IMF wurde für Mitglieder mit solider Wirtschaftspolitik als vorsorgliche Fazilität u.a. die Flexible Credit Line (FCL) eingerichtet. Weiters wurden Erleichterungen bei den Konditionalitäten aller IMF-Kredite umgesetzt, was in Zukunft eine flexiblere Reaktion auf die Kreditnachfrage erlauben soll.

### **IMF und Entwicklungspolitik**

Seit Mitte der 80er Jahre wurde der IMF verstärkt mit Aufgaben der Entwicklungspolitik konfrontiert. Damit geriet er in einen Zielkonflikt zu seiner klassischen Rolle der kurzfristigen Krisenbewältigung und seinen eher monetär orientierten makroökonomischen Aufgabenstellungen. Zudem wurden die sozialen Kosten dieser Programme sowie die Probleme ihrer politischen Umsetzbarkeit unterschätzt. Im Zuge der auch von Österreich unterstützten Konsolidierung seiner Tätigkeit in der Entwicklungspolitik konzentriert sich der IMF gegenwärtig auf die folgenden Aktivitäten:

Die Beratung (Policy Advice) bzw. die Technische Hilfe für die Entwicklungsländer wird von den regionalen Beratungszentren bereitgestellt oder erfolgt im Rahmen der Überwachung bzw. der Kreditvergabe.

Ein wichtiger Ansatz zum Aufbau von eigenen Kapazitäten sind regionale Trainingsinstitute. Österreich beteiligt sich in Kooperation mit anderen internationalen Organisationen intensiv am Joint Vienna Institute (JVI), das in den nächsten Jahren zu einer überregionalen „Learning Institution“ durch eine engere Abstimmung von Training und Technischer Hilfe ausgebaut werden soll.

In Fällen, in denen makrorelevante strukturelle Hemmnisse das Wachstum behindern, bietet der IMF eine Reihe langfristiger Finanzierungsmöglichkeiten an. Seit der Reform im Jänner 2010 sind das die im Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) zusammengefassten Kreditlinien. Im Wesentlichen sind das die Extended Credit Facility (ECF), welche die bisherige Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) ersetzt sowie die Rapid Credit Facility (RCF), welche die Emergency Post-Conflict Assistance (EPCA) und die Emergency Assistance for Natural Disasters (EAND) ersetzt und der Trade Integration Mechanism (TIM). Der IMF beteiligt sich auch an der Entschuldungsinitiative für Highly Indebted Poor Countries (HIPC-Initiative). Durch den Post-Catastrophe Debt Relief (PCDR) Trust Fund kann sich der IMF auch an der Entschuldung für Low Income Countries (LICs) beteiligen, die von Naturkatastrophen betroffen sind.

Zum Monterrey-Konsens und zur Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) trägt der IMF durch den PRGT sowie seine beratende Funktion bei.

### **Governancereform**

Die Politik des IMF wird seit der Wirtschaftskrise durch die Agenda der G-20 vorgegeben, die sich de facto als Lenkungsgruppe des IMF etabliert haben. Damit hat eine Entwicklung ihren vorläufigen Abschluss gefunden, die mit den Finanzmarkturbulenzen 1994 ihren Anfang genommen hat, als die G-7 verstärkt in die Agenda des IMF eingegriffen haben und dabei ab 1999 von den damals noch als Gremium der Finanzminister fungierenden G-20 unterstützt wurden. Durch diese Entwicklung wurden die offiziellen Gremien des IMF – das International Monetary and Financial Committee (IMFC) – der Board of Governors und der Executive Board – sukzessive geschwächt und parallel vor allem für die kleineren Länder nicht immer durchsichtige Entscheidungsstrukturen aufgebaut.

Die große Rolle der G-20 beeinflusst auch die Verwaltungsreformen des IMF. Bedingt durch die Struktur der G-20 profitieren von den Reformen die bisher benachteiligten großen EMEs, während die kleineren Industrieländer unter Druck geraten. Abgezeichnet hat sich diese Entwicklung bereits bei der auf der Frühjahrstagung des IMF 2008 verabschiedeten Quotenreform. Von dieser Quotenumverteilung profitierten besonders die großen EMEs. Mit der 2010 verabschiedeten aber derzeit vom US-Kongress blockierten Governance- und Quotenreform wird dieser Weg weiter fortgesetzt.

Im Zuge der Governancereform 2010 werden die kleinen europäischen Industrieländer zwei ihrer Sitze im Exekutivdirektorium des IMF zugunsten der EMEs abgeben. Da davon auch Österreich betroffen ist, wurde die bisherige Stimmrechtsgruppe mit Belgien 2012 aufgelöst und eine neue Stimmrechtsgruppe mit zehnjähriger Laufzeit von Ländern aus Zentral- und Osteuropa (inkl. der Türkei) gebildet, in der Österreich mit einem permanenten ersten Stellvertretenden Exekutivdirektor (AED) vertreten ist.

### **Zusammenarbeit zwischen IMF und Weltbank-Gruppe**

Die Zusammenarbeit zwischen IMF und Weltbank-Gruppe (WBG) muss aus österreichischer Sicht weiter verstärkt werden, um die vorhandenen Ressourcen optimal nutzen zu können und Synergieeffekte zu generieren. Während der IMF für die externe Stabilität inklusive dem Makrogleichgewicht in den Programmländern zuständig ist und dabei das makroökonomische Umfeld zu Armutsreduktion und nachhaltigem Wachstum schafft, bekämpft die WBG die Armut und fördert die Entwicklung durch Investitionen in die menschlichen und physischen Ressourcen. Der IMF und die WBG schaffen damit die strukturelle Basis für Wachstum und menschliche Entwicklung und schwächen die Ursachen

für makroökonomische Ungleichgewichte. Dazu gibt der IMF vor allem kurzfristige Liquiditätshilfen. Die WBG finanziert Projekte und Strukturreformen, um das langfristige Wachstum zu fördern und die Armut zu reduzieren. Wegen der Komplementarität dieser Aufgaben ist eine enge Kooperation zwischen IMF und WBG wichtig, da nur so eine stabile wirtschaftliche Entwicklung in den Programmländern erreicht werden kann. Dabei sollten Schlüsselreformen wie z.B. Verwaltungsreformen, die Stärkung der Steuerbehörden oder Reformen der sozialen Sicherungssysteme umgesetzt werden.

Für eine erfolgreiche Kooperation von WBG und IMF müssen die entsprechenden Voraussetzungen auf organisatorischer Ebene weiter verbessert werden. Während wesentliche Punkte der IMF-WBG-Kooperation in den Bereichen gemeinsamer Verantwortung im Konkordat von 1989 festgelegt sind, konnte mit dem Joint Management Action Plan (JMAP) von IMF und WBG eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf Länderebene erreicht werden.

# 5. Regionale Entwicklungsbanken

## 5.1. Afrikanische Entwicklungsbankgruppe (AfDB)

Die Afrikanische Entwicklungsbankgruppe ist die größte ausschließlich in der Region Afrika tätige Internationale Finanzinstitution. Sie widmet sich der sozialen und wirtschaftlichen Förderung ihrer regionalen Mitglieder durch Gewährung von Darlehen und nichtrückzahlbaren Finanzierungen. Die AfDB finanziert kreditwürdige Mitglieder zu marktnahen Bedingungen und nimmt dafür, mit Hilfe des Garantiekapitals vor allem der nichtregionalen Mitglieder, selbst Mittel auf den Finanzmärkten auf. 2010 wurde die 6. allgemeine Kapitalerhöhung beschlossen, die eine Anhebung des Kapitals um 200% auf rd. 68. Mrd. Sonderziehungsrechte (SZR), ca. 80. Mrd. Euro brachte. Ziel dabei war es, auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren und der Bank zu ermöglichen, ihre Kreditnehmer weiterhin zu unterstützen, die durch den erschwerten Zugang zu den Finanzmärkten und den Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen starke wirtschaftliche Rückschläge erlitten.

Der Afrikanische Entwicklungsfonds (AfDF) hingegen unterstützt die ärmeren, nicht kreditwürdigen afrikanischen Staaten zu sehr günstigen Bedingungen und wird dafür mit zur Gänze einzahlbaren Beiträgen der (vornehmlich) nichtregionalen Mitglieder dotiert. Die Einzahlungen finden in regelmäßigen Abständen statt. Die letzte (13.te Wiederauffüllung) wurde im September 2013 abgeschlossen und stellt für die Jahre 2014 – 2016 rd. 4,9 Mrd. SZR zur Verfügung.

Über reine Finanzflüsse hinaus ist es für die Bank und ihre afrikanischen Mitgliedsländer sehr bedeutend, dass sie die Bank als „ihre“ Institution betrachten können, nicht nur weil sie ursprünglich von afrikanischen Staaten ins Leben gerufen wurde und stets von einem Afrikaner geleitet wird, sondern auch weil sie eine Mehrheit an der Institution halten. Der Sitz der Institution ist in Abidjan.

### **Governance Struktur**

In der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) herrscht anteils- und stimmenmäßig ein Verhältnis von 60:40 zwischen afrikanischen und nicht-afrikanischen Aktionären. Generell sind bei Abstimmungen der Bank 66,66% der Stimmen erforderlich, bei wichtigem Interesse eines Mitglieds sogar 70%. Damit ist gewährleistet, dass keine Aktionärsgruppe die andere überstimmen kann. Nach der jüngsten Vergrößerung des Direktoriums gibt es nun 13 afrikanische und 7 nicht-afrikanische Exekutivdirektoren.

Auch die Strukturen im Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) sind von Ownership und Partnership bestimmt. Das Stimmverhältnis zwischen afrikanischen und nicht-afrikanischen Ländern beträgt trotz des finanziellen Übergewichts der nichtregionalen Geberländer 50:50. Abstimmungen erfordern üblicherweise Mehrheiten von 75%. Afrikanische und nicht-afrikanische Länder stellen je 7 Exekutivdirektoren. Eine angedachte Änderung der Governance-Struktur des AfDF zur weiteren Begünstigung afrikanischer Länder (z.B. Teilnahme von Empfängerländern an AfDF-Verhandlungen, Aufteilung der Stimmen der AfDB auf die regionalen Exekutivdirektoren) sollte unter gleichzeitiger Berücksichtigung der finanziellen Rolle der nichtafrikanischen Länder erfolgen, deren Stimmanteil 50% nicht unterschreiten sollte. Die immer wieder im Raum stehende Aufnahme neuer Mitglieder wird von Österreich grundsätzlich begrüßt, würde sie doch die Gebergemeinschaft vergrößern und damit die Mittel für Afrika erhöhen.

Seit geraumer Zeit befindet sich die Bankgruppe in einem vertieften Dezentralisierungsprozess. So gibt es mittlerweile Vertretungen in 39 regionalen Ländern. Dezentralisierung wird als Schlüssel zur Stärkung der institutionellen Effektivität angesehen. Dafür unerlässlich ist jedoch die zunehmende Übertragung programmatischer und finanzieller Entscheidungen (Mitwirkung am Projektdesign und an der Projektdurchführung) an die Field Offices. Österreich unterstützt die Dezentralisierungsbemühungen weiterhin und sieht neben der erforderlichen Delegation auch die Notwendigkeit entsprechender personeller und finanzieller Bedeckung der Länderbüros.

### **Operative Politik**

Die Medium-Term Strategy 2008 – 2012 (MTS) umschrieb den bis vor kurzem geltenden operationellen Fokus der Bankgruppe, der als Ergebnis einer Entscheidung für Selektivität und Nutzung komparativer Vorteile entstanden ist. Demnach galten Infrastruktur, Governance, regionale Integration und fragile Staaten als prioritäre Bereiche. Die Querschnittsmaterien, Privatsektorentwicklung, Anpassung an und Abmilderung des Klimawandels, Gleichstellung der Geschlechter sowie Lebensmittelsicherheit und landwirtschaftliche Produktivität sollten die Kernoperationen der AfDB Gruppe ausmachen. Armutsbekämpfung und die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) waren die übergeordnete Vorgabe. Österreich trug diese operationelle Ausrichtung mit, obwohl einige für die Entwicklung bedeutende Bereiche wie Gesundheit und Landwirtschaft in der strategischen Ausrichtung fehlten.

Die Langzeitstrategie 2013 – 2022 schreibt diese MTS Ziele im Wesentlichen fort, stellt jedoch besonders auf „Inclusive Growth“ und Übergang zu „Green Growth“ als Leitprinzipien ab.

Als Schwerpunktsektoren verfolgt die Bankgruppe innerhalb dem Schwerpunkt Infrastruktur vor allem Transport und Energie, aber auch Wasser und Siedlungshygiene. So sehr die Bedeutung von Transport und Energie auch anerkannt wird, gilt es doch den relativ bescheidenen Umfang der Operationen im Wasser- und Hygienebereich (kumulativ bis 2013 7,5 % der Gesamtgenehmigungen) zu erhöhen. Angesichts des Zurückbleibens von Subsahara Afrika beim Erreichen der wasserbezogenen MDGs, vor allem jenes betreffend Hygiene, erscheint eine höhere Dotierung dieses Bereiches durch die Institution wünschenswert. Österreich wird sich weiter dafür einsetzen.

Den besonderen Bedürfnissen fragiler Staaten wird durch eine eigene Fazilität Rechnung getragen, die vor allem zusätzliche Mittel für Investitionen in den Schlüsselbereichen der Bankgruppe und Hilfe bei Entschuldungen sowie Technische Hilfe bietet.

Der Privatsektor als Motor wirtschaftlichen Wachstums und der Armutsbekämpfung sowie als Anbieter für Beschäftigung profitiert in den letzten Jahren zunehmend von AfDB Unterstützungen (2013 waren es ca. 15% der Gesamtgenehmigungen). Ein Großteil der Privatsektoraktivitäten entfällt auf Mitteleinkommensländer und regionale Projekte; jedoch erhalten auch Niedrigeinkommensländer zunehmend Unterstützung durch Kreditlinien, spezielle Fonds und direkte Zuschüsse für die Projektplanung.

2010 errichtete die AfDB Gruppe eine Abteilung für Energie, Umwelt und Klimawandel. Es wird doch damit der besonderen Verflochtenheit dieser Bereiche auch organisatorisch Rechnung getragen. Darüber hinaus werden alle Infrastrukturprojekte einer Bewertung hinsichtlich Umwelt- und sozialer Auswirkungen unterzogen und Anpassung an Klimawandel in Operationen integriert. In der aktuellen Energiepolitik wird – sehr von Österreich mitgetragen – die Unterstützung von sauberen Energiequellen Wind und Wasser ebenso festgehalten, wie die Verwendung moderner Technologien zum Schutz gegen Emissionen bei Verwendung fossiler Brennstoffe. Letztere erscheinen einigen afrikanischen Ländern mit entsprechendem Vorkommen als am günstigsten, sodass es wichtig ist, diesen Ländern eine über Alternativen informierte Entscheidung zu ermöglichen und gegebenenfalls zumindest modernen Emissionsschutz zu gewährleisten. Österreich achtet darauf, dass auch weiterhin die Bank keine Aktivitäten betreffend Nuklearenergie vorsieht.

Die erst zuletzt bei der 13ten Wiederauffüllung des AfDF weiter bekräftigte Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter soll insbesondere durch Unterstützung von Investitionen, die Frauen in den Bereichen Infrastruktur, Land-

wirtschaft und Bildung fördern und durch Kapazitätsbildung in der Bank und den Empfängerländern verfolgt werden.

Der Bereich Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Produktivität gewann als Folge der Nahrungsmittelkrise an Bedeutung. Eine 2009 gemeinsam mit IFAD durchgeführte Evaluierung der landwirtschaftlichen Aktivitäten empfahl, den Bereich selektiver im Lichte der MTS Prioritäten umzusetzen. Die Bankstrategie fußt daher auf zwei Säulen: Entwicklung ländlicher Infrastruktur und Management natürlicher Ressourcen. So sollen Investitionen in Bewässerung, Verarbeitung, Lagermöglichkeiten und Transport die Produktivität anheben. Österreich wird weiterhin für mehr Engagement der Institution in diesem Bereich eintreten. Die AfDB Gruppe ist auch um Kooperation mit anderen im Bereich aktiven Institutionen (Welternährungsprogramm, FAO, IFAD) bemüht um Hebelwirkung zu erzeugen.

## Reformen

Im Rahmen der Verhandlungen um die 6te allgemeine Kapitalerhöhung sowie bei den Verhandlungen zu Wiederauffüllungen des AfDF wurden umfangreiche Reformmaßnahmen vereinbart.

Zu den wichtigsten Reformbereichen gehören die erwähnte Dezentralisierung und ein Fokus im Bereich Energie und Umwelt. Besonders umfassende Reformen sind im Personalbereich angedacht. Österreich unterstützt die Personalreformen und (nicht nur monetäre) Anreizsysteme, die attraktives Personal anziehen und halten können.

Im Bereich der Korruptionsbekämpfung wurden wesentliche Maßnahmen (bewusstseinsbildende Kampagnen, Möglichkeit anonym od. streng vertraulich Korruptionsverdacht zu melden) gesetzt und eine eigene Abteilung für Integrität und Korruptionsbekämpfung installiert.

Einer der am stärksten wachsenden Bereiche der AfDB Gruppe stellt das Privatsektorengagement dar. Die aktuelle Privatsektor-Entwicklungsstrategie beruht auf folgenden drei Säulen:

- a) Verbesserung des Investitions- und Geschäftsklimas durch Unterstützung und Beratung in Gesetzgebung, Steuersystemen und Rahmenbedingungen sowie Hilfestellung bei strategischen Planungen.
- b) Verbesserung des Zugangs des Privatsektors zu „weicher“ (Recht, Vorschriften, Zahlungsverkehr, Kapitalmärkte, Kreditratings) und „harter“ Infrastruktur (Transport, Telekommunikation, Wasser).
- c) Unterstützung bei der Firmen- und Geschäftsentwicklung (Zugang zu Finanzierungen, Ausbildung, Wertschöpfungsketten) sowie Unterstützung durch das „Natural Resource Center“ der Bank, welches bei Bergbau, Land- und Waldwirtschaft und Fischerei berät. Auch neue Handelsfinanzierungen fallen unter diesen Bereich.

Das bisherige Privatsektor-Portfolio der Bank ist noch relativ jung und erlaubte bisher nur wenige Erfahrungswerte. Österreich unterstützt einen Weg hin zu kleiner strukturierten Finanzierungen und zu einer zunehmenden Verlagerung der Aktivitäten auch in ärmere Regionen.

Besonderen Wert legen die Geber auf verbesserte Ergebnismessung. Das bereits verabschiedete „Results Measurement Framework (RMF)“ der AfDB Gruppe soll dazu dienen, laufend die Qualität und Gebarung von Projekten zu verfolgen, um Schwachstellen rechtzeitig begegnen zu können. Als Hauptmittel der Information über Ergebnisse wurde ein „Annual Development Effectiveness Review (ADER)“ der Bankgruppe ins Leben gerufen.

### **Österreichische Kooperationen**

Der besonderen Bedeutung von Wasser für die Entwicklung in Afrika trägt Österreich (BMF, BMEIA/ADA) schon seit 2005 durch Technische Hilfe, Entsendung von SpezialistInnen und finanzielle Beiträge an die von der AfDB verwaltete African Water Facility Rechnung. Der Privatsektor in Afrika erhält von Österreich (BMF, OeEB) durch den Fund for Private Sector Assistance der AfDB Unterstützung.

## **5.2. Asiatische Entwicklungsbank (AsDB)**

Die Asiatische Entwicklungsbank unterstützt seit ihrer Gründung 1966 gemäß ihrem Mandat Armutsminderung und Wachstum der asiatisch-pazifischen Länder. Die Region und somit der Kundenkreis der Bank könnte diverser kaum sein: die Einkommensunterschiede zwischen den Ländern sind beträchtlich, rasch wachsende Ökonomien wie China und Indien stehen sehr armen und langsamer wachsenden Ländern wie Kambodscha, Nepal und Laos gegenüber. Sehr große, bevölkerungsreiche Länder zählen ebenso zu den Kreditnehmern der Bank wie kleine und wirtschaftlich abgeschottete pazifische Inselstaaten, von denen die bevölkerungsärmsten nur um die 10.000 EinwohnerInnen zählen. Darüber hinaus gehören auch Afghanistan und Myanmar, die die Bank auf Grund ihres speziellen Kontextes vor besondere Herausforderungen stellen, zu den Mitgliedern der AsDB.

Seit Gründung der Bank haben sich die ökonomischen Bedingungen in Asien stark gewandelt und viele Länder konnten auf Grund hohen Wirtschaftswachstums den Übergang zu Mitteleinkommens- bzw. einige zu fortgeschrittenen Industrieländern vollziehen. Dennoch ist der Entwicklungsauftrag der Bank noch lange nicht erfüllt. Der asiatisch-pazifische Raum weist nach wie vor den höchsten weltweiten Anteil an Personen auf, die unter der Armutsgrenze leben (ca. 2/3 der Armen weltweit).

Der Großteil der kreditnehmenden Länder der AsDB sind Mitteleinkommensländer (MICs), von denen viele Zugang zu herkömmlichen Ressourcen auf dem Kapitalmarkt haben. Bei einer Umschichtung der derzeitigen Kreditpraxis, die stark auf MICs ausgerichtet ist, könnten vermehrt Ressourcen für ärmere Länder in der Region freigemacht werden. Gleichzeitig lebt jedoch der Großteil der Armen in Asien in MICs. Durch ein starkes Engagement mit diesen Ländern kann die AsDB Einfluss auf deren Entwicklungspfad ausüben, etwa durch ihre Arbeit in den Bereichen inklusives Wachstum oder Klimawandel. Die AsDB und somit auch Österreich werden sich in den nächsten Jahren mit diesen und anderen Fragen beschäftigen müssen, um allenfalls notwendige Reformen einzuleiten.

### **Governance Struktur**

Die AsDB zählt 2014 67 Mitgliedsländer, darunter 48 aus der asiatisch-pazifischen Region und 19 nicht-regionale Staaten. Die regionalen Mitgliedsländer verfügen mit einem Stimmanteil von 65% über eine ausgeprägte Mehrheit. Japan ist mit 12,7% der Stimmanteile der größte regionale Kapitalgeber. Weitere große Mitgliedsländer sind die Volksrepublik China, gefolgt von Indien, Australien und Indonesien (je etwa 5% der Stimmanteile). Mit einem gleich großen Anteil wie Japan ist die USA das stimmenstärkste nicht-regionale Mitgliedsland. Die wichtigsten Kreditnehmer sind VR China, Indien, Vietnam und Pakistan.

Ein besonderes Merkmal der Governance Struktur ist die seit Beginn der Bank bestehende Tradition einen japanischen Präsidenten zu bestellen. Eine offene Diskussion dieser Praxis wäre wünschenswert.

### **Der Asiatische Entwicklungsfonds (AsDF)**

Die Bank verfügt seit 1973 mit dem Asiatischen Entwicklungsfonds auch über einen eigenen Sonderfonds zur Gewährung von Zuschüssen (Grants) und Krediten zu konzessionellen Bedingungen an ihre asiatischen Mitgliedsländer mit niedrigem pro Kopf Einkommen. Die Mittel des Fonds stammen aus freiwilligen Beitragsleistungen der entwickelten Mitgliedsländer, sowie aus internen Ressourcen- und Gewinntransfers der Bank. An den Auffüllungen des AsDF hat sich Österreich regelmäßig beteiligt. Die zehnte Wiederauffüllung (AsDF XI) wurde im März 2012 mit einer Summe von 8 Mrd. SZR oder USD 12,4 Mrd. abgeschlossen. Österreich sagte für AsDF XI einen Beitrag von € 32 Mio. (USD 43,2 Mio.) zu. Die elfte AsDF-Periode erstreckt sich über die Jahre 2013-2016.

Die Bank arbeitet derzeit in Kooperation mit ihren Mitgliedern an einer Langzeitvision für den AsDF. Dabei sollen Ziele, Fokus aber auch Zusammensetzung der sich verändernden sozio-ökonomischen Realitäten angepasst werden. Aus österreichischer Sicht wäre es wünschenswert, dass die re-

gionalen aufstrebenden Ökonomien in Zukunft eine stärkere Rolle als Geber innerhalb ihrer Region spielten. Gleichzeitig gilt es darauf zu achten, dass gewisse Schwerpunktsetzungen des AsDF, wie ein Fokus auf Armutsreduktion, inklusives Wachstum, Geschlechtergleichstellung oder Klimawandel, bestehen bleiben.

### **Operative Politik und Reformen**

Die schwerpunktmäßige Orientierung der Bank wird durch „Strategy 2020“, das langfristige strategische Rahmendokument, vorgegeben, das im Frühjahr 2008 beschlossen wurde und den Zeitraum bis 2020 abdeckt. Bei der Verfolgung ihrer Mission, einem von Armut befreiten asiatischen-pazifischen Raum, geht die Bank demnach drei sich ergänzende Zielen nach: inklusives Wachstum, nachhaltiges Wachstum und regionale Integration. Dabei fokussiert sie ihre Aktivitäten auf folgende fünf operationale Schwerpunkte: a) Infrastruktur, b) Umwelt, c) regionale Kooperation und Integration, d) Entwicklung des Finanzsektor und e) Bildung. Österreich unterstützt diese Schwerpunktsetzung.

Darüber hinaus ist es jedoch wichtig, dass der Bank auch Flexibilität erhalten bleibt, um auf Länderebene in Koordination mit der Gebergemeinschaft auf die konkreten Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen zu können. Traditionell liegt die Stärke der AsDB in der Vorbereitung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten. Insbesondere kommt der AsDB bei der Verstärkung armutsorientierter und nachhaltiger Infrastrukturinvestitionen in asiatisch-pazifischen Ländern eine wichtige Rolle zu. 2011 investierte die AsDB etwa USD 2,1 Mrd. in Projekte im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Weiters kommt dem Privatsektor innerhalb der Bank eine zunehmende Bedeutung zu. „Strategy 2020“ schreibt vor, dass bis 2020 direkte Operationen mit dem Privatsektor und Operationen im Bereich Privatsektorentwicklung 50% der jährlichen Operationen der Bank ausmachen sollen.

Erhebliche Fortschritte machte die AsDB im Bereich Gender Mainstreaming. Durch eine gezielte Verstärkung interner Kapazitäten, sowohl in Manila als auch in den Länderbüros vor Ort klar definierte Prozesse, Regeln und Ziele, sowie auch durch ein öffentliches Bekenntnis des Managements der Bank zur Geschlechtergleichstellung und dem „Empowerment“ von Frauen gelang es der AsDB 2011 51% ihrer Projekte als „Gender Mainstreamed“ zu qualifizieren, bei vom Asiatischen Entwicklungsfonds finanzierten Projekten waren es 67% der Projekte. Dabei gilt zu beachten, dass es keine einheitlichen Standards und Definitionen gibt, die festlegen, wann ein Projekt als „Gender M“ gilt und hier somit ein Vergleich unter Institutionen schwierig ist. Die von der AsDB verwendete Kategorisierung ist jedenfalls weit strenger und anspruchsvoller als die der anderen IFIs und könnte diesen als Beispiel dienen.

Die AsDB führte 2008 als erste multilaterale Entwicklungsbank ein institutionelles Results Framework ein. Das Results Framework orientiert sich an den Vorgaben der „Strategy 2020“ und definiert strategische, operationelle und organisatorische Ziele, die an konkreten Indikatoren gemessen werden. Die Ergebnisse werden im jährlich erstellten „Development Effectiveness Review“ präsentiert. Um ihren Beitrag zur Erreichung der Entwicklungsziele der Region noch besser zuordnen zu können, sowie zur Verbesserung einiger Aspekte des Results Frameworks, überarbeitete die Bank dieses 2012 in enger Abstimmung mit ihren Mitgliedstaaten und den AsDF Geber- und Empfängerländern. Schwerpunkte aus österreichischer Sicht hierbei waren u.a. eine Aufteilung der Indikatoren nach Geschlecht, sowie mehr Aufschluss darüber, wie die AsDB zu inklusivem Wachstum, Gender Gleichstellung und dem Kampf gegen Klimawandel beiträgt.

### **Finanzpolitik**

Durch die 2008 beschlossene fünfte Kapitalerhöhung der AsDB wurde das Basiskapital der Bank von USD 55 Mrd. auf USD 160 Mrd. verdreifacht und ermöglichte der Bank daher auch auf eine durch die Finanzkrise erhöhte Nachfrage nach Krediten adäquat zu reagieren und Geld für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele in Asien und dem Pazifik bereitzustellen. Österreich übernahm neue Anteile entsprechend seinem Kapitalanteil an der Bank von 0,34%.

Die Kapitalisierung der Bank ist jedoch trotz Kapitalerhöhung sehr knapp bemessen. Das Gesamtausmaß der von der AsDB im Jahr 2011 beschlossenen Unterstützung für ihre kreditnehmenden Mitgliedsländer betrug USD 21,72 Mrd. davon USD 14,02 Mrd. finanziert direkt von der AsDB und Sonderfonds und USD 7,69 Mrd. durch Kofinanzierungspartner. Wegen des niedrigen einzahlbaren Teils des Kapitals (nur 4%) sank jedoch die nachhaltige Finanzierungskapazität der Bank auf nur USD 8 Mrd. p.a. Der Bedarf an Krediten insbesondere für Infrastrukturfinanzierungen ist jedoch ungebrochen hoch und ein jährliches Finanzierungsvolumen von USD 10 Mrd. wird allgemein als die Signifikanzgrenze der Bank betrachtet.

Österreich setzt sich dafür ein, dass die AsDB rechtzeitig geeignete Maßnahmen setzt, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Es ist zunächst wichtig, die Regeln zur Mindestkapitalausstattung der Bank zu überprüfen und gegebenenfalls geeignete Reformen einzuleiten. Weiters sollte die AsDB Optionen zur nachhaltigen Erhöhung des Nettoeinkommens der Bank erwägen. In diesem Zusammenhang plädierte Österreich bereits mehrfach die Kosten für reguläre Kredite der AsDB anzuheben. Schließlich spricht sich Österreich dafür aus, Möglichkeiten der Einführung von Gebühren für technische Hilfe der Bank bei den wirtschaftlich besser gestellten Kreditnehmern zu diskutieren.



Der Vorschlag des Management ab 1.1.2017 einen Merger von AsDF und AsDB zu vollziehen, beinhaltet, dass alle ausstehenden AsDF-Kredite als Aktiva in die Bilanz der AsDB übernommen werden. Dies wird das operative Kapital der AsDB verdreifachen. Allerdings wird sich damit das Risiko im Kreditportfolio der AsDB signifikant erhöhen (AsDF-Länder sind generell risikoreicher). Die finanzielle Kapazität der AsDB wird sich damit aber signifikant auf ein neues Kreditvolumen von über USD 10 Mrd. p.a. ausdehnen. Ermöglicht wird dieser Schritt durch ein starkes Abnehmen der AsDF-Kreditnehmerländer in den kommenden Jahren. Der verbleibende AsDF wird von beträchtlich reduzierten Geberbeiträgen und vermehrten AsDB-Einkommenstransfers als Grant Facility finanziert werden. AsDF-Länder werden konzessionelle Kredite zu AsDF-Bedingungen von der AsDB bekommen. Für die AsDF-Geber wird sich jedoch der Einfluss auf die Finanzierungsbedingungen für AsDF-Länder verringern. Veränderungen in Shareholding und bei den Stimmrechten werden davon aber nicht betroffen sein.

Österreich unterstützt den „Merger“ unter den Bedingungen, dass die weitere konzessionelle Finanzierung der AsDF-Länder institutionell sichergestellt wird. Weiters setzt sich Österreich dafür ein, dass das vom AsDF in die AsDB transferierte Kapital bei eventuellen späteren Kapitalerhöhungen den AsDF-Gebern entsprechend ihres Anteils auf die Kapitalerhöhung angerechnet wird.

### **Österreichische Kooperationen**

In der Kooperation auf Programm- und Projektebene engagiert sich Österreich besonders in den durch die IFI-Strategie definierten Schwerpunktsektoren, insbesondere Wasser und Siedlungshygiene, urbane Entwicklung, Klimaschutz und Energie. Dabei beteiligt sich Österreich an der Water Financing Partnership Facility, der Cities Development Initiative for Asia (CDIA) und der Energy for All Initiative. Darüber hinaus finanziert Österreich den Einsatz von Sektor-ExpertInnen bei der Bank.

## **5.3. Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB)**

Die Aktivität der IDB ist von beachtlichem Stellenwert für die Länder Lateinamerikas und der Karibik (LAC). Die IDB ist einer der größten und wichtigsten multilateralen Kreditgeber in der Region. Ihr oberstes Mandat ist die Armutsbekämpfung, die Schaffung sozialer Gerechtigkeit, sowie die Förderung wirtschaftlich nachhaltiger Entwicklung in der Region. Neben der Finanzierung von Investitionsvorhaben spielen Darlehen für spezifische Sektor- und Strukturreformen, ähnlich einer direkten Budgethilfe, eine wichtige Rolle.

Im März 2010 haben die Gouverneure der Bank eine Kapitalerhöhung der IDB in der Höhe von USD 70 Mrd. sowie eine Wiederauffüllung des weichen Fensters der Bank (Fund for Special Operations) beschlossen, um den durch die Finanzkrise ausgelösten erhöhten Kapitalbedarf der lateinamerikanischen Kreditnehmer bedienen zu können. Österreich hat sich gemäß seinem bisherigen Anteil an der Kapitalerhöhung beteiligt. Im Zuge der Kapitalerhöhung strebt die Bank auch die Umsetzung einer Reihe an Reformen an, die sich vor allem auf die institutionelle Strategie der Bank, die Schwerpunktsektoren sowie auf die Umsetzung der Better-Bank Agenda beziehen.

### **Governance Struktur**

Die regionalen Mitgliedsländer verfügen mit knapp über 50% über eine Stimmenmehrheit in der Bank. Größter einzelner Kapitaleigentümer ist die USA (30%). Brasilien und Argentinien (ca. je 11%) stellen die größten kreditnehmenden Länder dar. Die nicht-regionalen Mitgliedsländer (aus Europa und Asien) verfügen insgesamt über knapp 16% der Stimmen. Anfang 2009 ist China der Bank beigetreten.

Österreich begrüßt den Beitritt weiterer Staaten, jedoch sollte sichergestellt sein, dass der Aufnahmeprozess von fairen, transparenten und vergleichbaren Regeln für alle neuen Mitgliedsländer bestimmt ist. Ebenso sollen Zahlungen für die zu erwerbenden Anteile und somit der „Mitgliedsbeitrag“ die wirtschaftlichen Möglichkeiten des neuen Beitrittslandes reflektieren.

### **Operative Politik und Reformen**

Seit 2006 unterzieht sich die Bank einem Reformprozess, der das operative Geschäft der IDB effizienter, flexibler und ergebnisorientierter gestalten soll. Das zentrale Element der Reorganisation der Bank (Realignment) war die Einführung einer Matrix-Organisationsstruktur und die Umstellung der Bank von einer Angebots- auf eine Nachfragerorientierung. Um gezielter auf die Bedürfnisse der einzelnen Länder eingehen zu können und maßgeschneiderte Lösungsmöglichkeiten anzubieten, wurde das operative Geschäft stärker auf die Länderbüros dezentralisiert und die Länderstrategien flexibler gestaltet.

Die neue institutionelle Strategie der Bank, die im Zuge der Kapitalerhöhung beschlossen wurde, bezieht sich hauptsächlich auf die komparativen Vorteile der Bank und setzt den Schwerpunkt weiterhin auf Länderfokus und verstärkte Dezentralisierung, Koordination von Finanzierungen im öffentlichen und privaten Sektor, Diversifizierung von finanziellen und nicht-finanziellen Dienstleistungen um besser auf spezifische Länderbedürfnisse einzugehen sowie die Förderung von regionaler Integration und regionalem Handel. Angelehnt an den übergreifenden Zielen der Armutsbekämpfung und der Förderung nachhaltiger Entwicklung in der Re-

gion strebt man an, in Zukunft vermehrt den Erfordernissen der kleinen und weniger entwickelten Länder in der Region nachzukommen und die Aktivitäten im Privatsektor auszubauen. Außerdem will man Schwerpunkte in den Sektoren Infrastruktur, Klima, Energieeffizienz, erneuerbare Energien und regionaler Integration setzen.

Besonders im Klimabereich hat sich die Bank als Zentrum für innovative Technologien und Maßnahmen im Bereich Adaptation und Mitigation positioniert. Ziel der IDB ist es, den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix in der Region zu erhöhen, Energieerzeugung durch fossile Brennstoffe zu minimieren und zu vermeiden, dass der zukünftige Wachstumspfad der Region mit einer Erhöhung der Treibhausgasemissionen einhergeht. Darüber hinaus sollen vermehrt Maßnahmen unternommen werden, die die Vulnerabilität der Region im Hinblick auf die Folgen des Klimawandels reduzieren, zukünftige Schäden vermeiden und die Region in Bezug auf zu erwartende Veränderungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung und in Küstenregionen, besser vorbereiten.

Im Zuge der Mid-Term Evaluierung zur Umsetzung der Auflagen, die sich aus der Kapitalerhöhung ergaben, wurde auch die institutionelle Struktur der Privatsektoroperationen kritisiert: die Aufgliederung der Privatsektor-Finanzierungsabteilungen zwischen IDB und IIC (Interamerikanischer Investitionsgesellschaft) führe zu Duplikationen, Ineffizienzen und mangelnder strategischer Ausrichtung in diesem Bereich. Die IDB befindet sich nun in einem umfassenden Reformprozess, der die Privatsektoroperationen der gesamten Bankgruppe in einer Institution integrieren und zu einer Schärfung der strategischen Ausrichtung führen soll. Angesichts des erhöhten Finanzierungsbedarfs in der Region will sich die IDB auf Finanzierungen im Privatsektor fokussieren, die einen direkten entwicklungspolitischen Mehrwert mit sich bringen, innovative Projekte fördern und den Fokus auf erneuerbare Energien stärken. Außerdem soll die Förderung von „Inclusive Business“-Modellen und die Entwicklung von Projekten, die ärmere Bevölkerungsgruppen als Produzenten und Konsumenten vermehrt einbinden („Bottom of the Pyramid“), vorangetrieben werden.

Um sämtliche Aktivitäten der Bank besser nachvollziehbar und messbar zu machen und dadurch die Effizienz der Bank und die Effektivität der Bankprodukte zu steigern, hat die IDB ein umfassendes Results Framework entwickelt, das die Umsetzung der strategischen und operationellen Ziele der Bank überwacht und jährlich meldet. Im Results Framework wurden regionale Entwicklungsziele festgelegt sowie priorisierte Ausgaben, die die im Zuge der Kapitalerhöhung definierten Schwerpunktsektoren widerspiegeln (Klima, Energie, regionale Integration, Armutsbekämpfung sowie kleine und weniger entwickelte Länder). Zusätzlich bietet das Results Framework die notwendige Basis, um Entscheidungen im Rahmen der „ergebnisorientierten Haushaltsplanung“ (Re-

sults-Based Budgeting) zu treffen. Die IDB ist damit derzeit die einzige Entwicklungsbank, die ihre Ausgaben in diesem Rahmen verbindlich an die Ergebnisse und Zielerreichung der jeweiligen Abteilungen knüpft.

### **Fund for Special Operations**

Im Rahmen der Kapitalerhöhung der IDB kam es auch zu einer Wiederauffüllung des weichen Fensters der Bank (Fund for Special Operations, FSO) in der Höhe von 479 Mio. USD. In Reaktion auf die hohen Erdbebenschäden in Haiti des Jahres 2010 einigten sich die GouverneurInnen der Bank auf die Einrichtung einer neuen, eigenständigen Haiti Grant-Fazilität, die aus Transfers aus dem Einkommen des Stammkapitals finanziert wird. Außerdem wurde ein kompletter Schuldenerlass für Haiti umgesetzt.

### **Finanzpolitik**

In den Jahren bis unmittelbar vor der Finanzkrise wiesen die Länder Lateinamerikas und der Karibik ein starkes Wirtschaftswachstum, steigende Staatseinnahmen und wachsende Reserven auf. Einige Länder konnten daher auch ihre bestehenden Verpflichtungen gegenüber den IFIs frühzeitig zurückzahlen. Eine hohe Liquidität, relativ niedrige Zinssätze und ein deutlich leichter Zugang zum internationalen Kapitalmarkt ließ die allgemeine Nachfrage nach Krediten gegenüber multilateralen Banken sinken.

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ist der Kapitalbedarf in der Region wieder stark gestiegen und die IDB musste kurzfristige Maßnahmen ergreifen, um dem erhöhten Finanzierungsbedarf nachzukommen. Um das „Frontloading“, das seit 2008 als Gegenmaßnahme zur Finanzkrise durchgeführt wurde, zu berücksichtigen und den Kapitalbedarf der kreditnehmenden Länder weiterhin bedienen zu können, wurde 2010 die 9. Kapitalerhöhung der IDB beschlossen.

Im Zuge der Kapitalerhöhung hat man sich auch auf die Einführung eines neuen Long-Term Financial Frameworks geeinigt, das nunmehr die gesamten Ausgaben und Einnahmen der Bank jährlich berechnet und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Kreditvergabe flexibler nutzen soll. Dieses Framework erleichtert es der Bank, laufend die Interaktion von verschiedenen Ausgabenentscheidungen auf deren Auswirkungen auf den Kapitalstock hin zu überprüfen. Die jährlichen Kreditvergebepolumina sowie die korrespondierenden Zinssätze werden jährlich festgelegt mit dem Ziel, dadurch einen beständigen Kapitalstock zu ermöglichen und gleichzeitig möglichst hohe Kreditvolumina vergeben zu können.

### **Österreichische Kooperationen**

Das BMF engagiert sich in den durch die IFI-Strategie definierten Schwerpunktsektoren, insbesondere in den Bereichen Klima und Energie, Wasser, Privatsektorentwicklung

und nachhaltige Stadtentwicklung. Österreich ist an SECCI (Sustainable Energy and Climate Change Initiative), an der Emerging and Sustainable City Initiative sowie an OMJ (Opportunity for the Majority) beteiligt. Eine Kooperation mit der TU Wien ermöglicht österreichischen Studierenden in der Umsetzung der Emerging and Sustainable City Initiative mitzuwirken.

# 6. Andere Banken und Beteiligungen

## 6.1. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wurde 1991 gegründet um den Übergang zur freien Marktwirtschaft in den ehemaligen zentralistischen Planwirtschaften Osteuropas und der Sowjetunion zu unterstützen. Dies wird durch die Unterstützung privater unternehmerischer Initiativen im Rahmen eines zu schaffenden pluralistischen demokratischen Umfeldes umgesetzt. Die EBRD verfolgt ein explizit politisches Mandat. Gemäß Artikel I ihrer Charta fördert sie Mehrparteiendemokratie und Pluralismus.

Die Bank ist daher bestrebt den Reformländern bei der Durchführung struktureller und sektoreller Wirtschaftsreformen, einschließlich Ent-Monopolisierung, Dezentralisierung und Privatisierung zu helfen. Ihre Tätigkeit umfasst die Förderung von Privatsektor-Aktivitäten, die Stärkung von Finanzinstitutionen, der Rechtssysteme und die Entwicklung der für die Unterstützung des Privatsektors nötigen Infrastruktur. Die EBRD operiert zu 80% im privaten und zu 20% im öffentlichen Sektor.

### Governance Struktur

Die EBRD hat 66 Mitglieder (64 Staaten, plus EK und EIB). Davon sind 30 Empfängerländer in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion und vier Länder aus dem südlichen und östlichen Mittelmeerraum. Das neueste Mitglied ist Libyen. Österreich ist Gründungsmitglied der Bank. Das Stammkapital der Bank beträgt € 30 Mrd. Österreich ist mit einem Kapitalanteil von 2,28 % beteiligt.

Die EU Länder haben die Stimmenmehrheit und der Präsident kam bisher immer aus einem EU Land. 2012 wurde der Präsident zum ersten Mal in einem freien und transparenten Auswahlverfahren unter mehreren Kandidaten gewählt.

### Operative Politik und Reformen

Da die EBRD überwiegend im Privatsektorbereich tätig ist, ist sie auch höheren Risiken als andere MDBs ausgesetzt, da keine Gegengarantien des Mitgliedstaates zur Absicherung der Projektrisiken verlangt werden.

In Transitionsländern verfolgt die EBRD zusätzlich zu ihrem politischen Mandat folgende Ziele:

- Good Governance unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte
- Ökologische Nachhaltigkeit
- Armutsminderung

### Erweiterung des operativen Radius

2011 wurde die Ausweitung des Operationsgebietes der EBRD auf vier Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraumes (SEMED-Region) beschlossen, denen als Folge der Ereignisse des „Arabischen Frühlings“ von Seiten der internationalen Gemeinschaft (G-8, EU) am Weg zu einer funktionierenden Marktwirtschaft geholfen werden soll. Es handelt sich um Ägypten, Marokko (diese beiden sind bereits Mitglieder der EBRD), sowie Tunesien und Jordanien (Neumitglieder). In einem Dreistufenprozess, werden anfangs nur technische Assistenzprogramme durchgeführt und erst in weiterer Folge Investitionen finanziert.

In Zusammenhang mit der geographischen Gewichtsverlagerung der Bankaktivitäten weiter nach Osten und Südosten erfährt in den östlich gelegenen Ländern das Netzwerk der Resident Offices eine deutliche Aufwertung und Übertragung größerer Kompetenzen. Derzeit werden auch Länderbüros in Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien eingerichtet.

Österreich begrüßt diese verstärkte Dezentralisierung unter der Bedingung, dass Risikokontrolle und personelle Ressourcen auf einem qualitativ und quantitativ hohem Niveau bleiben.

### Strategische Ausrichtung durch die 4. Überprüfung der Kapitalausstattung

2010 wurde die neue 5-jährige Planungsperiode der EBRD von den Gouverneuren beschlossen. Die strategischen Ziele und das Business Model der Bank werden weitgehend fortgesetzt. Die weitere Fokussierung auf zentralasiatische und Kaukasusländer („Osten“), sowie den Balkan („Süden“) wurde beibehalten, ebenso wie die starke Rolle Russlands als größter Kunde der EBRD. Auch für die Türkei sind erhebliche Projektmittel vorgesehen. Diversifizierung der Wirtschaften, Energieeffizienz und nachhaltige Energieversorgung sind ebenso Zielbereiche wie der Aufbau lokaler Finanzmärkte zur verstärkten Finanzierung mit Lokalwährungen und der städtische Infrastrukturbereich.

Die 2012 hinzugekommenen Länder der SEMED-Region sollen – langsam aufbauend – durch zusätzliche Mittel bedient werden, jedenfalls nicht auf Kosten der bisherigen Einsatz-

länder. Den 7 EU-Einsatzländern, die 2004 EU-Mitglieder wurden, wurde nahegelegt bis Ende der Planperiode (2015) als Einsatzländer zu „graduieren“, wenn dies die Marktbedingungen erlauben.

Österreich trägt diese Ziele sowie die Ausweitung des Operationsgebietes mit. Der starke Fokus der EBRD auf Energieeffizienz und nachhaltige Energieversorgung wird in allen Einsatzländern mit positiven Ergebnissen fortgeführt und soll auch zentrales Element für die neuen Länder werden.

### **Finanzpolitik**

Nach Einkommensverlusten 2009 und 2010 im Zuge der Finanzkrise hat die EBRD seither wieder Gewinne. Die Bank hat zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2010 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 50% auf insgesamt € 30 Mrd. beschlossen, die aus den Reserven der Bank (1 Mrd. €) bezahlt wurde. Mit dieser Kapitalerhöhung konnte die EBRD Ausleihungen auf jährlich € 9 Mrd. verdoppeln und damit die durch den Rückzug der kommerziellen Financiers stark gestiegene Finanzierungsnachfrage bedienen. Damit wurde für das höhere Interventionsvolumen in der Krise sowie (unbeabsichtigt) für die Erweiterung des Operationsgebietes in die SEMED-Region vorgesorgt. Durch eine weitere Reservezuführung aus dem Nettoeinkommen 2013 sind die Reserven der Bank auf € 8 Mrd. gestiegen. Mit dieser Kapitalausstattung könnte die Bank in der SEMED-Region mittelfristig ein Geschäftsvolumen bis zu € 2,5 Mrd. jährlich umsetzen, ohne ihre Aktivitäten in den bisherigen Operationsländern einschränken zu müssen und ohne zusätzliches neues Kapital zu benötigen.

Angesichts der gewaltigen Herausforderungen während der Finanz- und Wirtschaftskrise war es wichtig, dass die IFIs gemeinsam die Krise in Osteuropa bekämpfen. 2009 haben sie den gemeinsamen Aktionsplan der IFIs (EBRD, EIB und IFC) mit einem Finanzierungsvolumen in Höhe von USD 25 Mrd. ins Leben gerufen, der den Rekapitalisierungs- und den Refinanzierungsbedarf der Bankennetze unterstützte. Auf Initiative der EBRD und Österreichs wurde die Vienna Initiative geschaffen, die als Koordinationsplattform für Krisenmanagement für große systemrelevante Cross-Border Banken in Osteuropa fungieren sollte und in weiterer Folge (Vienna Initiative 2.0) als gemeinsame Plattform der Heim- und Gastländer für Aufsichtscoordination und Krisenmanagement zur Vermeidung des ungeordneten Rückzugs großer internationaler Bankenkonzerne aus Osteuropa errichtet wurde. 2012 einigten sich EBRD, EIB und WBG auf einen gemeinsamen Aktionsplan für Wachstum in Zentral- und Südosteuropa, wobei vereinbart wurde, dass sie für 2013 und 2014 € 30 Mrd. an Mittel bereitstellen und sich dabei eng koordinieren werden.

Durch die Krise wurde auch offensichtlich, dass viele Einsatzländer ihre Transition bei weitem nicht abgeschlossen

hatten und, dass die EBRD in einzelnen Fällen auch teilweise zur Krisenbildung beigetragen hatte (z.B. Fremdwährungsfinanzierungen). Der Ruf nach einem neuen Geschäftsmodell wurde laut, das in der neuen strategischen Ausrichtung für die Periode 2010 bis 2015 festgelegt wurde. Die Bank versucht nun den politischen Dialog mit ihren Klienten zu verbessern und integrierte Ansätze über alle Sektoren zu bilden. Dabei soll auch der Unternehmenssektor unterstützt werden, der der Schlüssel zur nachhaltigen Transformation und Diversifikation der Wirtschaft ist. Ziel ist es auch den Aufbau der lokalen Finanzmärkte sowie die Finanzierung in Lokalwährungen stärker zu fördern.

### **Österreichische Kooperation**

Österreich unterstützt Technische Hilfe im Bereich Energieeffizienz, erneuerbarer Energie und nachhaltiger Energiefinanzierung sowie im Gemeindeinfrastrukturbereich, die zur Vorbereitung oder Begleitung konkreter Investitionen getätigt werden und für die österreichische Wirtschaft von Interesse sind.

## **6.2. Europäische Investitionsbank (EIB)**

Aufgabe der EIB ist es die ausgewogene Wirtschaftsentwicklung der EU-Mitgliedstaaten zu fördern. Das aushaftende Darlehensvolumen in Staaten außerhalb der EU liegt bei rund 34 Mrd. € oder rund 8% der aushaftenden Darlehen insgesamt (2013). Davon entfällt etwa die Hälfte auf die Beitrittskandidaten und ein Viertel auf die außereuropäische Mittelmeerregion. Das verbleibende Viertel verteilt sich zu etwa gleichen Teilen auf Lateinamerika, Asien und Afrika. Die jährlichen Neuzusagen außerhalb der EU liegen bei rund 7 Mrd. €, wobei die Regionalstruktur ähnlich ist. Die Aktivitäten außerhalb der Europäischen Union konzentrieren sich auf Maßnahmen zur Entwicklung des privaten Sektors auf lokaler Ebene, insbesondere die Unterstützung von KMU, der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur sowie der Bekämpfung des Klimawandels und Anpassung an den Klimawandel.

### **Governance Struktur**

Die Governancessstruktur der EIB ähnelt jener der anderen multilateralen Entwicklungsbanken. An der Spitze steht ein Gouverneursrat, der sich aus den FinanzministerInnen der Mitgliedstaaten zusammensetzt und die strategischen Grundsatzentscheidungen trifft. Die Wahrnehmung der übrigen Eigentümerrechte, einschließlich der Genehmigung von Darlehen und Garantien, sind an einen Verwaltungsrat delegiert. Die operative Leitung der Bank erfolgt durch ein Direktorium, das aus einem Präsidenten und 8 VizepräsidentInnen besteht. Alle EU-Mitgliedstaaten sind auch Mitglieder der EIB, Drittländer können nicht EIB-Mitglieder werden.

## Operative Politik und Reformen

Die operativen Leitlinien für die Aktivitäten in den einzelnen Regionen werden durch die jeweils anwendbaren Politiken der Europäischen Union vorgegeben. Für die Beitrittskandidaten ist das die Heranführungsstrategie der EU, in deren Rahmen für die einzelnen Länder Beitrittspartnerschaften oder Europäische Partnerschaften formuliert werden. Der Politikrahmen für die Nachbarschaftsländer in Osteuropa und im Mittelmeerraum ist die Nachbarschaftspolitik. Ihr Ziel ist die möglichst weit gehende wirtschaftliche und institutionelle Vertiefung der Beziehungen dieser Länder zur Europäischen Union und in diesem Zusammenhang vor allem auch die Förderung einer demokratischen Gesellschaftsordnung. In Analogie zu den Beitrittspartnerschaften mit den Kandidatenstaaten werden mit den Nachbarschaftsländern Aktionspläne festgelegt, in welche die Aktivitäten der EIB im jeweiligen Land integriert sind. Neben Investitionsprojekten spielt sowohl in den Kandidatenstaaten als auch in den Nachbarschaftsländern technische Unterstützung eine zunehmend wichtige Rolle. Für Asien und Lateinamerika gibt es Regionalstrategien, wobei sich der Beitrag der EIB auf Projekte zur Beseitigung von Armut und sozialer Ungleichheit konzentriert. Übergeordnetes Ziel ist zu einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung beizutragen. Sachliche Schwerpunkte sind Maßnahmen zur Förderung der regionalen Integration und zur Dämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen. Ein weiteres Ziel ist die Förderung der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Für die Aktivitäten der EIB in Afrika sowie in den karibischen und pazifischen Staaten gibt es einen besonderen institutionellen Rahmen die Investitionsfazilität (siehe Kapitel 6.3). Generelle politische Vorgabe ist außerdem, dass die EIB mit allen ihren Projekten in Entwicklungsländern zur Umsetzung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik beitragen soll.

Mittelfristige Reformprioritäten sind eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit der EK, den multilateralen Entwicklungsbanken, insbesondere der EBRD sowie den nationalen Entwicklungsbanken, eine Weiterentwicklung der projektbezogenen technischen Unterstützung und die Weiterentwicklung der Palette der Finanzierungsinstrumente, insbesondere in den Bereichen Garantien und Kapitalbeteiligungen.

### Österreichische Kooperation

Österreich leistet Beiträge zu Treuhandfonds der EIB, durch welche Sektorstudien zur Projektvorbereitung sowie projektbegleitende technische Unterstützung in den südlichen und in den östlichen Partnerstaaten der EU finanziert werden.

## 6.3. Investitionsfazilität (IF)

Die Investitionsfazilität (IF) ist ein Förderinstrument, welches im Rahmen des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens (Cotonou-Abkommen) mit einer Laufzeit bis 2020 eingerichtet wurde. Sie ist am 1. April 2003 in Kraft getreten und hatte ursprünglich eine Kapitalausstattung in Höhe von EUR 2,2 Mrd. aus dem 9. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Ihre Mittel werden in regelmäßigen Abständen aus dem EEF dotiert und zurückfließende Beiträge werden reinvestiert. Die IF wird von der EIB verwaltet und durch eine Kreditlinie, welche durch Eigenmittel der EIB finanziert wird, ergänzt.

Die IF dient in erster Linie der Entwicklung des Privatsektors in den AKP-Ländern. Öffentliche Infrastrukturvorhaben werden finanziert, wenn sie für die Entwicklung des Privatsektors förderlich sind. Als Teilsektoren werden vorrangig Projekte im Bereich Energie, Wasser, Abwasser und Transport gefördert.

Dem Klimaschutz kommt sektorübergreifend größere Bedeutung bei der Förderung klimaverträglichen Wachstums zu, wobei der Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien und Energieeffizienz liegt. Ernährungssicherheit wird im Lichte von Nahrungsmittelknappheit gefördert. In diesem Bereich sollen ausgewählte Vorhaben direkt unterstützt werden (landwirtschaftliche Cluster, die sowohl die Produktion, den Transport, die Lagerung und die Bewässerung abdecken).

Als Mitglied der European Finance Partners (EFP) ist die Österreichische Entwicklungsbank (OeEB) ebenso wie die EIB an der Kofinanzierung von Projekten in AKP-Ländern beteiligt. Diese Zusammenarbeit der IF soll weiter genutzt und ausgebaut werden.

## 6.4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Die zentrale Aufgabe des 1977 gegründeten Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), einer Sonderorganisation der VN, ist die Mobilisierung von Ressourcen zur Unterstützung der ärmsten ländlichen Bevölkerungen in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und von nicht rückzahlbaren Zuschüssen. Wesentliche Elemente der Tätigkeit sind die Erleichterung des Zugangs zu Kleinkrediten, angepassten Technologien, fairen Märkten, Basisinfrastruktur, Gesundheitsdiensten und Grundschulbildung, vor allem in ländlichen Regionen.

Durch Bekämpfung der ländlichen Armut leistet der Fonds einen unmittelbaren Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele. Reduzierung der ländlichen Armut und

Steigerung der Lebensmittelproduktion wird auch im Rahmen der Post-2015-Agenda eine wichtige Rolle spielen.

### **Governance Struktur**

Die Organisationsstruktur des Fonds entspricht jener der Entwicklungsbanken. Der Gouverneursrat, in dem alle Mitgliedsländer vertreten sind, ist das oberste Lenkungsgremium. Die operationalen Entscheidungen werden vom Board of Directors getroffen.

### **Operative Tätigkeit**

Den aktuellen Handlungsrahmen des Fonds bildet das „Strategic Framework 2011-2015“. Im Rahmen dieses Leitfadens ist IFAD bestrebt, seinen Klienten den Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Wasser und Boden, verbesserten Landwirtschaftstechniken und Produktionsmitteln, einer breiten Palette von Finanzdienstleistungen, funktionierenden Märkten für Landwirtschaftsprodukte, ländlichen nichtbäuerlichen Beschäftigungen und zu Entscheidungsprozessen im Rahmen von lokalen und nationalen Politik- und Programmentwicklungen zu ermöglichen.

Um mit den gegebenen Mitteln einen möglichst großen Entwicklungsbeitrag zu erzielen, sollen erfolgreiche Produkte und Wissen im Rahmen von Partnerschaften mit Empfängern und Entwicklungspartnern vervielfältigt werden (Scaling Up). IFAD wird sich auf Projekte mit Modellcharakter für seine Empfängerländer spezialisieren, die von den armen Ländern in der Folge auch in Eigenregie repliziert werden können.

Management for Development Results ist ein bestimmendes Element aller Fondsaktivitäten. Seit der letzten Lebensmittelkrise 2008/2009 ist Landwirtschaftsförderung ins Zentrum des entwicklungspolitischen Dialoges gerückt und damit die Rolle der Institution aufgewertet worden. IFAD muss dieser erhöhten Sichtbarkeit durch innovative Vorhaben und relevante Beiträge zum entwicklungspolitischen Dialog entsprechen.

Aufgabe der Mitgliedsstaaten ist es, den Fonds noch genauer auf seinen Auftrag, ländliche Armutsbekämpfung und Erhöhung der Lebensmittelproduktion auszurichten, um weiterhin einen nachhaltigen Beitrag zur Erreichung der MDGs und der künftigen SDGs in Form besserer Lebensmittelversorgung und höheren Einkünften für seine Zielgruppe zu erzielen.

## **6.5. Globale Umweltfazilität (GEF)**

Die Globale Umweltfazilität ist das zentrale Umsetzungsinstrument der Rio-Konventionen (Konvention für Biodiversität (CBD), Klimarahmenkonvention (UNFCCC), Konvention

zur Bekämpfung der Wüstenbildung und Landdegradierung (UNCCD) sowie der Stockholm Konvention zur Bekämpfung Persistenter Organischer Schadstoffe (POPs) und der Minamata Konvention zur Bekämpfung von Quecksilber). Sie dient als internationaler Finanzierungsmechanismus (FM) zur Behebung von globalen Umweltproblemen in den Bereichen Biodiversität, Klimawandel, internationale Gewässer, Landdegradierung (vordergründig durch Desertifikation und Waldsterben), Ozonloch, sowie Chemikalien und Abfall. Zwei Drittel der Gelder des FM werden für die beiden größten Bereiche des Klimawandels und der biologischen Vielfalt verwendet. Die zentrale Aufgabe des Finanzierungsmechanismus ist die Mobilisierung von Ressourcen zur Unterstützung von globalen Umweltprojekten in den genannten Bereichen, wobei nur die Mehrkosten eines globalen Umweltprojektes finanziert werden und keine lokalen Kosten übernommen werden. Die finanzielle Gebarung der GEF erfolgt über einen Treuhandfonds, der von der Weltbank verwaltet wird.

GEF ist inzwischen einer der größten Financiers für globale Umweltprojekte. In den letzten 20 Jahren hat GEF rund USD 10 Mrd. an Zuschüssen vergeben und mehr als USD 47 Mrd. an Kofinanzierungen lukriert. Damit konnten mehr als 2800 Projekte unterstützt werden. Mithilfe des Small Grants Programm konnten mehr als 13.000 kleinere Zuschüsse an Zivilgesellschaften und kommunale Organisationen vergeben werden.

### **Governance Struktur**

GEF wurde 1991 gegründet und hat heute 182 Mitglieder. Österreich ist nach der Pilotphase 1994 beigetreten und hat bisher insgesamt ca. EUR 144 Mio. zugesagt.

Die GEF ist eine Netzwerkorganisation. Die Governance-Struktur der GEF besteht aus Assembly, Council und Sekretariat. Daneben bestehen noch ein mit internationalen Wissenschaftlern besetztes Beratungspanel, das die GEF in wissenschaftlichen und technischen Fragen berät sowie das 2006 eingerichtete unabhängige Evaluierungsbüro. Geleitet wird die GEF von der CEO/Chairperson, die vom Council für 4 Jahre gewählt wird. Die Assembly findet alle drei bis vier Jahre statt (zuletzt 2014 in Cancun).

### **Sonderfonds**

GEF verwaltet temporär im Auftrag der UNFCCC auch den Special Climate Change Fund (SCCF) sowie den Least Developed Country Fund (LDCF) und den Nagoya Protokoll Implementation Fund der Biodiversitätskonvention (CBD). Darüber hinaus unterstützt GEF den Adaptation Fund bei der Entwicklung seiner Strategien, Politiken und institutionellen Architektur und leistet seit 2008 Sekretariatsarbeit für das Adaptation Fund Board.

## Operative Politik und Reformen

GEF finanziert nur Projekte in Entwicklungs- und Transformationsländern, die die Behebung von globalen Umweltproblemen zum Ziel haben. GEF als Finanzierungsmechanismus kann die Projekte nicht selbst umsetzen, sondern bedient sich externer Implementierungsagenturen (IA): Weltbank, UNDP, UNEP, UNIDO, IFAD, FAO, AseB, AfEB, EBRD und IDB.

Die Ausweitung der Partnerschaft auf lokale/regionale IAs und NGOs stellt eine besondere Herausforderung für GEF dar, da lokale IAs einerseits kostengünstiger und effizienter arbeiten können, auf der anderen Seite aber höhere Risiken mit sich bringen. Neue Partner sollen ein Minimum an Standards erfüllen, aber keine zusätzliche Belastung für GEF bringen. Die folgenden vier IAs haben bisher die Aufnahme geschafft: World Wildlife Fund, Conservation International, South African Development Bank, International Union for Conservation of Nature.

Für die Identifizierung, Vorbereitung und Durchführung von Projekten zahlt GEF eine Gebühr an die IAs, deren Höhe umstritten ist. Zuletzt wurde sie aus Kosteneinsparungsgründen auf 9% gesenkt. Die Kosten variieren zwischen den IAs, sodass trotz mehrerer Studien die wahren Projektkosten für die IAs nicht schlüssig eruiert werden konnten. Fragen der Qualität, Effizienz und Effektivität sind die bestimmenden Faktoren. Österreich unterstützt die Ansicht, dass die IAs nur solche Projekte durchführen sollen, wo sie einen komparativen Vorteil gegenüber anderen IAs haben und effizienter und kostengünstiger sind.

Das neue Ressourcenallokationssystem (System for a Transparent Allocation of Resources, STAR) hat das mangelhaft funktionierende Vorgängermodell RAF (Resource Allocation Framework) abgelöst und hier die größten Schwächen beseitigt. So wie alle Ressourcenallokationssysteme hängt die Qualität und Funktionalität von den zugrundeliegenden Daten und Messgrößen ab, die im globalen Umweltbereich be-

sonders schwierig zu erfassen sind. Daher wurde im STAR auch eine bestimmte Flexibilität eingebaut und einige Bereiche zunächst ausgenommen. Der STAR wird nur im Bereich Klimawandel, biologische Vielfalt und Landverödung angewendet, die anderen drei GEF Bereiche bleiben zunächst ausgespart (International Waters, Ozonloch, Chemikalien). Dennoch werden auf Basis des STAR knapp 90 Prozent der operativen Mittel der GEF verteilt. Österreich teilt die Meinung, dass aufgrund der Komplexität der Indikatoren eine Ausweitung des STAR auf die anderen Bereiche nur dann erfolgen soll, wenn der MTR eindeutig positiv ist und keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Österreich unterstützt die Fortsetzung der Reform des GEF Portfolios und insbesondere das Bestreben den Projektzyklus effizienter und effektiver zu machen. Auch der Entscheidungsfindungsprozess soll verbessert werden. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Reform ist die bessere Nutzung der Synergien innerhalb der GEF Bereiche und die klare Abgrenzung der Rollen und Verantwortlichkeiten der unterschiedlichen GEF Partner.

Eine besondere Zielsetzung der GEF ist die von Österreich unterstützte stärkere Beteiligung des Privatsektors im globalen Umweltbereich. Der Privatsektor wurde bisher zu wenig einbezogen, da die entsprechenden Politiken und Instrumente fehlten. Der Privatsektor bringt nicht nur zusätzliche Mittel, sondern liefert auch wissenschaftliche und technologische Beiträge, die mithelfen können, neue Wege für die Behandlung von globalen Umweltproblemen zu identifizieren.

Den Herausforderungen durch die zunehmenden Bedrohungen für die globale Umwelt soll durch vermehrtes Scaling-Up von GEF Projekten und Programmen begegnet werden. GEF kann in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern, Gebern und EL und aufgrund der einzigartigen GEF Erfahrung zusätzliche Ressourcen für das Scaling-Up von erfolgreichen Programmen mobilisieren. Dies soll in Zukunft noch gestärkt werden.



## Teil III:

# Schwerpunkte der Zusammenarbeit

Im Folgenden wird auf ausgewählte Themen eingegangen, die insbesondere für eine kohärente Positionierung in den jeweiligen Boards der IFIs wichtig ist. Auch stellen die

folgenden Themen Anliegen dar, die regelmäßig bei den wiederkehrenden Auffüllungen der weichen Fenster eingebracht werden.

## 7. Thematische Zusammenarbeit

### 7.1. Inklusives Wirtschaftswachstum

Inklusives Wirtschaftswachstum ist eine wichtige Voraussetzung für Entwicklung und Armutsminderung. Nur eine wachsende Wirtschaft kann Arbeitsplätze und Einkommen für die in vielen Entwicklungsländern stark wachsende Bevölkerung schaffen und längerfristig zu einer Angleichung der Lebensbedingungen der Menschen weltweit führen. In den letzten Jahrzehnten ist es in Teilen Asiens und Lateinamerikas zu einer dramatischen Reduktion der Armut gekommen. Den erfolgreichen Ländern ist gemeinsam, dass sie sehr hohe Wachstumsraten über lange Zeiträume aufrechterhalten konnten. Es zeigten sich aber auch deutliche Unterschiede im Ausmaß, in dem sich rasches Wachstum in Armutsminderung niederschlug. Wachstum wird daher allgemein als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für rasche Armutsminderung gesehen. Es kommt auch darauf an, wie das durch Wachstum erzielte zusätzliche Nationalprodukt verteilt wird.

Zahlreiche Studien stellen fest, dass nicht nur allgemeine Wachstumsraten, sondern auch landesspezifische, geographische und sektorale Wachstumsmuster (Patterns of Growth) wichtig für Armutsminderung sind. Auch wirkt sich Wachstum schneller in Armutsminderung aus, wenn soziale Disparitäten weniger ausgeprägt sind. Gleichzeitig verstärkt eine breite Einkommensverteilung das Wachstum durch steigende Kaufkraft. Weiters korreliert hohe Ungleichheit auch mit höheren Armutsraten und bremst das Wachstum indem sie etwa zu soziopolitischen Instabilitäten führt (die Investitionen erschweren) oder den Aufbau von „Humankapital“ bei armen Bevölkerungsschichten behindert. Ohne Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit werden Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit kaum im erforderlichen Maße zunehmen. Allerdings sind bei unterschiedlichen kurz- und langfristigen Wirkungen, wie etwa Wachstumsmaßnahmen, die zwar langfristig armutsmindernd, aber kurzfristig armutserhöhend wirken, sozial ausgleichende Begleitmaßnahmen nötig.

Im Zuge der Diskussion um die Erreichung der MDGs haben auch neue Politikdiskussionen über inklusive Wachstumsstrategien begonnen. „Inklusives Wachstum“ bezeichnet einen Prozess raschen und langdauernden wirtschaftlichen Wachstums auf einer breiten sektoralen Basis, der den Großteil der Arbeitskraft eines Landes einschließt. Der Ansatz verbindet mikro- und makroökonomische Determinanten des Wachstums, indem er versucht, die entscheidenden Hemmnisse (Binding Constraints) für die Beschleunigung des Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen zu identifizieren. Ex-ante soll darauf mit geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen reagiert werden. Inklusivität wird als Chancengleichheit für große Teile der Bevölkerung verstanden. Der Ansatz zielt dabei in erster Linie auf produktive Beschäftigung ab. Es geht dabei nicht nur um die Ausweitung von Beschäftigung durch Lohnarbeit und Selbständigkeit, sondern auch um die Steigerung der Produktivität als eine Voraussetzung für die Steigerung der Einkommen beider Gruppen. Dies erfordert faire Voraussetzungen, Wettbewerb und Chancengleichheit für Individuen und Unternehmen. Die Analyse zielt auf die Steigerung der Ressourcen und Kapazitäten der Arbeitskräfte auf der Angebotsseite, aber auch auf die Schaffung neuer Gelegenheiten für produktive Beschäftigung auf der Nachfrageseite ab. Der Ansatz versucht Wachstum zu beschleunigen, indem Arbeitskräfte, die in Sektoren mit niedriger Produktivität tätig sind oder vom Wachstumsprozess ausgeschlossen sind, besser genutzt werden. Dies bedingt auch einen Prozess struktureller Transformation und die Diversifizierung der Produktionsstruktur im Einklang mit der Ressourcenausstattung und den sich entwickelnden komparativen Vorteilen eines Landes. Eine inklusive Wachstumsstrategie muss daher eine langfristige Komponente beinhalten und Maßnahmen im Hinblick auf langfristiges Wachstum sicherstellen.

Der Aspekt der institutionellen Entwicklung spielt dabei eine wichtige Rolle. Unter „Institutionen“ werden hier die „Spielregeln“ bzw. formellen oder informellen Normen in einer

Gesellschaft verstanden, deren Anreizstruktur im Prozess ökonomischen Wachstums besonders wichtig ist. Es besteht eine signifikante Korrelation zwischen der Qualität von Institutionen und Wachstum auf nationaler und regionaler Ebene. Investitionsfreundliche Rahmenbedingungen haben beispielsweise einen unmittelbaren Einfluss auf einheimische und ausländische Direktinvestitionen. Diese können wiederum durch Transfer von Wissen und Know-How („Spillovers“) zur Steigerung der Produktvielfalt/-qualität, verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und zu höherem Wachstum beitragen. Für Entwicklungsländer bedeutet das, dass sie sich nicht auf automatisches „Aufholen“ verlassen dürfen, sondern aktiv die endogenen Bedingungen für Wachstum gestalten müssen.

„Inclusive Growth“ ist ein Politikansatz, der in den IFIs derzeit intensiv diskutiert wird und den Österreicher in den Institutionen konsequent unterstützt und einfordert. Eine Herausforderung ist das gemeinsame Verständnis und die Umsetzung in wirtschaftspolitische Maßnahmen, die inklusives Wachstum herbeiführen. Ein immer wichtiger werdendes Thema ist aber auch ökologische Nachhaltigkeit und grünes Wachstum. Einige Fragen stellen sich dabei: Sind inklusives Wachstum und grünes Wachstum miteinander vereinbar? Generiert nicht die Integration von Milliarden Menschen als KonsumentInnen und ProduzentInnen im Süden unweigerlich zusätzlichen Druck auf die globalen Ökosysteme? Wie kann man beide Politikziele Inklusion und grünes Wachstum gemeinsam verfolgen?

## 7.2. Nachhaltiges Wachstum

Das Bekenntnis zu nachhaltigem Wachstum (Inclusive Green Growth) beruht auf drei Annahmen: (i) derzeitige Wachstumsmuster sind langfristig unhaltbar, da Umwelt und Klima zu stark belastet werden; (ii) die verschiedenen Einkommensschichten einer Nationalökonomie können vom wirtschaftlichen Wachstum in unterschiedlichem Ausmaß profitieren, womit Wirtschaftswachstum nicht notwendigerweise mit Armutsreduktion innerhalb eines Landes oder einer Region verbunden ist; und (iii) das etablierte Wachstumsmuster ist ökonomisch durchwegs ineffizient hinsichtlich der Verwertung von Ressourcen zur Generierung von Outputs.

Umweltschonendes Wachstum (Green Growth) bedeutet die grundlegende Ökologisierung des wirtschaftlichen Produktions- und Distributionsprozesses durch entsprechende Anreizpolitik seitens des öffentlichen Sektors. Um die Effizienz von umweltschonendem Wachstum bestimmen zu können, müssen Externalitäten, wie die Verschmutzung und der Verbrauch natürlicher Ressourcen, eingepreist werden.

Um auf ein umweltschonendes Wachstum umzustellen, gibt es eine Vielzahl von wirtschaftspolitischen Instrumen-

ten, wie z.B. die Abschaffung von Subventionen (etwa auf Mineralöle) oder eine internationale Weiterentwicklung der Kennzahlen, die zur Messung des Wachstums herangezogen werden. Weitere Maßnahmen sind der Wechsel zu erneuerbaren Energiequellen, der Aufbau von Niedrigemissionsstädten sowie die Umsetzung von nachhaltigen Lösungen für die Landwirtschaft, die den Treibhausgasausstoß langfristig verringern.

Wenn auch fast alle von einer saubereren Umwelt und einer Minderung des globalen Klimawandels profitieren, so ist umweltschonendes Wachstum nicht mit sozial gerechtem Wachstum bzw. mit Armutsreduktion gleichzusetzen. Um umweltschonendes Wachstum auch sozial gerecht zu machen, muss es um Politiken für einen gerechten Zugang zur Nutzung von Ressourcen, soziale Absicherung und gezielte Maßnahmen zur Abfederung von negativen Auswirkungen auf die niedrigeren Einkommen einer Gesellschaft (etwa durch Steuerreformen) ergänzt werden. Sofern umweltschonendes Wachstum auch die weltweite Armut reduzieren soll, muss es einem Prinzip folgen, das die ärmsten und verwundbarsten Bevölkerungsgruppen maßgeblich und überproportional unterstützt.

Durch nachhaltiges Wachstum soll ein globaler Wandel hin zu einem ganzheitlichen Verständnis von Wirtschaft erlangt werden, in dem die Erhaltung der ökologischen Vielfalt, das Einbremsen des Klimawandels sowie die Armutsreduktion die Basis für globale und nationale Wirtschaftspolitik bilden. Um dieses Verständnis in den globalen Diskurs einzubringen und real umzusetzen, setzt sich Österreich bei den IFIs u.a. ein:

- Für ein sorgsames Design von umweltschonender Wachstumspolitik und Armutsreduktion
- Für klare Ziele im Hinblick auf Emissionsreduktion, Biodiversitätsschutz, Ressourceneffizienz und Abfallvermeidung
- Für die Implementierung einer umfassenden Reichtumsbilanzierung auf Länderebene zur Messung nachhaltigen Wachstums
- Für die soziale Abfederung negativer Effekte auf niedrige Einkommensschichten
- Für die Streichung von Subventionen für fossile Energieträger bei gleichzeitigem Rückbau von umweltzerstörenden Industriezweigen
- Für den Ausbau und die Einhaltung von internationalen sozialen und ökologischen Safeguards
- Für eine gender- und kindergerechte Ausgestaltung des inklusiven umweltschonenden Wachstums
- Für den Schutz von globalen natürlichen Ressourcen wie Luft, Wasser, Ozeane, Wälder und Feuchtgebiete
- Für eine nachhaltige, klimaschonende Landwirtschaft
- Für den Aufbau von Niedrigemissionsstädten sowie
- Gegen die Nutzung von Nuklearenergie

Nachhaltiges Wachstum ist jedoch unweigerlich auf nationaler und internationaler Ebene in eine Vielzahl von Trade Offs eingebettet. Umweltschonendes Wachstum ist zum Beispiel nicht unbedingt inklusiv oder automatisch auf Armutsreduktion ausgerichtet. Nationale Prioritäten von Entwicklungsländern und Industrieländern liegen daher oftmals in anderen Bereichen. Nicht nur im Design und der Finanzierung von innovativen, umweltfreundlichen Projekten sollten IFIs daher eine wichtige Vorreiterrolle spielen, sondern auch in der gezielten Politikberatung und Formulierung von Aktionsplänen ist es ihre Aufgabe, beratend Regierungen zu unterstützen.

### 7.3. Good Governance, fragile Staaten und institutionelle Entwicklung

Der Begriff Governance oder Good Governance wird im Deutschen oft mit guter Regierungsführung übersetzt, geht aber darüber hinaus. Mangels einer allgemein gültigen Definition orientiert sich das BMF an der in den Good Governance Leitlinien der OEZA verwendeten Abgrenzung, die auf dem Cotonou Partnership Agreement basiert. Demnach ist Good Governance die transparente und rechenschaftspflichtige Verwaltung menschlicher, natürlicher, wirtschaftlicher und finanzieller Ressourcen innerhalb eines Gesellschafts-systems mit dem Ziel nachhaltiger und ausgewogener Entwicklung.

Good Governance ist einer der zentralen Schlüssel effektiver Entwicklung und nachhaltiger Armutsreduktion. Von den diversen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit, darunter auch die IFIs, wird Good Governance heute sowohl als wesentliche Voraussetzung zur Erreichung dieser Ziele, als auch als Entwicklungsziel an sich gesehen. Der Schutz der Menschenrechte, funktionierende demokratische Systeme, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, Gewaltenteilung, sowie eine unabhängige Justiz, aber auch eine lebendige Zivilgesellschaft und freie unabhängige Medien sind zentrale Elemente i.w.S. einer guten Regierungsführung. Darüber hinaus ist ein effektiver öffentlicher Sektor, der den Prinzipien der Transparenz, Partizipation und Rechenschaftspflicht entspricht wesentlich für die Vermeidung von Korruption und die Erzielung von Entwicklungsergebnissen und somit ein wichtiges Element nachhaltiger Armutsbekämpfung. Insbesondere gezielte Reformen des staatlichen Finanzwesens können dazu beitragen, dass sowohl interne als auch von Gebern geleistete externe Ressourcen bestmöglich und auf eine transparente Art und Weise genutzt werden. Ein zentrales Element spielt dabei auch der Aufbau von unterschiedlichen Institutionen eines Landes, sowie die Kapazitätsentwicklung dieser dar. Institutionelle Entwicklung sollte daher immer parallel vorangetrieben werden.

Die Einhaltung der Good Governance Prinzipien spielt bei der Arbeit der IFIs hauptsächlich auf zwei Ebenen eine Rol-

le. Erstens ist es wichtig, dass IFIs diese in allen Programmen und Projekten berücksichtigen und einbauen und zweitens kommen sie als eigenständige Interventionssektoren in Frage. Ersteres, die Berücksichtigung als Querschnittsmaterie, sollte auf eingehenden und möglichst in Kooperation mit anderen Gebern durchgeführten Political Economy und Governance Analysen der kreditnehmenden Länder aufbauen, deren Ergebnisse und vorgeschlagene Maßnahmen sich in den jeweiligen Länderstrategien und dazugehörigen Results Frameworks niederschlagen. Entsprechende Governance Analysen, konkrete Maßnahmen und Indikatoren sollte es weiters auf Sektor- und Projektebene geben. Bereiche, die hier für ein verstärktes Engagement der IFIs, aber auch im Wege eigenständiger Interventionen auf Grund ihrer hauptsächlich unpolitischen Ausrichtung und speziellen Kompetenzen besonders in Frage kommen, sind, zum Beispiel, die Reform des öffentlichen Finanzwesens, die Staats- und Verwaltungsreform, die Unterstützung nationaler Beschaffungssysteme oder Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption sowie zur Stärkung von Steuertransparenz.

Weiters müssen Good Governance Prinzipien auch bei allen IFI Interventionen selbst angewendet werden. Hier spielen die von den IFIs vorgesehenen Mechanismen zur Absicherung der Sozial- und Umweltstandards und der damit verbundenen Risiken, Beschwerdemechanismen und Kompensationsvorrichtungen für die betroffene Bevölkerung eine wesentliche Rolle. In diesem Bereich sollte darauf geachtet werden, dass die betroffene Bevölkerung von Anfang an ausreichend informiert und in Planungsprozesse eingebunden wird, die für sie anwendbaren Rechte und Standards ihr auch zugänglich sind, und dass es geeignete Beschwerdeverfahren gibt, die sie gegebenenfalls in Bewegung setzen kann. Ferner sollte ein effektives und systematisches Monitoring von Politiken und Projekten hinsichtlich der Einhaltung von Good Governance sichergestellt werden. Darüber hinaus ist es essenziell, dass die IFIs die Grundsätze einer transparenten, partizipativen und rechenschaftspflichtigen Verwaltung von Ressourcen auch in ihren institutionellen Strategien und Politikdokumenten widerspiegeln, wie etwa den Kommunikationsrichtlinien, die die Zugänglichkeit und Transparenz von Entscheidungen und Dokumenten regeln. Der Bereich der Beschaffung von Leistungen und Gütern, sowie die Politiken und Praktiken der IFIs bei der Rekrutierung und Führung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist hier ebenfalls zu nennen.

#### **Fragile Staaten**

Von Konflikt betroffene, post-Konflikt oder fragile Staaten zeichnen sich meist durch ein sehr schwach ausgeprägtes institutionelles Umfeld mit besonders mangelhaften Governance Strukturen aus. Zudem oder gerade deshalb herrscht in diesen Ländern meist große Armut. Laut dem "World Development Report 2011: Conflict, Security and Develop-

ment“ fallen Länder, die langwierige Gewalt erfahren im Entwicklungsprozess weit zurück und weisen durchschnittlich um 20% höhere Armutsraten auf als Länder, die nur unter gelegentlicher Gewalt leiden.

Diese Staaten müssen mit besonderen Entwicklungs Herausforderungen kämpfen wie, zum Beispiel, zerstörter oder mangelnder Infrastruktur, nur sehr eingeschränktem Zugang zu Basisdienstleistungen oder besonders niedrigen institutionellen Kapazitäten. Gleichzeitig ist die Absorptionskapazität der Finanzmittel oft sehr eingeschränkt. Aus diesem Grund bedarf es nicht nur adäquater finanzieller Mittel, sondern auch eines speziellen Ansatzes der IFIs um diesen Herausforderungen entsprechend begegnen zu können. Basierend auf Political Economy, Fragilitäts- und Governance Analysen sollten sich IFIs zu einem langfristigen Engagement in dem jeweiligen Land bekennen, das durch politischen Dialog, vor Ort Präsenz, sowie die Intensivierung strategischer Partnerschaften mit der Regierung, anderen Gebern aber auch mit Organisationen der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor gestützt wird. Ein Fokus auf den Aufbau institutioneller Kapazitäten sollte durch neue Ansätze zu Peacebuilding und Statebuilding, die bei Projektdesign und –implementierung mitberücksichtigt werden, betont werden. Darüber hinaus wird es wichtig sein, unter Einbindung aller Akteure innovative und maßgeschneiderte Implementierungsinstrumente, die auf die speziellen lokalen Herausforderungen eingehen, anzuwenden.

## 7.4. Gender Mainstreaming

Die Benachteiligung von Frauen im sozialen, ökonomischen und politischen Leben in vielen Entwicklungsländern führt dazu, dass diese überproportional von Armut betroffen sind. Im sekundären und tertiären Bildungsbereich generell, insbesondere in Subsahara Afrika, Westasien und Ozeanien, aber auch im Grundschulbereich gehen weniger Mädchen als Buben zur Schule, was sich auf limitierte Aussichten für zukünftige Arbeitsverhältnisse, Einkommen und wirtschaftliche Möglichkeiten auswirkt. Es existiert auch nach wie vor eine höhere Frauensterblichkeitsrate, insbesondere in der frühen Kindheit und im reproduktiven Alter. Zudem führt pränatale Geschlechtsbestimmung in Entwicklungsländern dazu, dass viele Mädchen erst gar nicht geboren werden.

Frauen sind vielfach vom Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Krediten und Finanzdienstleistungen ausgeschlossen. Jedoch wäre das ökonomische „Empowerment“ von Frauen eine wichtige Voraussetzung für ein nachhaltiges und inklusives Wachstum und für Armutsreduktion. Gerade auch die Berücksichtigung von Gender, wird von der Weltbank als „Smart Economics“ bezeichnet, da errechnet wurde, dass die wirtschaftliche Partizipation von Frauen zu höherem ökonomischen Wachstum beiträgt. Ähnlich wirkt sich auch eine limitierte Partizipation von Frauen in politischen Institutionen und Entscheidungen negativ auf die

Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Männern, sowie auf eine Veränderung bestehender Machtverhältnisse aus.

Die Herstellung von gesellschaftlicher Gleichheit der Geschlechter ist ein Menschenrecht und notwendig für eine gerechte und gleiche Gesellschaft. Dies spiegelt sich in MDG 3 als eigenständigem Entwicklungsziel wider. Die Berücksichtigung der Gender-Dimension in den Strategien der Entwicklungsländer ist darüber hinaus aber eine notwendige Voraussetzung um bessere Entwicklungsergebnisse zu erzielen. Ohne gezielte Bemühungen die unterschiedlichen Aspekte der Geschlechterungleichheit aufzulösen, wird das Talent und Potenzial der Hälfte der Bevölkerung ungenutzt bleiben. Die Gleichstellung von Frauen im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext ist ein unverzichtbares Element einer inklusiven Wachstumsstrategie.

Hauptansatz der IFIs zur Erreichung von Geschlechtergleichheit ist Gender Mainstreaming in ihren Operationen. Die IFIs bedienen sich hier derzeit unterschiedlicher Systeme und Definitionen. Um einen Vergleich unter Institutionen zu ermöglichen, wäre es wünschenswert, wenn IFIs möglichst einheitliche Systeme verwenden.

In jedem Fall gilt es jedoch darauf zu achten, dass IFIs Gender Mainstreaming auf allen Ebenen anwenden, angefangen von Länderstrategien, über ökonomische und sektorielle Arbeit bis hin zu den einzelnen Programmen und Projekten. Als Basis sollen dabei fundierte und in Kooperation mit anderen Gebern ausgearbeitete Gender Analysen auf Länder-, aber auch auf sektorieller Ebene dienen, die den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Status von Frauen in dem jeweiligen lokalen Kontext beleuchten und zur Ausarbeitung von speziellen Länder-Gender Strategien führen. Eine wichtige Voraussetzung neben einer eingehenden Analyse ist zudem die Verfügbarkeit von geschlechterspezifischen Daten, sowie deren regelmäßige Messung und Berichterstattung. Auch das Gender Mainstreaming selbst muss eindeutig messbar sein und regelmäßig in Bezug auf qualitative und quantitative Ziele überprüft werden. Als besondere Herausforderung für die IFIs gilt Gender Mainstreaming gerade in solchen Sektoren voranzutreiben, in denen es traditionell schwieriger ist, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen, wie etwa im Energie- oder in anderen klassischen Infrastrukturbereichen. Um derartige Gender spezifische Herausforderungen bewältigen zu können, brauchen IFIs eine kritische Anzahl von Gender-ExpertInnen in ihrem Personalstand, sowohl am Sitz der Institution, als auch in den einzelnen Länderbüros.

IFIs sollten sich aber nicht mit Gender Mainstreaming in all ihren Operationen begnügen. Um existierende soziale, ökonomische und politische Ungleichheiten aufzubrechen, bedarf es oft stärkerer und gezielter Maßnahmen, wie spe-

zieller Projekte, die genau diese Zielsetzung verfolgen. Des Weiteren sollten besonders regionale IFIs ihren komparativen Vorteil als vertrauenswürdige Entwicklungspartner aus der Region dazu verwenden, auf der Basis der Länder-Gener Analysen und Strategien mit den Entwicklungsländern in einen Politikdialog über die Herstellung der gesellschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter einzutreten.

Von der Zielsetzung der Geschlechtergleichheit in Entwicklungsländern abgesehen, ist es wichtig, sich dafür einzusetzen, dass der Frauenanteil im Personalstand der IFIs und hier gerade im höheren Management, bei denjenigen IFIs kontinuierlich angehoben wird, bei denen Frauen stark unterrepräsentiert sind. Dazu gehört auch die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen, die es Frauen erst ermöglichen, konkrete Positionen auszuüben.

## 7.5. Nachhaltige Entschuldung und tragfähige Neuverschuldung

Mit der 1996 von Weltbank und IMF eingeleiteten und 1999 erweiterten Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete Entwicklungsländer (HIPC) ist die Schuldenlast der ärmsten Länder auf ein Maß reduziert werden, das schnelle Entwicklungserfolge erlaubt und die Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung entstehen ließ. 2006 folgte die MDRI (Multilateral Debt Relief Initiative), durch welche alle Forderungen der IDA, des IMF, der AfDB gegenüber den abgeschlossenen HIPC-Ländern unwiderruflich erlassen und durch Zusagen von Geberbeiträgen kompensiert wurden.

Der Erfolg dieses Schuldenerlasses ist jedoch erst durch eine erfolgreiche langfristige geringe Neuverschuldung gegeben. Um die Neuverschuldung bis zu einem gewissen tragfähigen Niveau zuzulassen und einen Handlungsrahmen für neue Kreditvergaben zu schaffen, wurde 2004 durch IMF und Weltbank das „Debt Sustainability Framework“ (DSF) geschaffen. Dieses Regelwerk gibt vor, wann Kredite mit einem höheren oder weniger hohen Zuschusselement vergeben werden. Das DSF stellt gegenwärtig die Basis für neue Kreditentscheidungen der MDBs, des IMF und anderer Entwicklungspartner dar.

Das DSF und eine tragfähige Neuverschuldung hängen jedoch wesentlich von der allgemeinen Anwendung ab. Exportkreditagenturen, private Kreditgeber und neue Geber sind aufgerufen, das DSF als Basis für ihre Entscheidungen heranzuziehen und nicht als Free Rider, die geringe Gesamtverschuldung und damit die höhere Bonität für neue, bilaterale Kreditvergaben zu nutzen.

Das DSF wurde in den letzten Jahren wegen seiner Komplexität und seiner starren, wenig flexiblen Anwendung kritisiert. 2011 wurde das DSF überarbeitet und einigen Kritik-

punkten Rechnung getragen. Österreich setzt sich für eine Beibehaltung des DSF und seiner breiten Anwendung ein. Sinnvolle Reformen von Elementen des DSF, sowie eine gewisse Flexibilisierung werden dabei jedoch unterstützt.

Die Verantwortung für die Neuverschuldung liegt jedoch nicht nur bei den Kreditgebern, sondern auch bei den Schuldnerländern selbst. Verstärkte, internationale Anstrengungen fließen daher zunehmend in den Aufbau von Strukturen, um das nationale Schuldenmanagement zu verbessern. IMF, Weltbank und MDBs sind dabei in enger Kooperation aufgerufen, vermehrt technische Assistenz zur Verfügung stellen, um institutionellen Kapazitätsaufbau zu unterstützen, welcher das Schuldenmanagement der ärmsten Länder verbessert. Österreich unterstützt diese Zielsetzung in Form einer Beteiligung am Debt Management Facility Trust-Fund der Weltbank und des IMF.

Für Responsible Lending und Borrowing stellt neben einer nachhaltigen Schuldenpolitik und der Kooperation von allen Stakeholdern, auch der Austausch von Daten über geplante, neue Kreditvergaben, ein wichtiger Faktor dar. Exportkreditagenturen, privaten Kreditgebern sowie Emerging Donors sollten idealerweise dabei miteinbezogen werden.

Einige wenige HIPC Länder stehen noch vor einem umfassenden Schuldenerlass durch HIPC und MDRI. Meist sind diese nun Post-Konflikt oder fragile Staaten, die spezielle Maßnahmen der Kooperationen, welche die besonderen Bedingungen des Landes berücksichtigen, notwendig machen. In diesem Zusammenhang müssen oftmals Mechanismen gefunden werden, um Rückstände, die ein Land an der Teilnahme an der HIPC-Initiative hindern, zu erlassen. Dies verlangt eine von Fall zu Fall Entscheidung durch die Boards der IFIs. Eine transparente Entscheidung und ein möglichst faire Beteiligung der internationalen Gebergemeinschaft sind dabei für Österreich wichtig.

## 7.6. Resultatmessung und Wirkungsanalyse

Entwicklungsmessung stellt einen wichtigen Teil der Entwicklungszusammenarbeit dar. Ergebnisse können nach qualitativen wie quantitativen Maßstäben erfasst werden. Der Anspruch, die Auswirkung von Interventionen metrisch oder qualitativ erfassen zu wollen, kann auch unmittelbare Effekte auf die Entwicklungsaktivitäten haben. Einerseits kann ein starker Fokus auf Resultate Anreize für eine effiziente und effektive Abwicklung von Projekten und Programmen bieten. Andererseits kann auch im Auswahlstadium dadurch denjenigen Projekten der Vorzug gegeben werden, deren Ergebnisse leichter messbar sind, ungeachtet dessen, welchen Entwicklungsimpact sie tatsächlich zu erzielen vermögen.

Im Rahmen der Wirkungsanalyse wird folgende Kausalkette angenommen: Beitrag (Input) → Aktivität (Activity) → Produkt/Leistung (Output) → Resultat (Outcome) → Auswirkung (Impact). Als Beiträge werden Ressourcen bezeichnet, die für Aktivitäten bereitgestellt werden. Aktivitäten sind Tätigkeiten, die im Hinblick auf die Generierung von Produkten/Leistungen durchgeführt werden. Produkte/Leistungen wiederum stellen die Ergebnisse von Aktivitäten dar und dienen der Erzielung von Resultaten. Resultate ergeben bei den Begünstigten der Intervention mittels Outputs generierte Veränderungen oder Effekte. Entscheidend dabei ist, dass Produkte und Leistungen von Begünstigten überhaupt in Anspruch genommen werden. Diese Resultate können kurz-, mittel-, oder langfristiger Natur sein und betreffen oft auch einen Verhaltenswechsel von Projektbegünstigten oder Verbesserungen in systemischer oder institutioneller Performance. Solche Resultate können weitergehende Auswirkungen auf eine Gesellschaft oder Nationalökonomie haben.

Dieser Kausalzusammenhang ist für das Design von Interventionen in der Entwicklungszusammenarbeit unerlässlich und eine notwendige Voraussetzung für die Resultatmessung, um Rückschlüsse auf Wirtschaftlichkeit (Effizienz) und Wirksamkeit (Effektivität) von Projekten, Programmen und ganzen Institutionen ziehen zu können. Effizienz setzt sich mit der Frage auseinander, ob die Ressourcen im Rahmen der durchgeführten Aktivitäten bestmöglich eingesetzt worden sind, um die angestrebten Produkte bzw. Leistungen zu erzielen. Bei Effektivität geht es daher um die Wirksamkeit einer bestimmten Intervention und somit darum, ob überhaupt die richtigen Aktivitäten gesetzt werden.

Die Rolle der IFIs besteht in der Generierung von Produkten und Leistungen (Outputs) durch gezielte Aktivitäten wie Finanzierungen, Wissensgenerierung und -transfer, Entwicklung von Kapazitäten, und den Aufbau und die Nutzung von Partnerschaften. Kurz/mittelfristige Wirkungen (Outcomes) können – beeinflusst von den IFIs und anderen Partnern – nur von den Klienten oder Begünstigten selbst erreicht werden. Solche Resultate (Outcomes) bestehen demgemäß nicht etwa in der Anzahl von gebauten Schulen oder asphaltierten Kilometern (Outputs); Resultate (Outcomes) gehen einen Schritt weiter und zeigen sich z.B. in Lernerfolgen von Kindern und der Verringerung von Transportzeiten und -kosten.

Aus entwicklungspolitischer Sicht ist das BMF vornehmlich an (kurz-, mittel- und langfristigen) Wirkungen interessiert. Österreich ist bestrebt einen Beitrag zur Steigerung von Effizienz und Effektivität bei IFIs zu leisten und setzt sich bei allen IFIs insbesondere für die folgenden Punkte ein:

- Mainstreaming und Operationalisierung von klar definierten kausalen Wirkungsketten bei Interventionen, z.B. durch Results-Frameworks
- Verstärkung des Fokus auf Outcomes und Impact
- Mitberücksichtigung, soweit möglich, von Impact Evaluations bereits im Stadium des Projektdesigns
- Evaluierungen zur Messung von Resultaten und deren Auswirkungen sowie Förderung des institutionellen Lernens daraus und der Umsetzung von Erkenntnissen
- Projektentwicklungsziele im Sinne von kurzfristigen Resultaten, die
  - innerhalb eines gegebenen Zeitraums mit bestimmten Inputs und unter Berücksichtigung identifizierbarer Risiken realistisch erreichbar sind,
  - klar identifizieren, wofür ein Projekt rechenschaftspflichtig gehalten werden kann,
  - Ergebnisse messen und somit eine Veränderung im Verhalten, Befinden oder der Performance eine Zielgruppe oder -institution zum Ausdruck bringen und
  - höherrangige Zielen miteinschließen, die dem Projekt nur teilweise zuordenbar sind, bei klarer Angabe dieser Zuordnungslücke,
- Auswahl von Performance-Indikatoren, die spezifisch, messbar, erreichbar, realistisch, relevant, und zeitlich klar begrenzt sind.
- Im Hinblick auf Entwicklungsergebnisse sollten Empfängerregierungen an erster Stelle ihren eigenen BürgerInnen rechenschaftspflichtig sein.
- Der Impact-Fokus soll vor allem auf nachhaltiger Armutsreduzierung liegen.

# 8. Programmatische Zusammenarbeit

Im Folgenden werden die vier Schwerpunktbereiche der BMF-IFI Kooperation dargestellt, in welchen zusätzliche Programme mit den IFIs mittels thematischer Fonds (Trust Funds) abgeschlossen werden können. Diese dienen sowohl einem entwicklungspolitischen, außenwirtschaftlichen und dem Ansiedlungs-Interesse Österreichs.

## 8.1. Nachhaltige Energie und Klimaschutz

Klimaschutz im Sinne der UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) beinhaltet sowohl Aspekte der Minderung der Treibhausgasemissionen und damit des Klimawandels (Mitigation) als auch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Adaptation). Im Kontext einer ungleichen globalen Verteilung von Ressourcen und Kapazitäten muss durch die Finanzierung von Mitigation und Adaptation international ein Ausgleich im Sinne differenzierter Verantwortlichkeit erfolgen. IFIs kommt als globale bzw. regionale Institutionen eine entscheidende Rolle bei der Strukturierung, Regulierung und Finanzierung globaler öffentlicher Güter, wie Klima zu. IFIs spielen daher als Instrumente der globalen Finanzarchitektur eine wichtige Rolle im Klimaschutz. Über Finanzierungen hinaus bieten sie auch Unterstützung bei der Verbesserung von Planungsgrundlagen, institutionellen Rahmenbedingungen und Kapazitäten. Sie liefern wichtige Informationen durch spezifische Analysen zu Potenzialen und Erfordernissen, die für die Identifizierung wirkungsvoller Klimaschutzmaßnahmen unerlässlich sind.

**Mitigation** bezeichnet eine Minderung des anthropogen verursachten Klimawandels durch eine globale Stabilisation bzw. Reduktion des atmosphärischen Gehalts an Treibhausgasen. In Anbetracht des projizierten Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur von 1,8-6,0°C bis 2100 gegenüber dem vorindustriellen Niveau und den damit verbundenen teils verheerenden Auswirkungen für Menschen und Ökosysteme ist Mitigation eine absolute Notwendigkeit. Die langfristige Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen (THG) muss ernst genommen werden, denn jede Verzögerung führt zu einem Anstieg der Adaptations-Kosten für zukünftige Generationen.

Die Reduktion der THG-Emissionen ist vorrangig durch erhöhte Energieeffizienz, Energieeinsparungen sowie den Umstieg auf erneuerbare Energien erreichbar. Wenn auch Industrieländer für die derzeitige, erhöhte atmosphärische THG-Konzentration historisch maßgeblich verantwortlich

sind, so sind es Entwicklungs- und Schwellenländer, die derzeit die höchsten Wachstumsraten bei Emissionen verzeichnen. Schätzungen zufolge sollen bis zu 70% des Anstiegs von globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 2002 und 2030 von Ländern wie China, Brasilien, Südafrika, Mexiko und Indien kommen. Umso dringender ist es, mit Hilfe der IFIs diese und weitere Länder als strategische Partner zur Bekämpfung des anthropogenen Klimawandels zu gewinnen. Im Bereich der Mitigation setzt sich Österreich insbesondere ein:

- Für die Erhöhung der Finanzierungsvolumina zur Förderung erneuerbarer Energien
- Für die Steigerung der Energieeffizienz
- Für Energiesicherheit durch einen möglichst breiten Technologiemarkt im Energieportfolio eines Landes bzw. einer regionalen Wirtschaftsgemeinschaft
- Für eine kritische Fall zu Fall Prüfung möglicher sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Auswirkungen bei der Förderung von unterschiedlichen Energiequellen, insbesondere Agro-Treibstoffen sowie
- Gegen Nuklearenergie sowie gegen Green Field Projekte, die weiterhin auf fossile Energieträger setzen (Ausnahmen für Brown Field Projekte sind denkbar, wenn sie dadurch eine Reduzierung der Emissionen erzielen, ebenso sind Ausnahmen bei fossilen Energieträgern für die allerärmsten Länder (IDA Länder) unter Anwendung modernster Technologie denkbar).

**Adaptation** bezeichnet Initiativen und Maßnahmen, die gesetzt werden, um die Empfindlichkeit natürlicher oder menschlicher Systeme gegenüber tatsächlichen oder erwarteten Auswirkungen der Klimaänderung zu verringern. Darunter fallen sowohl die Anpassung an klimatische Extremereignisse wie auch an langsamere Veränderungen (z.B. an die Verschiebung des Beginns der Hauptregenzeit). Viele Entwicklungsländer weisen aufgrund ihrer vergleichsweise fragilen ökonomischen und ökologischen Strukturen eine hohe Verwundbarkeit von Sektoren, Ökosystemen oder auch der menschlichen Gesundheit gegenüber den Effekten des Klimawandels auf. Anpassungsaktivitäten zielen darauf ab, diese Verwundbarkeiten zu reduzieren bzw. die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen sowie mögliche Chancen durch veränderte klimatische Bedingungen zu nutzen.

IFIs können einen wichtigen Beitrag dahingehend leisten, dass klimabezogene Anpassungsmaßnahmen frühestmöglich in die Strategien zur nachhaltigen Armutsminderung (z.B. hinsichtlich Ernährungssicherheit) und der Katastrophenvorsorge einfließen. Präventive Maßnahmen um (den Auswirkungen von) Katastrophen, die auf natürliche Ge-



fahren zurückzuführen sind, vorzubeugen, retten nicht nur Menschenleben; die Vorbeugung materieller Schäden ist auch aus finanzieller Sicht empfehlenswert. So werden etwa private Investoren jene gefährdete Gegenden vorziehen, in denen Vorsorge- und Versicherungsmechanismen zur Minderung des Katastrophenrisikos und der Auswirkungen von Katastrophen bestehen. Österreich sieht die Reduktion von THG und die Anpassung an den Klimawandel in engem Konnex zu einander – beides ist notwendig – und setzt sich im Bereich der Adaptation insbesondere ein:

- Für eine stärkere Aktivität der IFIs im Bereich der Klimawandel-Adaptation
- Für die Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels in allen möglicherweise klima-sensiblen Entwicklungsaktivitäten (z.B. Infrastruktur)
- Für die Integration von Klimawandeladaptation und Katastrophenschutz in nationale und lokale Entwicklungspläne, Infrastruktur- und Landnutzungsstrategien
- Für eine starke Einbindung der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen (z.B. Frauen und Mädchen) zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von lokalen Gesellschaften
- Für einen Fokus auf Frühwarnsysteme, schützende Infrastruktur und ökologische Pufferzonen

### **Differenzierte Verantwortlichkeit**

Der historisch zum Großteil von Industrieländern verursachte anthropogene Klimawandel verstärkt sich durch den wirtschaftlichen Aufschwung in Schwellenländern, deren Wachstum durch die THG-erzeugende Verbrennung nicht erneuerbarer Rohstoffe geprägt ist. Zugleich sind im Allgemeinen Entwicklungsländer den Auswirkungen des Klimawandels am stärksten ausgesetzt, wobei insbesondere arme, benachteiligte und verwundbare Bevölkerungsgruppen – wie Minderheiten, Frauen, Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung – besonders gefährdet sind. Die Schnittmenge von Leidtragenden und Verursachern ist daher nur eine relativ kleine. Daraus resultiert eine differenzierte Verantwortlichkeit hinsichtlich der Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und der Finanzierung von Anpassungsstrategien. Für Länder, die durch die Emission von THG ihr Entwicklungsniveau steigern konnten, besteht daher eine damit im Verhältnis stehende Verpflichtung früher zu handeln und mehr zu tun. Österreich setzt sich bei den IFIs ein:

- Für die Integration von Nachhaltigkeits- und Klimaschutz-Zielen in Post-2015 Agenda
- Für eine stärkere Rolle der IFIs, insbesondere der WBG in internationalen Klimaverhandlungen zur Verknüpfung von Klima-, Entwicklungs- und Wachstumspolitik,
- Für die Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Ressourcen für Klimafinanzierung (Mitigation und Adaptation) durch IFIs genauso wie aus anderen Quellen

### **Kohärenz im innerstaatlichen Vorgehen**

Aufgrund der immer größer werdenden umwelt- und klimapolitischen Herausforderungen sowie dem Prinzip der differenzierten Verantwortlichkeit erscheint ein kohärentes Vorgehen innerstaatlicher Entscheidungsträger gegenüber bi- und multilateralen Finanzinstitutionen unerlässlich. Im Zusammenhang mit den genannten Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele bekennt sich das BMF daher zu einer engen Koordination mit anderen relevanten innerstaatlichen Strategien (z.B. der „Strategie Österreichs zur internationalen Klimafinanzierung 2013-2020“).

### **Krisenprävention und Katastrophenschutz**

Im Rahmen der von der Weltbank gemeinsam mit sieben weiteren multilateralen Organisationen initiierten Global Facility for Disaster Reduction and Recovery (GFDRR) setzt sich Österreich als eines von 38 Geberländern für den verstärkten Einsatz von Maßnahmen zur Anpassung an durch den Klimawandel verschuldete erhöhte Umweltrisiken ein. So sollen Schäden an Personen und der Infrastruktur im Katastrophenfall verhindert bzw. möglichst gering gehalten werden. Verbesserte Katastrophenvorsorge und nachhaltiger Wiederaufbau sollen mithilfe von sechs Aktionsschritten erreicht werden. Dies erfolgt mithilfe von technischer Assistenz und Policy-Beratung durch ExpertInnen. Die lokalen Regierungen und die Bevölkerung sollen im Zuge dessen in die Katastrophenvorsorgearbeit, etwa durch gemeinsames Risk Mapping, miteinbezogen werden, was das Capacity Building in diesem Bereich entsprechend erleichtern soll.

## **8.2. Wasser und Siedlungshygiene**

Die unmittelbare Bedeutung von Wasser für Entwicklung findet auch in den MDGs ihren Niederschlag. Der gegenwärtige Stand der Umsetzung der MDG Zielsetzung bis 2015, den Anteil der Menschen ohne dauerhaften Zugang zu sicherem Trinkwasser und Basishygiene zu halbieren, gibt Anlass zu Optimismus, aber bedarf auch vermehrte Anstrengungen.

Bei Trinkwasser verzeichnen alle Regionen Fortschritte. So stieg der Zugang global deutlich an und das Trinkwasserziel der MDGs wurde nicht nur in einigen Regionen, sondern global betrachtet bereits 2010 erreicht. Seit 1990 haben über 2 Mrd. Menschen Zugang zu sicherem Trinkwasser erlangt, 116 Länder haben das Trinkwasserziel erreicht. Einige Regionen, vor allem Subsahara Afrika und Ozeanien haben hingegen noch eindeutigen Aufholbedarf. 2012 hatten immer noch rd. 750 Mio. Menschen kein sicheres Trinkwasser, darunter 325 Mio. aus Subsahara Afrika.

Bei Basishygiene sieht es dagegen weniger gut aus. Nur 77 Länder hatten 2012 das Hygieneziel erreicht; 2,5 Mrd. Menschen hatten immer noch keine ausreichende sanitäre Versorgung. Auch wenn es globale Fortschritte gibt, haben



nur Nordafrika, Ost- und Zentralasien das Ziel bereits übertraffen. Vor allem Südasien und Subsahara Afrika weisen jedoch nach wie vor die höchsten Defizite in der Versorgung auf. Nach aktuellen Schätzungen wird dieses Ziel bis 2015 nicht erreicht werden.

Österreich unterstützt aufgrund der großen sozialen, wirtschaftlichen und friedenspolitischen Bedeutung die Förderung des Wassersektors durch IFIs in Entwicklungs- und Transitionsländern. Die IFIs stehen dabei vor einem großen Aktivitätsbereich, der vom bereits erwähnten Trinkwasser/Hygiene über Bewässerung, Energie aus Wasserkraft, industrielle Wassernutzung bis zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Wasservorkommen, z.B. Sinken der Grundwasserspiegel durch Dürreperioden, reicht.

Österreich tritt besonders dafür ein, dass IFIs die Subsahara Afrika und Südasien betreuen, noch verstärkte Anstrengungen in dem Bereich unternehmen und mehr Projekte mit eigenen Mitteln für Wasserversorgung und Hygiene finanzieren, um den Nachholbedarf der genannten Regionen nachhaltig zu reduzieren.

Österreich weist auf Grund der kleinräumigen Siedlungsentwicklung eine spezielle Struktur der Wasserversorgung auf (anders als viele industrialisierte Länder) und verfügt über spezielles Know-How der dezentralen Wasserversorgung, das in Österreichs Kooperation mit den IFIs nutzbar gemacht werden soll. Österreichische Firmen haben in den Bereichen Wasserversorgungs- und Abwassertechnik, angepasste Siedlungshygiene, wasserwirtschaftliche Regionalplanung und dezentrale Lösungen, Consulting und angewandte Forschung, Wasserspeicher und auch Wasserkraftwerksbau wichtiges Know-How und Kapazität für die Programme der IFIs anzubieten.

Initiativen der IFIs, wie z. B. das „Water and Sanitation Program“ (WSP) der WBG, die „African Water Facility“ der Afrikanischen Entwicklungsbank oder die „Water Financing Partnership Facility“ der Asiatischen Entwicklungsbank bieten Raum für gezielte IFI Kooperationen. Wasser-, Energie- und Ernährungssicherheit sind von einander abhängige Bereiche mit entsprechenden Rückwirkungen auf andere Themen, wie etwa Biodiversität oder Klima. Gemeinsam mit dem World Economic Forum (WEF) und einigen nationalstaatlichen Initiativen und NGOs hat die EU 2011 dazu in Bonn den NEXUS-Ansatz ins Leben gerufen. Dieser betrachtet die drei Themenfelder als integriert. Schwerpunkt liegt auf Zugang (soziale Komponente), Effizienz (wirtschaftliche Komponente) und Nachhaltigkeit (ökologische Komponente).

(Sauberes) Wasser als knappes Gut führt zunehmend zu Verteilungskonflikten und stellt IFIs vor besondere Herausforderungen: Trinkwasser versus produktive Nutzung für Landwirtschaft und Industrie; ländliche Gebiete versus städtische Ballungszentren; industrielle Entwicklung und

damit einhergehende Gewässerverschmutzung. All diesen Herausforderungen soll durch verstärkte Gegenmaßnahmen in den Projekten und Programmen der IFIs sowie durch gezielte Politikberatung Rechnung getragen werden.

### 8.3. Privat- und Finanzsektorentwicklung

Ein dynamischer Privatsektor ist das Rückgrat einer jeden aufstrebenden Volkswirtschaft: Erfolgreiche private Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten, produzieren Waren und Dienstleistungen und sind eine Quelle für Steuereinnahmen. Sie sind der Motor von Innovation und Wachstum und dadurch eine wichtige Voraussetzung für Entwicklung und Armutsreduktion.

Einen beständigen Job mit regelmäßigem Einkommen ausüben, ist der Ehrgeiz der meisten Menschen, nicht nur in Entwicklungsländern. Eine stabile Anstellung ermöglicht Zukunftsperspektiven. Arbeitsplätze erhöhen die Selbstachtung des Einzelnen und fördern die soziale Integration. Der Zugang zu produktiver Beschäftigung ist demnach entscheidend für die Erhöhung von Lebensqualität und maßgeblich für einen Ausstieg aus der Armut.

Die Grundvoraussetzungen für die Entfaltung eines dynamischen und wettbewerbsfähigen Privatsektors in Entwicklungsländern umfassen politische Stabilität, eine vorhersehbare Wirtschaftspolitik sowie eine leistungsfähige Verwaltung, die Rechtsdurchsetzbarkeit garantiert und ein geeignetes Investitionsklima und Unternehmensumfeld schafft. Ziel ist es, die rechtlichen und regulativen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein fairer Wettbewerb gewährleistet wird, Innovation und wirtschaftliche Diversifizierung gefördert werden, Markteintritt und -austritt leicht möglich sind und Handlungspotenzial ausgeschöpft werden kann. Dies erfordert zusätzlich den Ausbau grundlegender Infrastruktur im Hinblick auf Transport und Energieversorgung und eine entsprechende Außenhandelspolitik.

Darüber hinaus ist die Schaffung von öffentlichen Rahmenbedingungen notwendig, um Industrialisierungsprozesse zu fördern und einen notwendigen Strukturwandel zu initiieren. Die umfassende Förderung von relevanten Technologien, Humankapital und Innovationstätigkeit spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Identifizierung von Wachstumssektoren und die Umsetzung gezielter Maßnahmen, um diese aufzubauen. Hier kann z.B. die Subventionierung von Erstinvestitionen wichtig sein, sowie Maßnahmen, um Koordinierungsproblemen und anderen Formen von Marktversagen entgegenzuwirken.

In armen Ländern ist die Umsetzung einer Wirtschafts- und Industriepolitik, die besonderes Augenmerk auf die Miteinbeziehung der ärmeren Bevölkerungsschichten legt,

von großer Bedeutung. Inclusive Growth muss hierbei Beschäftigungseffekte, integrierte Wertschöpfungsketten und die Versorgung der lokalen Bevölkerung beinhalten. Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas und zur Förderung neuer Wirtschaftssektoren müssen mögliche Anpassungskosten und negative Auswirkungen auf bestehende Beschäftigungsquellen und Unternehmen stets im Auge behalten und gegebenenfalls beabsichtigte Strukturanpassungsprozesse nur graduell umsetzen oder mit gezielten sozialen Abfederungsmaßnahmen versehen, um Armut nicht zu verstärken. In den am wenigstens entwickelten Ländern ist in einem ersten Schritt der Ausbau des ländlichen Produktions- und Dienstleistungssektors wichtig, insbesondere die Förderung eines lokalen Gewerbes, sowie die Förderung beschäftigungsintensiver Sektoren wie zum Beispiel verarbeitende Industrie, die besonders für wenig qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Zugang zu Beschäftigung ermöglichen können.

Ein großes Problem in Entwicklungsländern ist die weit verbreitete Informalität, die jedoch ein zentrales Element der individuellen Armutsminderung darstellt. Nichtsdestotrotz ist der informelle Sektor meistens von niedriger Produktivität und nachteiligen Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. Die Formalisierung des informellen Sektors muss aus entwicklungspolitischen Überlegungen ein Anliegen des öffentlichen Interesses und daher auch der IFIs darstellen. Zum Beispiel der Aufbau eines Marktes für Kleinst-Unternehmensberatung (Business Development Services) und eine bessere Einbindung der Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe in größere Produktionsketten durch Rückwärtsverflechtungen globaler Unternehmen, können die KMU-Entwicklung und den Transfer von Technologie und Unternehmensstandards bedeutend stärken. IFIs sind hier angehalten, innovative Instrumente für eine lokale Business Development Kultur zu fördern.

Um Unternehmertum und Neugründungen zu fördern, sowie eine Formalisierung zu unterstützen, ist auch der Zugang zu Finanzdienstleistungen maßgeblich. Mangelnder Zugang zu Krediten, Spareinlagen, Geldtransfers und Versicherungen wird weiterhin als eine der größten Herausforderungen von Unternehmerinnen und Unternehmern in Entwicklungsländern gesehen. Aufgrund von hohen Risikoeinschätzungen, mangelnden Sicherheiten und niedriger Rentabilität sind formelle Finanzdienstleistungen in Entwicklungsländern, vor allem im ländlichen Raum, stark unterentwickelt. Dies betrifft insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen, die aufgrund ihrer Größe und fehlender Sicherheiten weder für Mikrofinanzkredite noch für Unternehmenskredite von Kommerzbanken in Frage kommen. Außerdem bleibt ihnen der Zugang häufig aufgrund fehlender Finanzkenntnisse und technischer Kapazitäten (Financial Literacy) verwehrt, da Buchführung und Bilanzerstellung oftmals zu wenig beachtet werden. Dieser Gruppe bleibt oftmals nur der Zugang zu informellen Finanzquellen, die jedoch oft sehr unvorteilhaft und teuer sind.

Um die Einführung normaler Finanzierungsbedingungen für die reale Wirtschaft zu ermöglichen, braucht es einen stabilen Finanzsektor, der die Bedürfnisse des lokalen Unternehmenssektors bedienen kann. Systematische Anstrengungen um den Bankensektor zu stärken und den Kapitalmarkt zu vertiefen, umfassen die Einführung einer angemessenen Regulierung und Steuergesetzgebung, die Förderung solider Aufsichtsrahmen, entsprechende Risikomanagementsysteme und –praktiken sowie den Ausbau der lokalen Spar- und Investitionstätigkeit. Unterstützung von Rating-Agenturen, Kreditbüros und Informationstechnologieanbietern, die eine wichtige Rolle in der Bereitstellung von Finanzdienstleistungen in Entwicklungsländern spielen, sowie die Stärkung und Formalisierung des Mikrofinanzsektors insgesamt, tragen dazu bei, Spar-, Versicherungs- und Kreditangebote zu verbessern.

Um die Entwicklung eines dynamischen Privatsektors in Entwicklungsländern bestmöglich zu fördern, setzt sich Österreich in den IFIs besonders für einen systemischen Ansatz ein, der durch die Förderung geeigneter politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen und den Abbau von Markthemmnissen den Unternehmenssektor insgesamt stärken soll. Die Erfahrung in der Arbeit mit vielen Entwicklungsländern hat gezeigt, dass durch die Implementierung einfacher Reformen im regulatorischen und rechtlichen Umfeld, um Unternehmensgründung, Handel und Vermarktung einfacher oder kosteneffizienter zu gestalten und den bürokratischen Aufwand für UnternehmerInnen zu verringern, enorme Erfolge in der Belebung des Privatsektors erzielt werden können.

Darüber hinausgehend verfolgt Österreich folgende Anliegen in Bezug auf die Privatsektoraktivitäten der IFIs:

- die Förderung des Privatsektors muss so gestaltet werden, dass vermehrt arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen als aktive Marktteilnehmer erfasst und miteingebunden werden. Dadurch soll ein möglichst breitenwirksames Wachstum garantiert und armutsreduzierende Effekte maximiert werden. Interventionen, die maximale Beschäftigungseffekte unter Wahrung von sozialen Mindeststandards erzielen und die Förderung von Marktsystemen, in denen die Chancen der Armen erhöht werden, als ArbeitnehmerInnen, ProduzentInnen, KonsumentInnen und UnternehmerInnen daran teilzunehmen, spielen dabei eine zentrale Rolle.
- Wesentliche Entscheidungskriterien und Anforderungen, die bei direkten Unternehmensfinanzierungen zum Tragen kommen müssen, sind die entwicklungspolitischen Effekte, die erzielt werden sollen. Dies umfasst die Einbindung der betroffenen Unternehmen in die lokale Wertschöpfungskette, Möglichkeiten des Technologietransfers und positive Spill-Over Effekte, Beschäftigungseffekte und die Einhaltung umfassender Umwelt- und Sozialstandards.

- Jede direkte Unternehmensfinanzierung muss additional sein, d.h. sie darf nicht in Konkurrenz mit kommerziellen Finanzierungsangeboten stehen und sollte eine katalytische Wirkung haben. Dies ist zum Beispiel oftmals der Fall bei Projekten, die im öffentlichen Interesse sind (zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energie), aber die aufgrund ihrer Rentabilität und Risikostruktur für private Financiers - ohne Beteiligung der IFIs – nicht umsetzbar sind.
- Technische Assistenz für Klein- und Mittelunternehmen in der Projektvorbereitung, Ausbildung und Markterschließung kann einen essenziellen Beitrag zur Anbindung an lokale und nationale Märkte, öffentlichen Ausschreibungen sowie zur Integration in lokale und regionale Wertschöpfungsketten leisten. Durch spezifische Fonds können IFIs hier Eintrittschancen anbieten, die bei mangelnder Privatfinanzierung unbedingt benötigt werden.

## 8.4. Urbane Entwicklung

Städte nehmen eine zentrale Rolle in der Sicherung nachhaltiger Entwicklung ein: im neuen Jahrtausend leben erstmals mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Siedlungen. Über 90% dieses Urbanisierungsschubes findet in Entwicklungsländern statt. Die WBG geht davon aus, dass in den nächsten 20 Jahren mit 2 Mrd. mehr StadtbewohnerInnen zu rechnen sein wird. Täglich kommen ca. 180.000 Menschen hinzu.

Städte sind eine Quelle für Einkommen, Arbeit und Wohlstand und als solches ein wesentlicher Motor für Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion. Sie tragen zu fast 70% des globalen Wirtschaftswachstums bei. Sie sind Zentren von Innovation und Kreativität, Knotenpunkte für den Austausch von Waren, Technologie, Dienstleistungen und Information, und liefern dadurch wichtige Impulse für die nationale und internationale Wirtschaft.

Gleichzeitig verlagert sich auch die Armut immer mehr in Städte: derzeit leben ca. 1 Mrd. Menschen in Armenvierteln und Slums, die keinen Anschluss zu öffentlichen Dienstleistungen, zu Bildung, Arbeitsmöglichkeiten, Information oder kommunalen Aktivitäten finden.

Zudem sind Städte für bis zu 70% der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich, obwohl sie weniger als 2% der Erdoberfläche beanspruchen. Veraltete oder nicht-existierende Wasserversorgungs- und Abwassersysteme, die Verbrennung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung und der erhöhte Verbrauch an Energie für Industrie, Wohnen und Verkehr tragen zu hoher Luft- und Umweltverschmutzung in Ballungszentren bei.

Zur selben Zeit bieten Städte als wesentliche politisch-administrative Ebene im modernen Staatswesen die Möglichkeit, mit innovativen Maßnahmen und neuen Lösungsansätzen

zu experimentieren. Österreich kann durch seine Erfahrung und Expertise im Bereich nachhaltige Stadtplanung als wichtiger Partner von Entwicklungsländern auftreten und die Umsetzung zukunftsfähiger Strategien durch technische Assistenz, Expertennetzwerke und Informationsaustausch unterstützen.

In Städten bündeln sich sowohl die Auswirkungen als auch die Ursachen des globalen Klimawandels. Durch die Konzentration von Industrie, Verkehr, Wohnen und Abfall sind sie maßgeblich für die Emission von klimarelevanten Treibhausgasen verantwortlich und beschleunigen dadurch den Klimawandel. Zur selben Zeit sind besonders die in Küstengebieten angesiedelten Städte vom Klimawandel betroffen: steigende Meeresspiegel stellen die Existenzgrundlage ganzer Siedlungen in Frage. Ärmere Bevölkerungsgruppen sind besonders gefährdet, da sie meistens in Risikogebieten angesiedelt sind, die besonders von extremen Wetterereignissen und Überschwemmungen betroffen sind.

Zur gleichen Zeit bieten Städte enorme Möglichkeiten, durch nachhaltige Stadtplanung und effiziente Ressourcenpolitik einen wesentlichen Beitrag zu nationalen und internationalen Klimazielen zu leisten. Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine der größten Herausforderungen für die Stadtplanung. Das größte Einsparungspotenzial liegt heutzutage in der Gestaltung energieeffizienter Strategien im Bereich Verkehr und Mobilität, sowie im Einsatz grüner Technologien beim Gebäudebau und Ressourceneffizienz in Wohn- und Arbeitsbereichen. Dichte Ansiedlungspolitiken, um lange Transportwege zu vermeiden, sowie der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel um motorisierten Individualverkehr zu beschränken, liefern die wichtigsten Beiträge um Treibhausgasemissionen in Städten zu reduzieren. Energieeffizientes Bauen muss ebenfalls eine Priorität in der Stadtplanung sein.

Entscheidend ist es, Urbanisierungstrends als eine Chance zu begreifen, um einen wichtigen Beitrag zu nationalen und internationalen Klimazielen zu leisten. Darüber hinaus bieten die Entwicklung und Anwendung klimarelevanter Technologien wirtschaftliche Wachstumschancen und tragen dazu bei, dass sich durch die Steigerung der Lebensqualität der Standortvorteil einzelner Städte erhöht.

Das meiste Wachstum findet in mittelgroßen Städten statt, schon heute lebt fast die Hälfte der globalen Stadtbevölkerung in Städten mit einer Gesamtbevölkerung von unter 500000 Personen. Im Rahmen der IFI-Kooperation konzentriert sich Österreich in erster Linie darauf, Initiativen zu fördern, die diese Städte dabei unterstützen, einen nachhaltigen Wachstumspfad zu entwerfen. Die Handlungsfelder, die in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sind, betreffen die kommunale Städteplanung, Ressourceneffizienz und ökologische Verträglichkeit der Städte, Armutsreduzierung und nachhaltiges Fiskalmanagement.

# Abkürzungs- verzeichnis

ADA	=	Austrian Development Agency	MDG	=	Millennium Development Goal
ADB	=	Asiatische Entwicklungsbank	MDBs	=	Multilateral Development Banks
AfDB	=	Afrikanische Entwicklungsbank	MEA	=	Multilateral Environment Agreement
AKP	=	Afrika, Karibik, Pazifik	MEB	=	Multilaterale Entwicklungsbank
AWS	=	Austria Wirtschaftsservice GmbH	MIGA	=	Multilateral Investment Guarantee Agency
BIP	=	Bruttoinlandsprodukt	MKMB	=	Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe
BMEIA	=	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres	MTEF	=	Medium Term Expenditure Review
BMF	=	Bundesministerium für Finanzen	MTS	=	Medium Term Strategy
BNE	=	Bruttonationaleinkommen	NEPAD	=	New Partnership for Africa's Development
CDCF	=	Community Development Carbon Fund	NRO	=	Nichtregierungsorganisation
CDF	=	Comprehensive Development Framework	NGW	=	Nettogegenwartswert
CDM	=	Clean Development Mechanism	ODA	=	Official Development Assistance
COD	=	Cut Off Date	OeEB	=	Österreichische Entwicklungsbank
CSD	=	Commission for Sustainable Development	OEZA	=	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
DFID	=	Department for International Development	OeKB	=	Österreichische Kontrollbank
DDR	=	Doha Development Round	PER	=	Public Expenditure Review
DSF	=	Debt Sustainability Framework (DSF)	PPP	=	Public Private Partnership
EBRD	=	European Bank for Reconstruction and Development	PRGF	=	Poverty Reduction Growth Facility
EIB	=	Europäische Investitionsbank	PRSP	=	Poverty Reduction Strategy Paper
EL	=	Entwicklungsländer	REB	=	Regionale Entwicklungsbank
EME	=	Emerging Economy	REEEP	=	Renewable Energy & Energy Efficiency Partnership
ESAF	=	Enhanced Structural Adjustment Facility	RMF	=	Results Measurement Framework
EU	=	Europäische Union	SAF	=	Structural Adjustment Facility
EZA	=	Entwicklungszusammenarbeit	SPS	=	Sanitary and Phytosanitary
FDI	=	Foreign Direct Investment	SDG	=	Sustainable Development Goal
F&E	=	Forschung und Entwicklung	SDR	=	Special Drawing Rights (Sonderziehungsrechte)
FCL	=	Flexible Credit Line	SDT	=	Special and Differential Treatment
FM	=	Finanzierungsmechanismus	TBT	=	Technical Barriers to Trade
FSO	=	Fund for Special Operations	TFP	=	Total Factor Productivity
G7 / G8	=	Gruppe der sieben/acht führenden Industriestaaten	THG	=	Treibhausgas
GFSE	=	Global Forum on Sustainable Energy	TIM	=	Trade Integration Mechanism
GEF	=	Global Environment Facility	UK	=	United Kingdom
HIPC	=	Highly Indebted Poor Countries	UN	=	United Nations
IA	=	Implementierungsagentur	UNFCCC	=	United Nations Framework Convention on Climate Change
IDA	=	International Development Association	USD	=	US Dollar (\$)
IDB	=	Interamerikanische Entwicklungsbank	VN	=	Vereinte Nationen
IFC	=	International Finance Corporation	WKÖ	=	Wirtschaftskammer Österreich
IFI	=	Internationale Finanzinstitution	WSP	=	Water and Sanitation Program
IMF	=	Internationaler Währungsfonds	WTO	=	World Trade Organisation
IMFC	=	International Monetary and Financial Committee			
JI	=	Joint Implementation			
JVI	=	Joint Vienna Institute			
LAC	=	Latin America and the Caribbean			
LDC	=	Least Developed Countries			
LIC	=	Low Income Country			
LTEF	=	Long Term Expenditure Review			







**Impressum:**

Herausgeber und Medieninhaber:

Bundesministerium für Finanzen, Abt. III/3

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Grafische Gestaltung und Druck: Druckerei des Bundesministeriums für Finanzen

Wien, August 2015



- gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens,  
Druckerei des Bundesministeriums für Finanzen, UW-Nr. 836